OESTERREICHISCHE NATIONALBANK
EUROSYSTEM

KONJUNKTUR AKTUELL

Berichte und Analysen zur wirtschaftlichen Lage

September 2008

Stabilität und Sicherheit.

Bericht über die wirtschaftliche Lage

Redaktionsschluss: 16. September 2008

Redaktion: Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen

Die Beiträge für das erste Kapitel wurden von den Abteilungen für volkswirtschaftliche Analysen, die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland, Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen, Aufsichts- und Monetärstatistik sowie Außenwirtschaftsstatistik und Finanzierungsrechnung erstellt. In den sonstigen Analysen ist die Abteilung jeweils angeführt.

Inhalt

Bericht über die wirtschaftliche Lage 3

Überblick 4

Ausland 5

Österreich 12

Finanzmärkte 15

Die geldpolitischen Entscheidungen des EZB-Rats 19

Wirtschafts- und Währungspolitik in der EU 25

Spezielle Analysen 29

Aktuelle Konjunkturentwicklung in ausgewählten Ländern des Euroraums 30

Aktuelle Wirtschaftsentwicklungen in den zentral-, ost- und südosteuropäischen EU Mitgliedstaaten 33

Aktuelle Lage der Auswirkungen der Finanzmarkturbulenzen 36

Ertragslage der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitute im 1. Halbjahr 2008 40

Kundenzinssätze trotz des Fehlens geldpolitischer Impulse volatil – Die Entwicklung der Kundenzinssätze der Banken im ersten Halbjahr 2008 43

Wirtschaftliche Länderrisiken aus Österreichs internationalen Finanzanlagen 49

Bericht über die wirtschaftliche Lage - Grafiken und Tabellen 55

Bericht über die wirtschaftliche Lage

Überblick

Die in den letzten Monaten die Weltwirtschaft prägenden Entwicklungen - Finanzmarktkrise, US-amerikanische Konjunkturschwäche, Rohstoffpreishausse und hohe Inflationsraten – haben in allen wichtigen Industrieregionen zu stark gedämpften (teils rückläufigen) Wachstumsraten des BIP für das 2. Quartal 2008 geführt. Anhand der von den internationalen Instituten vorliegenden rezenten Prognosen für 2008 und 2009 ist davon auszugehen, dass sich die Konjunktur weiter verlangsamen wird. Weltwirtschaftliche Konjunkturmotoren bleiben allerdings die asiatischen Schwellenländer, wenngleich auch dort die Dynamik nachlässt. Ähnliches gilt für die ost-, süd- und südosteuropäischen EU-Länder, wo insgesamt eine leichte (in Estland und Lettland eine deutliche) Konjunkturabkühlung stattfindet, das Wachstum für diese Region mit rund 5% im Jahr 2008 aber kräftig bleiben wird. Der Inflationsdruck hielt über den Sommer 2008 an. Allerdings sollten durch die seit geraumer Zeit wieder sinkenden Ölpreise und das Auslaufen von Basiseffekten bei den Nahrungsmittelpreisen die Inflationsraten in den nächsten 12 Monaten wieder nachgeben.

Bedingt durch die erfolgten Steuerrückerstattungen, die die Konsumausgaben positiv beeinflussten, nahm das annualisierte BIP-Wachstum der USA im 2. Quartal um 3,3% kräftig zu. Jüngste US-Konjunkturindikatoren (u.a. rückläufige Vorlaufindikatoren, stagnierende Industrieproduktion, rückläufige Einzelhandelsumsätze, steigende Arbeitslosigkeit, weiterhin sinkende Häuserpreise) deuten dennoch auf eine Wachstumsdämpfung im zweiten Halbjahr 2008 hin. Für das Gesamtjahr 2008 geht die OECD Anfang September von einem Wirtschaftswachstum von 1,8% aus, der IWF von 1,3%, die Europäische Kommission (EK) von 0,9% und die US-Notenbank von 1,0-1,6%. Für das Jahr 2009 prognostizieren die Institute eine Verlangsamung des realen BIP-Wachstums in der Bandbreite von 0,7% bis 1,1%. Das wäre die niedrigste Wachstumsrate seit 2001. Die US-Inflationsrate lag im Juli bei 5,6%, die Kernrate allerdings mit 2,5% deutlich niedriger.

Die Wirtschaft in Japan erfuhr im 2. Quartal 2008 den stärksten Einbruch (-0,7% qoq) seit sieben Jahren. Eine stark gebremste Auslandsnachfrage (weniger Exporte nach den USA und Europa) und auch ein schwacher privater Konsum (durch steigende Inflation und den gedämpften Arbeitsmarkt) waren dafür ausschlaggebend.

Im Euroraum war als Korrektur des aufgrund des milden Wetters ungewöhnlich hohen Wachstums von 0,7% im ersten Quartal eine Verlangsamung im zweiten Quartal erwartet worden, das Ausmaß von -0,2% (qoq) überraschte aber. Die Entwicklung rezenter Vorlaufindikatoren lässt auf keine Verbesserung schließen, vielmehr deuten diese auf eine Stagnation hin. Die OECD und EK haben das Wirtschaftswachstum für 2008 nach unten revidiert, gleiches gilt für die Projektion der EZB-Bandbreiten. Die hohen Inflationsraten werden erst allmählich nachgeben, für 2008 geht die EK - ähnlich wie auch die anderen Prognoseinstitute - derzeit von 3,6% für den Euroraum aus.

Ein robustes Investitionswachstum, aber nachlassende Exportdynamik und ein schwacher Konsum (gebremst durch die Teuerung) führten auch in Österreich zu einem Wirtschaftsabschwung. Dieser fiel mit +0,4% BIP-Wachstum (qoq) im 2. Quartal 2008 aber wesentlich geringer aus als im Euroraum oder in der EU. Schlechtere Ergebnisse bei den aktuellen Vertrauensindikatoren und einigen hard facts signalisieren allerdings ein weiteres Abkühlen der Konjunktur. Diesbezügliche erste Anzeichen gibt es auch vom bislang noch robusten Arbeitsmarkt (so sind die offenen Stellen seit zwei Monaten rückläufig). Der Höhepunkt der Teuerung dürfte hingegen überwunden sein: Für die HVPI-Inflationsrate wird ausgehend vom Spitzenwert von 4,0% im Juni über derzeit 3,6% (August) ein weiteres Nachgeben im 4. Quartal 2008 erwartet.

Aufgrund des Redaktionsschlusses (16.9.2008) konnten die jüngsten Ereignisse auf den internationalen Finanzmärkten und ihre makroökonomischen Auswirkungen nicht mehr entsprechend berücksichtigt werden (für erste Informationen siehe den Beitrag "Aktuelle Lage der Auswirkungen der Finanzmarktturbulenzen").

Ausland

Euroraum

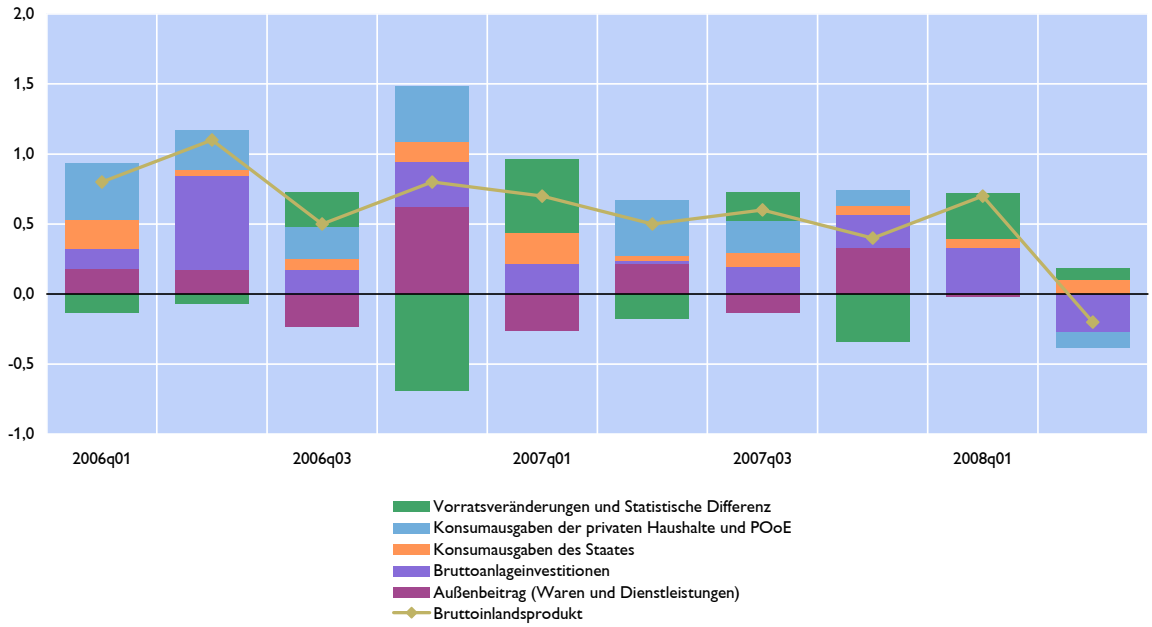
Wirtschaftseinbruch stärker als erwartet

Im zweiten Quartal 2008 ist die Wirtschaft im Euroraum um 0,2% gegenüber dem Vorquartal geschrumpft. Der Wachstumseinbruch war zwar als Korrektur des aufgrund des milden Wetters ungewöhnlich hohen Wachstums von 0,7% im ersten Quartal erwartet worden, sein Ausmaß hat nun aber doch überrascht. Die Wachstumsschwäche beruht einerseits auf einer Konsumzurückhaltung der privaten Haushalte vor dem Hintergrund hoher Rohstoffpreise, andererseits auf einem abgeschwächten Investitionswachstum[1].

Hinweise auf eine rasche Verbesserung der Situation liegen kaum vor. Die meisten Vorlaufindikatoren zur wirtschaftlichen Entwicklung deuten vielmehr auf eine Stagnation hin. So blieb die Industrieproduktion im Juni im Monatsvergleich konstant, der Business Climate Indicator der Europäischen Kommission hat sich im August weiter verschlechtert und auch alle Stimmungsindikatoren sind weiter gesunken oder befinden sich deutlich unter ihren langjährigen Durchschnittswerten. Die OECD erwartet in ihrem kurzfristigen Wirtschaftsausblick von Anfang September für die beiden letzten Quartale des Jahres 2008 BIP-Wachstumsraten von 0,4% bzw. 0,8%.

Komponenten des realen BIP

gg. Vorperiode; in %-Punkten



Quelle: Eurostat.

Rohstoffpreise haben Höhepunkt überwunden

Die Inflationsrate hat im Sommer offensichtlich ihren Höhepunkt überschritten. Im August ist sie um 0,2 Prozentpunkte gegenüber den beiden Vormonaten (Juni und Juli: jeweils 4,0%)

[1] Zu Detailinformationen einzelner Länder siehe auch die Berichte im Abschnitt "Spezielle Analysen für die Sitzung Währungspolitik".

auf 3,8% zurückgegangen. Dazu hat primär die Trendwende bei den Rohstoffpreisen und hier vor allem bei Rohöl beigetragen. Der Preis für ein Barrel der Marke Brent ist seit dem Allzeit-Rekordwert von 145 USD pro Barrel Mitte Juli bis Mitte September um über 30% gesunken. Selbst bei ab sofort stagnierenden Ölpreisen würde deren Inflationsbeitrag in den kommenden Monaten rückläufig sein, da der Ölpreisanstieg letzten Herbst eingesetzt hatte und somit nun ein günstigerer Basiseffekt zum Tragen kommt. Letzteres gilt auch für die Lebensmittelpreise, den zweiten wichtigen Inflationstreiber der vergangenen Monate.

Dennoch wird weiterhin ein Großteil der Teuerungsrate im Euroraum durch die Preise von Energie und Lebensmitteln erklärt. Im August konnten zwei Drittel der Teuerung diesen beiden Inflationskomponenten zugeschrieben werden. Die Kerninflationsrate, aus der diese beiden Komponenten explizit herausgerechnet werden, betrug im August 2,6%. Die Preise für nichtenergetische Industriegüter spiegeln dank Euro-Aufwertung und internationalem Wettbewerb den hohen Kostendruck entlang der Wertschöpfungskette hingegen nicht wider.

Deutliche Korrektur der BIP-Prognosen nach unten

Die Projektionen der EZB von Anfang September 2008 gehen von einer allmählichen wirtschaftlichen Verbesserung aus. Der gefallene Ölpreis wird die verfügbaren Einkommen stärken und damit zusammen mit der weiterhin niedrigen Arbeitslosenrate der Konsumzurückhaltung ein Ende setzen. Wirtschaftliche Impulse kommen auch von der anhaltend dynamischen Nachfrage aus aufstrebenden Märkten. Die EZB erwartet, dass das Wachstum des realen BIP im Jahresschnitt 2008 in einer Bandbreite zwischen 1,1% und 1,7% liegt und sich 2009 zwischen 0,6% und 1,8% stabilisiert. Im Vergleich zu den Projektionen von Juni haben sich für beide Jahre die Aussichten eingetrübt. Dabei bleibt die Unsicherheit hoch, da weitere Energiepreis- und Nahrungsmittelpreisschocks sowie Finanzmarktturbulenzen nicht ausgeschlossen werden können. Die Europäische Kommission hat in ihrer Interimprognose von 10. September 2008 das BIP-Wachstum im Euroraum für 2008 von 1,7% (Frühjahr) auf 1,3% runter revidiert.

Auch wenn die Rohstoffpreise ihre historischen Höhepunkte vorläufig überschritten haben dürften und ab Herbst die Basiseffekte günstiger ausfallen, werden die Inflationsraten nur allmählich zurückgehen. Die EZB prognostiziert Anfang September 2008 für das Jahr 2008 eine Teuerungsrate des HVPI zwischen 3,4% und 3,6% und für 2009 einen Preisanstieg um 2,3% bis 2,9%. Für beide Jahre bedeutet das gegenüber der Einschätzung im Juni 2008 eine merkliche Revision nach oben. Die Europäische Kommission erwartet im September 2008 eine Jahresinflationsrate für 2008 von 3,6%.

Wachsende Dienstleistungsüberschüsse können Passivierung der Leistungsbilanz nicht verhindern

Die Leistungsbilanz des Euroraums wies im Juni 2008 saisonbereinigt ein Defizit von 8,2 Mrd EUR auf (unbereinigt: -1,0 Mrd EUR). Vor allem die Teilbilanz der laufenden Transfers (-6,5 Mrd EUR), aber auch jene der Güter (-2,0 Mrd EUR) und der Einkommen (-1,2 Mrd EUR) zeigten negative Salden, die durch den Überschuss der Dienstleistungsbilanz (+1,5 Mrd EUR) nicht kompensiert werden konnten.

Ein substanzielles Defizit verzeichnete das über zwölf Monate kumulierte Ergebnis (Juli 2007 bis Juni 2008), das sich auf -19,6 Mrd EUR oder rund -0,2% des BIP belief. Im Vergleich zur Periode Juli 2006 bis Juni 2007 (Überschuss von +19 Mrd EUR) bedeutet dies eine merkliche Passivierung, die vor allem durch höhere Güterimporte aus Drittstaaten (+8,8%) verursacht wurde. Im selben Zeitraum konnten die Güterausfuhren nur um 6,8% gesteigert werden. Per

Saldo erreichte der kumulierte Überschuss aus dem Güterverkehr im Juni 2008 mit 26,8 Mrd EUR nur etwa die Hälfte des Vergleichsergebnisses 2007 (50,5 Mrd EUR). Gleichzeitig ergaben sich aus laufenden Transfers (netto -94,8 Mrd EUR nach -80,0 Mrd EUR) sowie aus grenzüberschreitenden Einkommen (netto -1,4 Mrd EUR nach +4,1 Mrd EUR) gestiegene Aufwende. Günstig entwickelte sich dagegen die Dienstleistungsbilanz, die ein Plus von 49,8 Mrd EUR erreichte (nach 44,5 Mrd EUR).

USA

US-Konjunkturschwäche durch Steuerrückvergütungen nur temporär überwunden; relativ hohe Inflation

Das annualisierte reale BIP-Wachstum legte im 2. Quartal mit einem Anstieg um 3,3% deutlich an Dynamik zu, nachdem es im 1. Quartal 2008 um 0,9% zur Vorperiode gestiegen und im 4. Quartal 2007 um 0,2% geschrumpft war. Getragen wurde das Wachstum im 2. Quartal in erster Linie von den stark gestiegenen Nettoexporten und höheren Konsumausgaben, die zu einem Großteil auf die versandten Steuerrückzahlungsschecks zurückzuführen sein dürften. Einen deutlich negativen Wachstumsbeitrag lieferten der kräftige Lagerrückgang und die rückläufigen Wohnbauinvestitionen.

Die jüngsten US-Konjunkturindikatoren deuten auf eine Wachstumsdämpfung im zweiten Halbjahr 2008 hin. Konkret sanken die US-Frühindikatoren (Conference Board) im Juli deutlich und waren in 8 der vergangenen 12 Monate rückläufig. Die Industrieproduktion war im August stark rückläufig und die Kapazitätsauslastung fiel auf das niedrigste Niveau seit Oktober 2004; die privaten Bauausgaben sanken im Juli auf den tiefsten Stand seit März 2001, dem offiziellen Beginn der letzten Rezession. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich im August mit einem Anstieg der Arbeitslosenquote auf 6,1% und einer Verringerung der Stellen außerhalb der Landwirtschaft um 84.000 deutlich verschlechtert. Die Einzelhandelsumsätze waren im Juli und im August rückläufig nach einem geringfügigen Anstieg im Juni und einem kräftigen Zuwachs im Mai. Grund für die günstige Entwicklung im Mai und Juni dürfte die Auszahlung der Steuerrückerstattungen sein, die die Konsumausgaben und das BIP-Wachstum im 2. Quartal positiv beeinflussten. Da diese Steuerschecks offenbar zum Großteil bereits ausgegeben wurden, wird sich der Druck auf die Konsumenten durch die Verschlechterung der Lage auf dem Arbeitsmarkt, immer noch relativ hohe Energiepreise, die Probleme auf dem Immobiliensektor sowie die Auswirkungen der Finanzmarktturbulenzen in den nächsten Monaten verstärkt bemerkbar machen.

Es gibt aber auch einige positive Signale: Das Konsumentenvertrauen (Conference Board) stieg im August den zweiten Monat in Folge, vor allem auf Grund der deutlich rückläufigen Treibstoffpreise. Im langfristigen Vergleich liegt der Wert aber immer noch sehr tief. Die Produktivität der Beschäftigten stieg im 2. Quartal 2008 um kräftige 4,3% annualisiert, nach einer Zuwachsrate um 2,6% im 1. Quartal. Damit war das Produktivitätswachstum deutlich stärker als während einer konjunkturellen Schwächephase üblich.

Die US-Wachstumsprognose für 2008 wurde von der OECD Anfang September auf 1,8% nach oben revidiert, jene des IWF liegt bei 1,3%, jene der Europäischen Kommission (EK) bei 0,9% und jene der US-Notenbank bei 1,0-1,6%. Für das Jahr 2009 prognostizieren IWF und EK eine Verlangsamung des realen BIP-Wachstums auf 0,7% und die OECD auf 1,1%. Das wäre die niedrigste Wachstumsrate seit 2001.

Die US-Verbraucherpreise stiegen im August um 5,4% im Vorjahresvergleich und damit etwas weniger stark als im Vormonat (Juli: +5,6%). Im Vormonatsvergleich wurde im August

erstmals seit Oktober 2006 ein Rückgang des VPI um 0,1% verzeichnet. Grund dafür war insbesondere der Rückgang der Energiepreise. Die Kernrate stieg im Vorjahresvergleich um relativ moderate 2,5%. Die US-Notenbank prognostiziert für 2008 eine Kerninflation von 2,2% bis 2,4%.

Fortbestand der US-Immobilienkrise

Die Korrektur auf dem US-Häusermarkt setzt sich fort: Die Häuserpreise sind weiter rückläufig – sie fielen in den vergangenen 12 Monaten landesweit im Durchschnitt um 16% - und diese Entwicklung dürfte solange anhalten bis der hohe und weiter steigende Bestand an unverkauften Häusern abgebaut ist, vermutlich nicht vor Ende 2009. Dazu trägt unter anderem die zunehmende Anzahl von Zwangsversteigerungen bei. Anfang September konstatierte die Aufsichtsbehörde FHFA (Federal Housing Finance Agency) der beiden wichtigsten Immobilienfinanzierer Fannie Mae und Freddie Mac, dass diese angesichts ihrer ungenügenden Kapitalausstattung nicht mehr in der Lage seien ihren gesetzlichen Auftrag weiter zu erfüllen, nämlich dem Markt für die Eigenheimfinanzierung Liquidität zur Verfügung zu stellen. Die Probleme von Fannie und Freddie sind die Folge der steigenden Zahl von Kreditausfällen, wodurch sich ihre Verluste in den vergangenen 12 Monaten auf knapp 15 Mrd USD beliefen. Um eine weitere Eskalation der Finanzkrise zu verhindern stellte die FHFA deshalb die beiden Unternehmen unter „conservatorship", eine zeitlich nicht befristete Übernahme durch die Aufsichtsbehörde. Das Management wurde ausgetauscht, das US-Finanzministerium führt den Unternehmen Eigenmittel (Obergrenze: 100 Mrd USD) in Form von Vorzugsaktien (senior preferred stock) zu. Weiters wird das Finanzministerium mit Hypotheken besicherte Anleihen (MBS: „mortgage-backed securities") am Markt zurückkaufen um deren Preis zu stützen. Das Hauptziel der Staatsintervention bei Fannie und Freddie ist die Wiederherstellung des Vertrauens in diese beiden Unternehmen, die nahezu die Hälfte aller Hypotheken in den USA halten.

Erneute Zunahme der Spannungen an den Finanzmärkten

Die Liste der von der Finanzmarktkrise betroffenen privaten Investmentbanken hat sich im September um einen weiteren bedeutenden Namen verlängert. Lehman Brothers, die viertgrößte Investmentbank der USA, meldete in der zweiten Septemberwoche einen unerwartet hohen Quartalsverlust von 3,9 Mrd USD. Am 15. September musste das Wertpapierhaus Konkurs anmelden, da Verhandlungen zwischen Spitzenmanagern von Wall-Street-Banken und der US-Regierung zur Rettung gescheitert waren. Um eine Kettenreaktion und eine weitere Destabilisierung des Finanzsystems zu verhindern haben die Fed, die EZB und andere Notenbanken den Finanzmärkten Liquidität zugeführt. Da die führenden Finanzhäuser sehr eng vernetzt sind, steigt jedoch durch den Ausfall eines größeren Instituts auch das Risiko der Übertragung auf andere Banken. Ebenso erhöht sich das Risiko eines weiteren konjunkturellen Abwärtsdrucks in den USA.

US-Notenbank lässt Leitzinsen seit Ende April unverändert

Im Zuge der Finanzkrise senkte die US-Notenbank zwischen September 2007 und April 2008 den Leitzins in 7 Schritten um insgesamt 325 Basispunkte auf zuletzt 2% (30. April). Bei der jüngsten FOMC-Sitzung am 16. September 2008 wurde der Zielsatz der Fed Funds Rate unverändert belassen. Diese Entscheidung spiegelt die Ansicht der Fed wieder, dass die Ursache der gegenwärtigen Finanzmarktturbulenzen nicht die Kreditkosten sind, sondern die Probleme hinsichtlich Verfügbarkeit von Krediten und Liquidität. Als Beitrag zur Lösung dieser Schwierigkeiten hat die Fed in den vergangenen 10 Monaten eine Reihe neuer Fazilitäten geschaffen. Die nächste Sitzung des FOMC findet am 28./29. Oktober statt.

Japan

Deutlicher Wachstumseinbruch im 2. Quartal 2008 und schwächere Konjunkturaussichten

Nach einem relativ starken ersten Quartal ging das reale BIP im zweiten Quartal gegenüber der Vorperiode um 0,7% - dem stärksten Wachstumseinbruch seit sieben Jahren - zurück. Belastend wirkte insbesondere die schwache Auslandsnachfrage (Exportrückgang in der Automobil- und Stahlindustrie; regional brachen die Exporte in die USA und nach Europa ein). Aber auch der private Konsum ging erstmals seit zwei Jahren zurück. Steigende Lebenshaltungskosten und ein schwacher Arbeitsmarkt belasteten die Stimmung der Verbraucher. Allerdings dürfte die Wirtschaft jetzt besser auf einen Rückgang vorbereitet sein als im Jahr 2001, die Unternehmensgewinne sind bislang weniger stark eingebrochen. Zur Gegensteuerung wird erstmals seit sechs Jahren wieder ein 70 Mrd EUR schweres Konjunkturimpulspaket vorbereitet.

Für 2008 wird wegen der schwächeren globalen Nachfrage eine Verlangsamung der Konjunktur erwartet. Der IWF und die OECD nahmen ihre Wachstumsprognosen auf 1,0% bzw. 1,2% zurück. Die Bank of Japan (BoJ) hat ihre Prognose auf 1,2% für das im April begonnene Fiskaljahr 2008 gesenkt. Die Quartalsumfrage der BoJ signalisiert trotz der günstigen Gewinnsituation eine deutlich schlechtere Stimmung bei den japanischen Unternehmen.

Trotz gestiegener Verbraucherpreise empfiehlt OECD Beibehaltung niedriger Leitzinsen

Steigende Löhne sowie gestiegene Importpreise für Rohstoffe ließen die Konsumentenpreise nach einer länger anhaltenden deflationären Periode ab Oktober 2007 wieder steigen. Im Juli 2008 erreichten der Anstieg des VPI - erneut von Energie- und Nahrungsmittelpreisen getrieben - und die Kerninflation im Vorjahresvergleich 2,3 und 0,2%. Damit überschritt der VPI erstmals die Obergrenze der von der BoJ festgelegten Definition von Preisstabilität. Allerdings sollten die rückläufigen Rohstoffpreise den künftigen Preisauftrieb dämpfen. Die BoJ erwartet für das laufende Fiskaljahr einen VPI-Anstieg um 1,8%. Die OECD empfiehlt der BoJ mit einer Anhebung der Leitzinsen (aktuell: 0,5%) bis Mitte 2009 zu warten.

Aufstrebende Volkswirtschaften Asiens

Konjunktur trotz Abschwächung weiterhin robust; steigende Verbraucherpreise

Trotz globaler Nachfrageschwäche setzte sich in den aufstrebenden Volkswirtschaften (EMEs) Asiens das Wachstum im 1. Halbjahr 2008 auf hohem Niveau fort. Zur robusten Exportentwicklung steuerten die hohe Nachfrage innerhalb der Region sowie jene aus anderen EMEs bei. Der IWF erwartet für 2008 eine leichte Abschwächung auf 8,4%; Wachstumsmotor bleiben China und Indien.

In China wuchs das reale BIP im Jahresabstand im ersten Halbjahr 2008 um 10,4%. Während die Exportdynamik aufgrund einer schwächeren globalen Nachfrage und der moderaten Aufwertung des Yuan gegenüber dem US-Dollar zuletzt etwas nachließ, blieben die Investitionen und der Konsum weiter stark. Der Preisstopp für administrierte Preise und nachlassende Nahrungsmittelpreise dämpften den Anstieg der Verbraucherpreise (Juli: 6,3%).

In etlichen EMEs Asiens führen verschärfte Finanzierungsbedingungen im Zuge der Finanzmarktkrise, die geldpolitische Straffung sowie ein sich verschlechterndes Konsumenten- und Unternehmensvertrauen zu einer Dämpfung der Inlandsnachfrage. Auch das schwache Wirtschaftswachstum in den traditionellen Exportmärkten USA und Westeuropa wird das künftige Wachstum dämpfen. Zahlreiche Länder versuchen die Auswirkungen der gestiegenen Inflation durch Subvention der Energiepreise einzudämmen.

EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa[2]

Leitzinsanhebungen in Polen und Rumänien; Zinssenkung in der Tschechischen Republik

Das geldpolitische Umfeld in der Region ist geprägt von hohen und teils weiter steigenden Inflationsraten. Gleichzeitig werteten einige Währungen in den letzten Monaten relativ deutlich auf (in den letzten Wochen kam es allerdings wieder zu Kursverlusten).

Vor diesem Hintergrund entschied sich die polnische Zentralbank am 25. Juni ihren Leitzins um 25 Basispunkte auf 6% zu erhöhen. Die Entscheidung wurde mit dem deutlichen Verfehlen des Inflationszieles von 2,5% ± 1 Prozentpunkt begründet (aktuelle Inflationsrate im Juli liegt bei 4,5%). Die hohen Teuerungsraten gehen wie überall in der Region vor allem auf steigende Preise für Lebensmittel und Energie zurück. Zusätzlich sind zunehmende Verknappungserscheinungen auf den Arbeitsmärkten zu beobachten, die zu höherem Lohnwachstum und sich verschlechternden Lohnstückkosten führen. Ganz ähnliche Beweggründe führte die rumänische Notenbank bei ihren zwei Zinserhöhungen um jeweils 25 Basispunkte auf 10,25% am 26. Juni und am 31. Juli an. Auch hier lässt die Inflationsentwicklung ein Erreichen des Inflationsziels von 3,8% ± 1 Prozentpunkt im Dezember als unwahrscheinlich erscheinen (aktuelle Inflationsrate im Juli 2008: 9,1%).

Gegenläufig zum regionalen Trend agierte die tschechische Nationalbank indem sie ihren Leitzins am 7. August um 25 Basispunkte auf 3,5% senkte. Der Zinsschritt wurde in erster Linie mit der starken Aufwertung der Koruna begründet, die das Wirtschaftswachstum übermäßig dämpfen könnte. Auch in der Tschechischen Republik liegt die Inflationsrate deutlich über dem Inflationsziel von 3% (der Juli-Wert lag bei 6,8%). Die Notenbank sieht in den hohen Teuerungsraten allerdings vor allem ein vorübergehendes Phänomen für das sie die Erhöhungen indirekter Steuern und administrierter Preise im Rahmen eines Fiskalkonsolidierungspakets zu Jahresbeginn verantwortlich macht.

Der Beitritt der Slowakei zum Euroraum wurde fixiert

Die Slowakei wird am 1. Jänner 2008 dem Euroraum beitreten. Der Konversionskurs der slowakischen Koruna zum Euro wurde beim ECOFIN-Rat am 8. Juli bei 30,1260 SKK per EUR fixiert. Dieser Wert entspricht der Zentralparität der Koruna im WKM II, nachdem diese am 28. Mai nach starkem Aufwertungsdruck um 17,6% erhöht wurde. Im Zuge dieses Realignments gaben die slowakischen Regierungsbehörden eine umfangreiche wirtschaftspolitische Verpflichtungserklärung ab, welche insbesondere strukturelle fiskalpolitische Anpassungsmaßnahmen in Höhe von mindestens 0,5% des BIP ab 2009 umfasst. Weiters sind Maßnahmen im Bereich der Lohnpolitik (insbesondere des öffentlichen Sektors) sowie die Stärkung des institutionellen Rahmenwerks für Forschung und Entwicklung vorgesehen.

Russland

Weiterhin kräftiges Wirtschaftswachstum, hohe Inflation; Georgienkonflikt führt zu Verunsicherung und Kapitalabfluss

Der abermalige Anstieg der Erdölpreise im ersten Halbjahr 2008 und weiterhin starke Zunahmen des Privatverbrauches und der Investitionstätigkeit haben das russische

[2] Konjunkturentwicklung wird im Beitrag für die Sitzung Währungspolitik „Aktuelle Wirtschaftsentwicklung in den zentral-, ost- und .südosteuropäischen EU-Mitgliedstaaten“ abgehandelt.

Wirtschaftswachstum in Schwung gehalten: In den ersten sieben Monaten 2008 nahm das BIP (gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres) um 7,9% zu (Jahr 2007: +8,1%). Die Devisenreserven beliefen sich Mitte August auf etwa 395 Mrd EUR. Hohe Lebensmittel- und Energiepreissteigerungen, Lohn- und Gehaltsanhebungen und eine fiskalische Lockerung haben zu einer beinahen Verdoppelung der VPI-Inflationsrate im Laufe des Jahres bis Juni 2008 auf 15,1% geführt. Im Juli nahm die Teuerung leicht auf 14,7% ab. Aufgrund rückläufiger Nettokapitalzuflüsse, sinkenden Geldmengenwachstums und einer erwarteten Beruhigung bei Lebensmittelpreisen (gute Ernten) und Energiepreisen ist bis Ende 2008 ein leichter Rückgang der Inflation wahrscheinlich. Der jüngste Konflikt mit Georgien und die Verschlechterung der Beziehungen zum Westen haben die Risikoeinschätzung Russlands bei internationalen Investoren verschlechtert und wieder zum Ansteigen der Interbankenzinssätze, zu Kapitalabflüssen (gemäß Finanzminister Kudrin etwa 5 Mrd EUR), zu Kursverlusten an der Moskauer Börse, sowie zu umfangreichen CBR-Interventionen zur Stützung des Rubel geführt. Als Folge sollen die russischen Währungsreserven um etwa 11 Mrd EUR (knapp 3%) gesunken sein.

Österreich

Realwirtschaft

Hochkonjunkturphase endgültig zu Ende

Die österreichische Wirtschaft ist laut der aktuellen VGR-Veröffentlichung des WIFO im zweiten Quartal 2008 um 0,4% (real, saison- und arbeitstätig bereinigt, gegenüber dem Vorquartal) gewachsen und entsprach damit genau der Wachstumsprognose des aktuellen OeNB-Konjunkturindikators vom Juli 2008. Eine ähnlich niedrige Wachstumsrate wurde zuletzt im vierten Quartal 2003 erreicht. Gleichzeitig wurde das Wachstum des realen BIP für das erste Quartal um 0,1 pp. auf +0,6% nach unten revidiert. Damit hat die österreichische Wirtschaft die Hochkonjunkturphase der Jahre 2005 bis 2007 endgültig hinter sich gelassen.

Die Zusammensetzung des Wachstums hat sich gegenüber den letzten Jahren verändert. Die Exporte stellen mit +0,5% nicht mehr die treibende Kraft des Wachstums dar. Das Investitionswachstum verlangsamt sich zwar ebenfalls, präsentiert sich im Vergleich jedoch noch relativ robust. Der private Konsum bleibt das konjunkturelle Sorgenkind. Angesichts des hohen Preisauftriebs ist das Wachstum mit 0,3% erneut sehr gedämpft ausgefallen. Bedingt durch die Lieferung eines Teils der Eurofighter wuchs der öffentliche Konsum sehr kräftig. Durch die gleichzeitig steigenden Importe ergibt sich jedoch kein Effekt auf das BIP-Wachstum. Die nachlassende Dynamik aller Nachfragekomponenten deutet auf ein schwaches Wachstum im zweiten Halbjahr hin.

Tabelle 1: Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für das zweite Quartal 2008

(Veränderungen zur Vorperiode in %)

	BIP	pr. Konsum	öff. Konsum	Investitionen	Exporte	Importe
2007Q1	0,8	0,1	0,0	1,0	2,3	1,9
2007Q2	0,6	-0,1	-0,1	0,9	2,0	1,5
2007Q3	0,6	0,3	1,6	0,9	1,6	1,7
2007Q4	0,7	0,4	1,1	0,7	1,2	1,0
2008Q1	0,6	0,2	-1,8	0,6	0,8	-0,2
2008Q2	**0,4**	**0,3**	**2,5**	**0,7**	**0,5**	**1,4**
2007	3,0	0,9	1,9	3,9	8,4	7,0

Anmerkungen: real, saison- und arbeitstägig bereinigt. Investitionen: Bruttoanlageinvestitionen
Quelle: WIFO.

Neben der VGR belegen auch andere „harte" Indikatoren den Konjunktureinbruch. So ist die Industrieproduktion (harmonisierter Trend) im Juni um 0,3% geschrumpft (saison- und arbeitstägig bereinigt, gegenüber dem Vormonat). Das Wachstum der Einzelhandelsumsätze entwickelte sich angesichts der unerwartet hohen Inflation und der damit verbundenen schwachen Entwicklung der realen Haushaltseinkommen rückläufig. Im gesamten ersten Halbjahr 2008 lagen die realen Einzelhandelsumsätze nur um 0,9% über dem Vorjahresniveau. Im Außenhandel macht sich die globale Konjunkturabkühlung deutlich bemerkbar. Die Warenverkehrsbilanz gemäß Statistik Austria weist für das erste Halbjahr 2008 einen Überschuss von 0,5 Mrd EUR aus; das sind 0,4 Mrd EUR weniger als in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Während das Defizit im Handel mit der Europäischen Union geringfügig reduziert werden konnte, hat sich - nicht zuletzt bedingt durch die hohen Energieimportkosten - der Überschuss im Handel mit Drittstaaten merklich verringert.

Erfreulich entwickelte sich hingegen der Tourismus. In den ersten sieben Monaten des laufenden Jahres stieg die Anzahl der Übernachtungen um 5,1%. Steigerungen konnten sowohl im Winter- als auch im Sommertourismus verbucht werden, wobei der Anstieg bei ausländischen Gästen mit 6,2% überdurchschnittlich ausfiel.

Deutliche Verschlechterung der Vertrauensindikatoren

Der konjunkturelle Ausblick für das zweite Halbjahr 2008 hat sich in den letzten Monaten deutlich verschlechtert, die Stimmungslage in der österreichischen Wirtschaft ist merklich eingetrübt. Der von der europäischen Kommission veröffentlichte „Economic Sentiment Indicator" für Österreich ist im August gegenüber dem Vormonat zwar geringfügig gestiegen, liegt aber mit 95,3 Punkten deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt von 100. Ähnlich schlechte Stimmungswerte wurden zuletzt im Jahr 2003 gemessen. Auch der Bank Austria Einkaufsmanagerindex hat sich im August leicht verbessert. Mit 48,6 Punkten signalisiert er aber weiterhin eine Rezession in der österreichischen Industrie. Der ifo Geschäftsklimaindex für Deutschland, der auch bekannt gute Vorlaufeigenschaften für Österreich aufweist, sank im August erneut und liegt bei nur mehr 94,8 Punkten. Die österreichischen Unternehmen haben ihre Investitionspläne für das Jahr 2008 weiter zurückgenommen. Aufgrund des sehr flachen Investitionsverlaufs in der Hochkonjunkturphase der letzten beiden Jahre wird jedoch kein deutlicher Einbruch des Investitionswachstums befürchtet.

Inflationsrate bleibt weiterhin hoch

Die Inflationsrate wird auch in den nächsten Monaten hoch bleiben. Der Höhepunkt der Inflationsentwicklung lag im Juni 2008 bei +4,0% (HVPI). Seither hat sich der Preisauftrieb etwas beruhigt. Im Juli betrug die HVPI-Inflationsrate 3,8%, im August ging sie weiter leicht auf 3,6% zurück. Die größten Preistreiber sind unverändert Energie (Treibstoffe und Heizöl), Nahrungsmittel, die einen Großteil der Teuerung erklärten. Preisdämpfend wirkten die Ausgaben für Nachrichtenübermittlung. Im vierten Quartal des laufenden Jahres werden sich aber erstmals die Basiseffekte der seit Oktober 2007 beobachtbaren Inflationsbeschleunigung dämpfend auf den Preisauftrieb auswirken.

Arbeitsmarkt: Bis jetzt konjunktureller Lichtblick, aber auch hier Eintrübungen ersichtlich

Einen konjunkturellen Lichtblick stellte in den vergangenen Monaten die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt dar. Im August war die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen seit bereits 30 Monaten rückläufig. Mit 183.929 vorgemerkten Arbeitslosen lag deren Anzahl um 7.297 bzw. 3,8% unter dem Wert des Vorjahres. Der Rückgang war im August überraschenderweise sogar geringfügig stärker als im Juli (-3,6%). Mit einem Anstieg von rund 75.000 Personen bzw. +2,4% gegenüber dem Vorjahr waren Ende August 3.494.000 Personen unselbständig beschäftigt. Geschlechtsspezifisch betrachtet ist die Arbeitslosigkeit sowohl bei Frauen mit -4,1% als auch bei Männern mit -3,5% rückläufig. Damit ergab sich eine Arbeitslosenrate gemäß Eurostat von 4,2%. Aber auch auf dem Arbeitsmarkt mehren sich die Anzeichen für eine Trendwende. Im August gingen die gemeldeten offenen Stellen um 6,4% zurück - ein deutliches Signal, dass die Phase der Hochkonjunktur der letzten drei Jahre endgültig vorüber ist.

Wachstumsprognosen dürften nach unten korrigiert werden

Angesicht der aktuellen Entwicklungen stellt die im Rahmen des OeNB-Konjunkturindikators Anfang Juli veröffentlichte Wachstumsprognose für das dritte Quartal (+0,4%) aus heutiger Sicht eine Obergrenze dar. Die Wahrscheinlichkeit einer Abwärtsrevision der Wachstumserwartungen im Rahmen der nächsten Veröffentlichung Anfang Oktober ist deutlich gestiegen. Für das Gesamtjahr 2008 wird noch ein Wachstum des realen BIP von rund

2% erwartet. Aufgrund der sich abzeichnenden Abschwächung der Konjunkturdynamik ist für 2009 mit einem niedrigeren Wirtschaftswachstum zu rechnen.

Kräftiger Anstieg des Steueraufkommens von Jänner bis Juli 2008

Die sich schon im bisherigen Jahresverlauf abzeichnende kräftige Entwicklung des Steueraufkommens setzte sich auch im Juli 2008 fort: In den ersten sieben Monaten 2008 stiegen die Bruttoabgaben (Steuerertrag vor Finanzausgleichs- und EU-Überweisungen) um 5,7% gegenüber der entsprechenden Vergleichsperiode des Vorjahres (geschätztes Jahresergebnis gemäß BVA 2008 gegenüber Erfolg 2007: +1,8%), was vor allem durch überproportionale Zuwächse bei den Einkommen- und Vermögenssteuern (besonders bei der Lohnsteuer, der Kapitalertragsteuer und der Körperschaftsteuer) bedingt war. Auch der prozentuelle Anstieg der Verbrauchsteuern (Auswirkung der Mineralölsteuererhöhung) gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres blieb über dem geschätzten relativen jährlichen Anstieg. Die Umsatzsteuer, die ungefähr ein Drittel des Jahresaufkommens erbringt, liegt in der Periode Jänner bis Juli 2008 prozentuell geringfügig unter dem veranschlagten Jahresanstieg, was aber durch die Aufkommensentwicklung der direkten Steuern deutlich überkompensiert wird.

Gemäß ihrer Frühjahrsprognose erwartet die OeNB für 2008 eine gesamtstaatliche Defizitquote von 0,6% des BIP. Ob dieser Wert erreicht werden kann, hängt von mehreren Faktoren ab.

Für die vom Finanzministerium für 2008 veranschlagten Einnahmen aus öffentlichen Abgaben ergibt sich eine BIP-Quote von 23,0%. Würde sich die Aufkommensentwicklung der ersten sieben Monate bis zum Jahresende in ähnlicher Stärke fortsetzen (wovon allerdings angesichts der erwarteten Konjunkturankühlung eher nicht auszugehen ist), würde sich eine Abgabenquote von 23,9% des BIP errechnen und damit für das heurige Jahr eine (ceteris paribus) bis zu 0,9 Prozentpunkte niedrigere Defizitquote (Maastrichtabgrenzung).

Dazu kommt, dass der prozentuelle Anstieg des Personalaufwands des Bundes und der vom Bund budgetierten Sozialausgaben in den ersten sieben Monaten 2008 höher ist als für das ganze Jahr erwartet. Aufgrund der Variabilität der Monatsdaten kann zum jetzigen Zeitpunkt seriöserweise aber lediglich eine Tendenz angezeigt werden.

Auch die schon heuer zu erwartenden Auswirkungen der Maßnahmen, die noch vor der Nationalratswahl beschlossen werden sollen, sind noch nicht bestimmbar.

Schließlich kann derzeit noch nicht beurteilt werden, ob die Länder und Gemeinden ihre im Stabilitätsprogramm veröffentlichten budgetären Zielwerte erreichen werden.

Finanzmärkte

Rückläufige Entwicklung der Aktienkurse und der Anleiherenditen

Die Kurse an den wichtigsten internationalen Aktienmärkten haben sich über den Sommer abgeschwächt. Dazu beigetragen haben die anhaltenden Verwerfungen im US-Finanzsektor, Unsicherheiten bezüglich der weiteren konjunkturellen Entwicklung sowie der sich abschwächenden Gewinndynamik der Unternehmen. Unterstützung erfuhren die Aktienmärkte in den letzten Wochen hingegen von den rückläufigen Ölpreisen.

Mit einem Stand von 11.059,02 Punkten notierte der Dow-Jones-Index am 16. September 2008 um 16,6% niedriger als zu Jahresbeginn 2008. Gegenüber seinem Allzeithoch von 14.164,5 Punkten Mitte Oktober 2007 verzeichnete der Dow-Jones-Index einen Rückgang um 21,9%. Nachdem der Index Mitte Juli 2008 auf ein Zweijahres-Tief gefallen war, erhöhte er sich in den folgenden Wochen wieder etwas, bis Diskussionen über die finanzielle Stabilität der beiden größten US-Hypothekenfinanzierer Fannie Mae und Freddie Mac Mitte August wiederum zu Kursverlusten führten. In der dritten Septemberwoche gaben schließlich als Reaktion auf den Insolvenzantrag von Lehman Brothers und die Rücknahme der Bonitätseinstufungen der Versicherungsgesellschaft AIG die Aktienkurse weiter deutlich nach. Auch die Gewinne der Unternehmen haben sich in den letzten Monaten abgeschwächt, insbesondere im Finanzsektor waren im Gefolge der Finanzmarktturbulenzen die Erträge rückläufig. Gestützt wurde die Kursentwicklung über den Sommer von den rückläufigen Rohstoffpreisen – vor allem der Entspannung beim Ölpreis – und vereinzelten guten Wirtschaftsdaten, wie etwa dem Wachstum des US-BIP im zweiten Quartal.

Der Nikkei-Index lag am 16. September 2008 bei 11.609,72 Punkten und damit um 24,2% unter dem Wert zu Beginn des Jahres 2008. Der Kursrückgang war unter anderem auf den BIP-Rückgang im zweiten Quartal 2008 sowie auf die Aus- und Nachwirkungen der Finanzmarktkrise zurückzuführen.

Der Dow-Jones-EuroSTOXX Index lag am 16. September 2008 bei 292,8 Punkten und damit um 29,4% unter dem Wert Anfang dieses Jahres. In einem längerfristigen Vergleich (seit Jänner 2001) konnten acht der achtzehn EuroSTOXX Sektoren Zuwächse verzeichnen. Die stärksten Zuwächse wiesen der Grundstoffsektor (+89,3%) und die Versorger (+35,8%) auf; den stärksten Rückgang gab es bei den Technologiewerten (-66,2%), gefolgt von den Medien (-59,7%). Nach deutlichen Kursverlusten ab Mitte Mai war seit Mitte Juli eine Stabilisierung des Dow-Jones-EuroSTOXX bei anhaltend hoher Volatilität zu beobachten, zu der insbesondere der niedrigere Ölpreis sowie niedrigere Zinsen beigetragen haben dürften. Mitte September verursachten jedoch die Turbulenzen im US-amerikanischen Finanzsektor auch auf den europäischen Aktienmärkten starke Kursrückgänge.

Der ATX verzeichnete am 16. September 2008 mit 3.077,51 Punkten ein Dreijahrestief. Seit Jahresbeginn 2008 war damit ein Rückgang des ATX um 31,8% zu verzeichnen. Seit dem Allzeithoch von 4.981,9 Punkten am 9. Juli 2007 sank der ATX um 38,2%. Die Entwicklung des ATX ist teilweise eine Folge der internationalen Aktienmarktentwicklung und teilweise auf die Konsolidierung der zuletzt sehr günstigen Gewinnaussichten von ATX-Unternehmen zurückzuführen.

Als Maß für die Unsicherheit auf den Aktienmärkten im Euroraum und in den USA kann die implizite Volatilität des DAX beziehungsweise des Standard & Poor's Index verwendet werden. Die implizite Volatilität des Standard & Poor's Index lag am 16. September 2008 bei 30,3%,

jene des DAX bei 27,2%. Die Volatilität des DAX stieg damit seit Jahresbeginn 2008 um 10,8 Prozentpunkte und die des Standard & Poor's Index um 7,8 Prozentpunkte. Die Volatilität auf den Aktienmärkten war damit weiterhin relativ hoch, was die Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Konjunktur sowie auf den internationalen Finanzmärkten widerspiegelt.

Am 16. September 2008 lag die Rendite zehnjähriger US-Staatsanleihen bei 3,5% und damit um 53 Basispunkte unter dem Wert zu Beginn des Jahres 2008. Die Rendite zehnjähriger deutscher Bundesanleihen lag am 16. September 2008 bei 4,0% und somit 33 Basispunkte niedriger als zu Jahresbeginn 2008. Die Rendite zehnjähriger österreichischer Bundesanleihen betrug am 9. September 2008 4,3% und unterschritt damit den Wert zu Jahresbeginn 2008 um 17 Basispunkte.

Der seit der letzten Juliwoche zu beobachtete Rückgang der Renditen langfristiger Staatsanleihen ist nicht zuletzt auf schwache Konjunkturdaten und eine von dem niedrigeren Ölpreis ausgehende Erwartung eines Inflationsrückgangs zurückzuführen. Die Unsicherheit über die weitere Konjunkturentwicklung und die weitere Entwicklung der Unternehmensergebnisse hatte sowohl im Euroraum als auch in den USA seit Jahresbeginn eine Ausweitung der Renditedifferenz zwischen Anleihen von BBB und AAA gerateten Unternehmen zur Folge.

Kreditinstitute

Bilanzsumme: 2008 höchste Halbjahreswachstumsrate

Zum Halbjahr 2008 belief sich die unkonsolidierte Bilanzsumme der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitute auf 972,24 Mrd EUR. Im ersten Halbjahr 2008 wuchs die Bilanzsumme um 72,70 Mrd EUR. Damit wurde 2008 mit 8,1% die höchste Halbjahreswachstumsrate seit 1995 erreicht und der bisher höchste Anstieg der ersten 6 Monate 2007 von 7,7% übertroffen. Für diese Entwicklung war primär das Zwischenbankengeschäft im In- und Ausland verantwortlich. Trotz des absoluten Anstiegs der Gesamteinlagen setzte sich der Trend der zurück gehenden relativen Bedeutung der Einlagen auf der Refinanzierungsseite auch im ersten Halbjahr 2008 weiter fort: Die Gesamteinlagen bei allen in Österreich meldepflichtigen Kreditinstituten nahmen gegenüber dem Jahresende 2007 um 3,2% (+8,29 Mrd EUR) auf 266,50 Mrd EUR zu. 2007 hatte die entsprechende Zuwachsrate 4,5% (+10,34 Mrd EUR) betragen. Der Anteil der Einlagen gemessen an der Bilanzsumme verringerte sich in den letzten 5 Jahren um fast 6 Prozentpunkte und seit 1995 sogar um mehr als 11 Prozentpunkte auf 27,4%. Umgekehrt stieg die Bedeutung der eigenen Inlandsemissionen. Das von Nichtbanken gehaltene Volumen erhöhte sich um 11,19 Mrd EUR und überschritt mit einem Stand von 106,80 Mrd EUR zum ersten Mal die 100 Mrd EUR-Grenze. Mit 11,7% war das relative Wachstum nicht mehr ganz so stark wie in den ersten 6 Monaten 2007 (+17,5%), es lag aber immer noch deutlich über dem Bilanzsummenwachstum. Dadurch erhöhte sich im Gegensatz zu den Einlagen die Bedeutung der eigenen Inlandsemissionen als Refinanzierungsquelle.

Im ersten Halbjahr 2008 konnte bei allen Bankensektoren ein Anstieg der Bilanzsumme festgestellt werden. Innerhalb der einzelnen Kreditinstitutssektoren erzielten die Raiffeisenbanken (+27,88 Mrd EUR bzw. +12,6%) das größte absolute Bilanzsummenwachstum, gefolgt von den Aktienbanken (+20,76 Mrd EUR bzw. +8,3%). Das Schlusslicht bildeten die Bausparkassen mit einer Zunahme von 0,15 Mrd EUR (+0,7%). Die höchste Wachstumsrate wies der Volksbankensektor mit 13,2% (+9,17 Mrd EUR) auf. Der Aktienbankensektor hielt Ende Juni 2008 mit 27,9% Marktanteil gemessen an der Gesamtbilanzsumme den ersten Platz. An zweiter Stelle folgte der Raiffeisensektor mit 25,7%

vor den Sparkassen mit 16,0%. Die Landes-Hypothekenbanken erzielten einen Marktanteil von 9,5%, die Sonderbanken 9,4%, die Volksbanken 8,1%, die Bausparkassen 2,2% und die Zweigstellen gem. § 9 BWG 1,2%.

Rückgang des Betriebsergebnisses und deutlicher Zuwachs des Nettozinsertrages

Das unkonsolidierte Betriebsergebnis der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitute belief sich im 1. Halbjahr 2008 auf 2,87 Mrd EUR und war somit – was das Ergebnis in einem ersten Halbjahr betrifft - seit dem Jahr 2002 erstmals rückläufig. Noch in der Vergleichsperiode des Vorjahres betrug diese Position 3,23 Mrd EUR. Grund für diese Entwicklung waren die um 0,15 Mrd EUR bzw. 1,8% auf einen Wert von 8,38 Mrd EUR gesunkenen Betriebserträge, während die Betriebsaufwendungen um 0,21 Mrd EUR bzw. 4,0% auf 5,51 Mrd EUR anwuchsen. Dem entsprechend verschlechterte sich die unkonsolidierte Cost-Income-Ratio der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitute im 1. Halbjahr 2008 gegenüber dem Rekordwert der Vergleichsperiode des Jahres 2007 um fast 4 Prozentpunkte auf 65,8%.

Die Abnahme der Betriebserträge ergab sich vor allem durch den in einer ersten Jahreshälfte erstmals negativen Saldo aus dem Finanzgeschäft (-0,06 Mrd EUR) sowie durch die Reduktion der Erträge aus dem Provisionsgeschäft. Letztere nahmen um 12,1% gegenüber dem 1. Halbjahr 2007 ab und betrugen 2,16 Mrd EUR. Vor allem die Rückgänge bei den Provisionen aus dem Wertpapiergeschäft waren hierfür ausschlaggebend. Trotz dieser Abnahme war das Provisionsgeschäft immer noch die zweitwichtigste Ertragsquelle für Österreichs Banken. Der Nettozinsertrag betrug im 1. Halbjahr 2008 3,98 Mrd EUR. Dieser Nettoertrag setzt sich aus 3,46 Mrd EUR aus dem Auslandsgeschäft und 0,52 Mrd EUR aus dem Inlandsgeschäft zusammen. Beachtlich war die rapide Zunahme des Nettozinsertrages gegenüber der Vergleichsperiode des Jahres 2007 um 0,41 Mrd EUR bzw. 11,5%. Dieser Zuwachs geht zur Gänze auf das Auslandsgeschäft zurück, das um fast die Hälfte stieg (+46,4% bzw. 1,1 Mrd EUR), während das Inlandsgeschäft um 0,7 Mrd EUR (-57,1%) auf weniger als die Hälfte einbrach. Der Zuwachs des Nettozinsertrages im Auslandsgeschäft geht zum einen auf die steigende Nettoauslandsforderungsposition und zum anderen auf eine höhere Zinsspanne im zentral- und osteuropäischen Ausland zurück. Letztere kann zum Teil als Prämie für ein erhöhtes Risiko interpretiert werden.

Investmentfonds

Starke Rückgänge im Investmentfondgeschäft

Die internationalen Finanzmarktturbulenzen hinterließen deutliche Spuren im Investmentfondgeschäft. Der von 28 österreichischen Kapitalanlagegesellschaften Ende Juni 2008 über 2.330 Investmentfonds verwaltete Vermögensbestand (inkl. „Fonds in Fonds“) verringerte sich seit Jahresende 2007 um 16,73 Mrd EUR (-10,1%) auf 148,92 Mrd EUR. Seit Mitte des Jahres 2007 betrug der Rückgang sogar 25,41 Mrd EUR (-14,6%). Massive Kursverluste in Höhe von 8,22 Mrd EUR und ein Nettokapitalabfluss von 4,74 Mrd EUR führten im ersten Halbjahr 2008 zu einer Verringerung des veranlagten Kapitals (exklusive „Fonds in Fonds“) von 12,96 Mrd EUR bzw 9,5%. Von Anfang Jänner 2008 bis Ende Juni 2008 errechnete sich eine kapitalgewichtete durchschnittliche Gesamtperformance aller österreichischen Investmentfonds (Publikumsfonds und Spezialfonds) von -5,3%. Per Ende Juni 2008 wurden in den Ländern der Währungsunion (exkl. Österreich) 61,93 Mrd EUR (49,9%), in Ländern der übrigen Welt 32,56 Mrd EUR (26,2%) und im Inland 29,64 Mrd EUR (23,9%) veranlagt.

Versicherungen

Anstieg der Aktiva insgesamt, Verschiebungen in der Veranlagungsstruktur

Die Summe der Aktiva stieg sowohl im 1. Halbjahr 2008 (3,5 Mrd EUR oder 4,0%) als auch im Jahresabstand (5,9 Mrd EUR oder 6,9%) trotz der anhaltenden Finanzmarktturbulenzen rascher als im Jahr zuvor. Für das 1. Halbjahr 2007 lauten die anlogen Ergebnisse: +2,8 Mrd EUR oder +3,3%; Jahresabstand: +5,3 Mrd EUR oder +6,6%. Die Summe der Aktiva überstieg Ende Juni 2008 mit 91,5 Mrd EUR zum ersten Mal die 90 Mrd EUR Grenze. Betrachtet man die Veranlagungsstruktur in den ersten zwei Quartalen, so lassen sich allerdings deutliche Auswirkungen der internationalen Finanzmarktturbulenzen erkennen: Die Guthaben bei Kreditinstituten haben sich im ersten Halbjahr auf 4,2 Mrd EUR fast verdoppelt (+1,9 Mrd EUR oder + 85%), ausländische Rentenwertpapiere wuchsen mit 8,9% (+2 Mrd EUR) mehr als doppelt so rasch wie die gesamten Aktiva, während sich die in- und ausländischen Investmentzertifikate um 2,6 Mrd oder 8,5% verringerten. Der Rückgang fiel mit rund 2 Mrd EUR bei den inländischen Investmentzertifikaten absolut betrachtet höher aus als bei den ausländischen Investmentzertifikaten (-0,6 Mrd EUR). Diese Entwicklung hatte auch zur Folge, dass die inländischen Investmentzertifikate (22,5 Mrd EUR) von den ausländischen Rentenwerten (24,2 Mrd EUR) als die wichtigste Veranlagungskategorie abgelöst wurden.

Pensionskassen

Deutliche Auswirkung der Finanzmarktturbulenzen

Der Gesamtvermögensbestand verringerte sich im ersten Halbjahr 2008 um 0,3 Mrd EUR (–2,5%) auf 12,6 Mrd EUR. Diese deutliche Verringerung ist auf die durch die Finanzmarktturbulenzen ausgelösten Wertverluste bei Wertpapieren im Portefeuille der Pensionskassen zurückzuführen. Betrachtet man nur das 2. Quartal, gab es eine Erhöhung um 1,2% (oder +151 Mio EUR). Dieser Zuwachs geht allerdings fast zur Gänze auf die Aufnahme der Pensionsansprüche der Mitarbeiter eines einzigen großen Arbeitgebers (ÖGB) zurück. Der Gesamtvermögensstand zum 30.6.2008 entspricht etwa dem Niveau von Ende 2006; in diesen 1½ Jahren standen offensichtlich den realen Zuwächsen durch zusätzliche Pensionsverträge – so eröffneten allein im Jahr 2007 rund 14.000 Personen Pensionskonten bei Pensionskassen – Wertverluste aufgrund der internationalen Finanzmarktturbulenzen gegenüber. Abgesehen von den Wertverlusten beim Gesamtvermögensstand gab es auch eine reale Verschiebung innerhalb der Aktiva hin zu Guthaben bei inländischen Banken im Ausmaß von 200 Mio EUR. Die Pensionskassen parkten angesichts der derzeitigen Turbulenzen zusätzliche Teile ihrer Aktiva bei inländischen Banken – ohne Kapitalrisiko, mit geringerem, aber sicheren Verdienst.

Die geldpolitischen Entscheidungen des EZB-Rats

Am 4. September 2008 beschloss der EZB-Rat, den Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität bei 4,25%, 5,25% und 3,25% zu belassen.

Auf der Grundlage seiner regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse hat der EZB-Rat am 4. September 2008 beschlossen, die Leitzinsen der EZB unverändert zu belassen. Die seit der letzten Sitzung verfügbar gewordenen Informationen haben bestätigt, dass die jährlichen Teuerungsraten für einen längeren Zeitraum deutlich über einem mit Preisstabilität zu vereinbarenden Niveau bleiben dürften und dass weiterhin Aufwärtsrisiken für die Preisstabilität auf mittlere Sicht bestehen. Während die Expansion der weit gefassten Geldmenge und der Kreditaggregate nun gewisse Anzeichen einer Abschwächung zeigt, deutet die nach wie vor kräftige Grunddynamik des Geldmengenwachstums weiterhin auf Aufwärtsrisiken für die Preisstabilität auf mittlere Sicht hin. Die jüngsten Wirtschaftsdaten bestätigen auch die Abschwächung des realen BIP-Wachstums um die Jahresmitte 2008. Zum Teil spiegelt dies eine erwartete technische Reaktion auf das starke Wachstum im ersten Quartal und auch dämpfende Effekte globaler und binnenwirtschaftlicher Faktoren, einschließlich der direkten und indirekten Auswirkungen der hohen Rohstoffpreise, wider. In diesem Umfeld ist es nach wie vor zwingend erforderlich, breit basierte Zweitrundeneffekte bei der Lohn- und Preissetzung zu vermeiden. In voller Übereinstimmung mit seinem Auftrag betont der EZB-Rat, dass die Gewährleistung der Preisstabilität auf mittlere Sicht sein vorrangiges Ziel ist und dass er unbedingt entschlossen ist, sicherzustellen, dass die mittel- und langfristigen Inflationserwartungen fest auf einem Niveau verankert bleiben, das mit Preisstabilität in Einklang steht. Dies wird die Kaufkraft auf mittlere Sicht erhalten und ein nachhaltiges Wachstum sowie die Beschäftigung stützen. Auf der Grundlage der Bewertung durch den EZB-Rat wird der aktuelle geldpolitische Kurs zum Erreichen des Ziels des EZB-Rats beitragen. Der EZB-Rat wird auch in nächster Zeit alle Entwicklungen sehr genau verfolgen.

Am 7. August 2008 beschloss der EZB-Rat, den Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität bei 4,25%, 5,25% und 3,25% zu belassen.

Auf der Grundlage seiner regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse hat der EZB-Rat auf seiner Sitzung vom 7. August beschlossen, die Leitzinsen der EZB unverändert zu belassen. Die seit der letzten Sitzung verfügbar gewordenen Informationen haben die Überlegungen, die dem Zinserhöhungsbeschluss vom Juli zugrunde lagen, weiter untermauert. Sie haben bestätigt, dass die jährlichen Teuerungsraten für einen längeren Zeitraum deutlich über einem mit Preisstabilität zu vereinbarenden Niveau bleiben dürften und dass die Preisstabilität auf mittlere Sicht weiterhin mit Aufwärtsrisiken behaftet ist. Gestützt wird diese Einschätzung durch ein anhaltend kräftiges Geldmengenwachstum, wobei bislang keine Anzeichen für eine nennenswerte Angebotsverknappung bei den Bankkrediten zu beobachten sind. In diesem Kontext ist es nach wie vor von entscheidender Bedeutung, dass breit basierte Zweitrundeneffekte bei der Lohn- und Preissetzung vermieden werden. Die jüngsten Wirtschaftsdaten deuten auf eine Abschwächung des realen BIP-Wachstums um die Jahresmitte 2008 hin, die nach dem außergewöhnlich starken Zuwachs im ersten Quartal in gewissem Maße

erwartet worden war. Vor diesem Hintergrund und in voller Übereinstimmung mit seinem Auftrag betont der EZB-Rat, dass die Gewährleistung der Preisstabilität auf mittlere Sicht sein vorrangiges Ziel ist und dass er fest entschlossen ist, die mittel- und langfristigen Inflationserwartungen fest auf einem Niveau verankert zu halten, das mit Preisstabilität in Einklang steht. Dies wird die Kaufkraft auf mittlere Sicht erhalten und ein nachhaltiges Wachstum und die Beschäftigung stützen. Auf der Grundlage der Bewertung durch den EZB-Rat wird der aktuelle geldpolitische Kurs zum Erreichen des Ziels des EZB-Rats beitragen. Der EZB-Rat wird auch in nächster Zeit alle Entwicklungen sehr genau verfolgen.

Am 3. Juli 2008 beschloss der EZB-Rat den Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität um jeweils 25 Basispunkte auf 4,25%, 5,25% und 3,25% anzuheben.

Auf der Grundlage seiner regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse hat der EZB-Rat in seiner Sitzung vom 3. Juli 2008 beschlossen, die Leitzinsen der EZB um 25 Basispunkte anzuheben. Der Beschluss wurde gefasst, um breit basierte Zweitrundeneffekte zu verhindern und den zunehmenden Aufwärtsrisiken für die mittelfristige Preisstabilität entgegenzuwirken. Die Teuerungsraten nach dem HVPI haben sich seit Herbst vergangenen Jahres signifikant erhöht und dürften über einen längeren Zeitraum als zuvor gedacht deutlich über dem Niveau bleiben, das mit Preisstabilität vereinbar ist. Die Einschätzung des EZB-Rates, dass auf mittlere Sicht Aufwärtsrisiken für die Preisstabilität bestehen, wird auch durch das weiterhin sehr kräftige Geldmengen- und Kreditwachstum sowie durch die Tatsache bestätigt, dass vor dem Hintergrund anhaltender Spannungen an den Finanzmärkten bei den Bankkrediten bislang keine nennenswerte Angebotsverknappung vorliegt. Gleichzeitig sind die wirtschaftlichen Fundamentaldaten des Euro-Währungsgebiets solide, obwohl die für Mitte 2008 erwartete Abschwächung des realen BIP-Wachstums nach dem außergewöhnlich kräftigen Zuwachs im ersten Quartal durch die jüngsten Daten bestätigt wird. Vor diesem Hintergrund und in voller Übereinstimmung mit seinem Auftrag betont der EZB-Rat, dass die Gewährleistung der Preisstabilität auf mittlere Sicht sein vorrangiges Ziel ist und dass er fest entschlossen ist, sicherzustellen, dass die mittel- und langfristigen Inflationserwartungen fest auf einem Niveau verankert bleiben, das mit Preisstabilität in Einklang steht. Dies wird die Kaufkraft auf mittlere Frist erhalten und weiterhin nachhaltiges Wachstum und die Beschäftigung im Euroraum stützen. Auf der Grundlage der derzeitigen Bewertung durch den EZB-Rat wird der geldpolitische Kurs nach dem heutigen Beschluss zum Erreichen des Ziels des EZB-Rates beitragen. Der EZB-Rat wird auch in nächster Zeit alle Entwicklungen sehr genau verfolgen.

Chronik der geldpolitischen Entscheidungen des Eurosystems 2007 und 2008

Datum der Bekanntgabe	Geldpolitische Maßnahme
4. September 2008	Der EZB-Rat beschließt, das ausstehende zusätzliche längerfristige Refinanzierungsgeschäft (LRG) mit sechsmonatiger Laufzeit in Höhe von 25 Mrd EUR, das am 2. April zugeteilt wurde und am 9. Oktober 2008 fällig wird, fortzuführen. Darüber hinaus entschied er, die beiden zusätzlichen dreimonatigen LRGs (über jeweils 50 Mrd EUR), die am 13. November bzw. am 11. Dezember 2008 fällig werden, ebenfalls fortzuführen.

4. September 2008	Der EZB-Rat beschließt, im Rahmen der zweijährlichen Überprüfung der Risikokontrollmaßnahmen für Kreditgeschäfte des Eurosystems einige technische Anpassungen vorzunehmen. Diese betreffen die Bereiche Bewertungsabschläge für notenbankfähige marktfähige Sicherheiten, die Definition von „engen Verbindungen" zwischen Geschäftspartnern des Eurosystems und Emittenten/Schuldnern/Garanten von Schuldtiteln sowie Bonitätsbeurteilungen durch externe Ratingagenturen. Die Änderungen treten am 1. Februar 2009 in Kraft.
31. Juli 2008	Der EZB-Rat beschließt, die beiden zusätzlichen längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (LRGs) mit dreimonatiger Laufzeit, die am 21. Mai 2008 (50 Mrd EUR) und am 11. Juni 2008 (50 Mrd EUR) zugeteilt wurden und am 14. August 2008 bzw. 11. September 2008 fällig werden, fortzuführen.
30. Juli 2008	Der EZB-Rat hat zusammen mit der Federal Reserve beschlossen, ab 8. August zusätzlich einen Tender mit 84-tägiger Laufzeit für die im Rahmen der „Term Auction Facility" abgewickelten Geschäfte einzuführen. Die Geschäfte erfolgen in zweiwöchigem Abstand, wobei die EZB abwechselnd Geschäfte über 20 Mrd USD mit einer Laufzeit von 28 Tagen und solche über 10 Mrd USD mit einer Laufzeit von 84 Tagen durchführen wird. Nach einer Übergangszeit wird es daher drei ausstehende Geschäfte mit einer Laufzeit von 84 Tagen und eines mit einer Laufzeit von 28 Tagen über einen unveränderten ausstehenden Gesamtbetrag in Höhe von 50 Mrd USD geben.
8. Juli 2008	Der Beitritt der Slowakei zum Euroraum wurde fixiert. Die Slowakei wird am 1. Jänner 2008 dem Euroraum beitreten. Der Konversionskurs der slowakischen Koruna zum Euro wurde beim ECOFIN-Rat am 8. Juli bei 30,1260 SKK per EUR fixiert. Dieser Wert entspricht der Zentralparität der Koruna im WKM II, nachdem diese am 28. Mai nach starkem Aufwertungsdruck um 17,6% erhöht wurde. Im Zuge dieses Realignments gaben die slowakischen Regierungsbehörden eine umfangreiche wirtschaftspolitische Verpflichtungserklärung ab, welche insbesondere strukturelle fiskalpolitische Anpassungsmaßnahmen in Höhe von mindestens 0,5% des BIP ab 2009 umfasst. Weiters sind Maßnahmen im Bereich der Lohnpolitik (insbesondere des öffentlichen Sektors) sowie die Stärkung des institutionellen Rahmenwerks für Forschung und Entwicklung vorgesehen.
3. Juli 2008	Der EZB-Rat beschließt, den Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität um jeweils 25 Basispunkte auf 4,25%, 5,25% und 3,25% anzuheben.
28. Mai 2008	Der Euro-Leitkurs im WKM-II für die slowakische Krone wird mit Wirkung 29. Mai 2008 angepasst. Der neue Leitkurs beträgt 30,1260 slowakische Kronen je Euro. Dies entspricht einer Aufwertung um 17.6472%. Die obligatorischen Interventionspunkte liegen weiter bei +/–15% rund um den Leitkurs, wodurch die Höchst- und Niedrigstkurse 34,6449 und 25,6071 slowakische Kronen je Euro betragen.
2. Mai 2008	Der EZB-Rat beschließt gemeinsam mit der Federal Reserve, den Betrag der den Geschäftspartnern des Eurosystems im Zusammenhang mit der „Term Auction Facility (TAF)" bereitgestellten Liquidität in US-Dollar für jeden der alle zwei Wochen stattfindenden Tender auf 25 Mrd USD zu erhöhen.

28. März 2008	Der EZB-Rat beschließt die Durchführung zweier zusätzlicher liquiditätszuführender längerfristiger Refinanzierungsgeschäfte mit einer Laufzeit von 6 Monaten im Umfang von jeweils 25 Mrd EUR. Deren Abwicklung erfolgt am 3. April und am 10. Juli 2008. Außerdem werden die beiden zum Zeitpunkt der Bekanntgabe ausstehenden zusätzlichen längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte mit dreimonatiger Laufzeit mit einem Volumen von 50 Mrd EUR fortgeführt. Deren Abwicklung erfolgt am 22. Mai und 12. Juni 2008. Alle Geschäfte werden als Zinstender mit im Voraus festgelegtem Betrag durchgeführt. Die zusätzlichen längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte sollen dazu beitragen, das Funktionieren des Euro-Geldmarktes zu normalisieren.
11. März 2008	Der EZB-Rat beschließt, den Geschäftspartnern des Eurosystems im Rahmen der „Term Auction Facility" der Federal Reserve erneut Refinanzierung in US-Dollar anzubieten. Die Bereitstellung von Liquidität in US-Dollar soll so lange fortgesetzt werden, wie der EZB-Rat dies in Anbetracht des aktuellen Marktgeschehens für notwendig erachtet. Die Geschäfte werden nach demselben Verfahren wie im Dezember 2007 und Jänner 2008 durchgeführt. Die Tender finden alle zwei Wochen statt. Das nächste liquiditätszuführende Geschäft hat eine Laufzeit von 28 Tagen, ein Volumen von 15 Mrd USD und wird am 27. März 2008 abgewickelt.
7. Februar 2008	Der EZB-Rat beschließt, die beiden zusätzlichen längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte, die am 23. November und 12. Dezember 2007 abgewickelt wurden und am 21. Februar 2008 bzw. 13. März 2008 fällig werden, fortzuführen. Ziel ist es, die bisher im Hinblick auf die Normalisierung am Euro-Geldmarkt erzielten Fortschritte weiter zu festigen. Die zwei neuen zusätzlichen längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte werden wieder in Form von Zinstendern mit einem im Voraus festgelegten Betrag von jeweils 60 Mrd EUR durchgeführt.
10. Jänner 2008	Der EZB-Rat beschließt, den Geschäftspartnern des Eurosystems im Rahmen der „Term Auction Facility" der Federal Reserve erneut Refinanzierung in US-Dollar anzubieten. Ziel ist es, zur Befriedigung des außergewöhnlichen Bedarfs nach Refinanzierung in US-Dollar beizutragen und eine weitere Normalisierung der Geldmarktbedingungen zu erleichtern. Die Geschäfte haben dasselbe Volumen (je 10 Mrd USD) und werden nach demselben Verfahren durchgeführt wie die beiden liquiditätszuführenden Geschäfte in US-Dollar vom Dezember 2007. Die Laufzeit beträgt jeweils 28 Tage, die Abwicklung erfolgt am 17. und 31. Jänner 2008.
1. Jänner 2008	Zypern und Malta haben am 1. Jänner 2008 den Euro eingeführt. Dadurch sind die Zentralbank von Zypern und die Central Bank of Malta Vollmitglieder des Eurosystems geworden. Die Zentralbank von Zypern und die Central Bank of Malta haben den Rest der von ihnen gezeichneten Anteile am Kapital der EZB eingezahlt und haben der EZB ihre Beiträge zu den Währungsreserven der EZB übertragen. Die zypriotischen und maltesischen Geschäftspartner können erstmals am 3. Jänner 2008 an den Hauptrefinanzierungsgeschäften des Eurosystems teilnehmen.
12. Dezember 2007	Die Bank of Canada, die Bank of England, die Europäische Zentralbank, die Federal Reserve und die Schweizerische Nationalbank geben Maßnahmen bekannt, die dazu dienen, dem erhöhten Druck an den Märkten für kurzfristige Refinanzierung entgegenzuwirken. Hierbei beschließt der EZB-Rat, gemeinsame Maßnahmen mit der Federal Reserve einzuleiten und den Geschäftspartnern des Eurosystems Refinanzierung in US-Dollar anzubieten. Das Eurosystem wird im Zusammenhang mit der US-Dollar „Term Auction Facility" der Federal Reserve zwei liquiditätszuführende Geschäfte in US-Dollar über eine Laufzeit von 28 bzw. 35 Tagen gegen EZB-fähige Sicherheiten durchführen. Die Abwicklung der Geschäfte erfolgt am 20. und 27. Dezember 2007. Die US-Dollar werden der EZB auf der Grundlage eines befristeten wechselseitigen Währungsabkommens (Swap-Vereinbarung) in Höhe von bis zu 20 Mrd USD von der Federal Reserve zur Verfügung gestellt.

30. November 2007	Der EZB-Rat beschließt im Rahmen einer Telekonferenz, die Laufzeit des am 19. Dezember 2007 abzuwickelnden Hauptrefinanzierungsgeschäfts auf zwei Wochen zu verlängern. Die Maßnahme erfolgt aufgrund gewisser Spannungen am Euro-Geldmarkt im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Jahreswechsel. Die Entscheidung über den Zuteilungsbetrag wird dabei in völliger Übereinstimmung mit dem Ziel erfolgen, die Zinssätze nahe am Mindestbietungssatz zu halten.
8. November 2007	Der EZB-Rat beschließt die beiden zusätzlichen längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte, die am 23. August 2007 (40 Mrd EUR) und am 12. September 2007 (75 Mrd EUR) zugeteilt wurden und am 23. November 2007 bzw. 12. Dezember 2007 fällig werden, fortzuführen. Ziel ist es, die bisher im Hinblick auf die Normalisierung am Euro-Geldmarkt erzielten Fortschritte weiter zu festigen. Die zwei neuen zusätzlichen längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte werden in Form von Zinstendern mit einem im Voraus festgelegten Betrag von jeweils 60 Mrd EUR durchgeführt.
30. Oktober 2007	Der EZB-Rat beschließt die Leitlinie EZB/2007/10, mit der die Leitlinie EZB/2000/7 über geldpolitische Instrumente und Verfahren des Eurosystems geändert wird. Die Änderungen betreffen Regelungen zu den geldpolitischen Instrumenten, den notenbankfähigen Sicherheiten, sowie einige Änderungen welche aufgrund der Einrichtung des TARGET2-Systems sowie der Erweiterung des Euro-Währungsgebiets um Zypern und Malta erforderlich sind.
6. September 2007	Der EZB-Rat beschließt ein zusätzliches liquiditätszuführendes längerfristiges Refinanzierungsgeschäft mit einer Laufzeit von drei Monaten ohne einen im Voraus festgelegten Zuteilungsbetrag durchzuführen. Diese Transaktion soll dazu beitragen, das Funktionieren des Euro-Geldmarkts zu normalisieren.
22. August 2007	Der EZB-Rat beschließt die Durchführung eines zusätzlichen liquiditätszuführenden längerfristigen Refinanzierungsgeschäftes im Umfang von 40 Mrd EUR. Es handelt sich um eine technische Maßnahme zur Unterstützung der Normalisierung des Euro-Geldmarktes. Die Liquiditätszuführung wird unter Berücksichtigung der allgemeinen Liquiditätslage durch die Anpassung der Zuteilungsbeträge der Hauptrefinanzierungsgeschäfte ausgeglichen. Bereits am 9., 10., 13. und 14. August teilte die EZB mit dem Ziel der Sicherstellung geordneter Bedingungen am Geldmarkt den Geschäftspartnern im Rahmen von Feinsteuerungsoperationen über Schnelltender mit ein- bzw. dreitägiger Laufzeit jeweils rund 94,8 Mrd, 61 Mrd, 47,7 Mrd und 7,7 Mrd EUR zu.
6. Juni 2007	Der EZB-Rat beschließt, den Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität um jeweils 25 Basispunkte auf 4%, 5% bzw. 3% anzuheben.
16. März 2007	Der Euro-Leitkurs im WKM-II für die slowakische Krone wird mit Wirkung 19. März 2007 angepasst. Der neue Leitkurs beträgt 35,4424 slowakische Kronen je Euro. Dies entspricht einer Aufwertung um 8½%. Die obligatorischen Interventionspunkte liegen weiter bei +/–15% rund um den Leitkurs, wodurch die Höchst- und Niedrigstkurse 40,7588 und 30,1260 slowakische Kronen je Euro betragen.
8. März 2007	Der EZB-Rat beschließt, den Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität um jeweils 25 Basispunkte auf 3,75%, 4,75% bzw. 2,75% anzuheben.

2. Jänner 2007	Slowenien hat am 1. Jänner 2007 den Euro eingeführt. Dadurch ist die slowenische Notenbank (Banka Slovenije) ein Vollmitglied des Eurosystems geworden. Die Banka Slovenije hat den Rest des von ihr gezeichneten Anteils am Kapital der EZB eingezahlt und hat der EZB ihren Beitrag zu den Währungsreserven der EZB übertragen. Die slowenischen Geschäftspartner konnten erstmals am 3. Jänner 2007 an den Hauptrefinanzierungsgeschäften des Eurosystems teilnehmen.

Quelle: EZB, OeNB.

Wirtschafts- und Währungspolitik in der EU

12. Juni 2008: EK fordert Maßnahmen wegen steigender Öl- und Nahrungsmittelpreise

Begründend auf der Annahme, dass der Ölpreis auf hohem Niveau bleiben wird, werden strukturelle Anpassungen notwendig. Gleichzeitig sollen kurzfristig die Folgen für bestimmte Bevölkerungsgruppen gemildert werden. Die EK schlägt ein koordiniertes politisches Vorgehen vor, das folgende Maßnahmen umfasst: Maßnahmen für eine größere Energieeffizienz und Einsparungen und internationale Gipfeltreffen der größten Ölförderländer und Ölverbraucherstaaten. Weiters sollen die Mitgliedstaaten kurzfristige gezielte sozialpolitische Maßnahmen zur Unterstützung der am stärksten betroffenen Bevölkerungsteile erlassen (Österreich brachte diesbezüglich einen Vorschlag zur Einführung einer Transaktionssteuer auf Rohstoffe ein).

12. Juni 2008: Einstellung des Defizitverfahrens gegen Polen, Einleitung gegen UK

Die EK empfiehlt dem Rat die Einstellung des Defizitverfahrens gegen Polen, da das gesamtstaatliche Defizit von 3,8% des BIP (2006) auf 2,0% des BIP (2007) gesenkt wurde. Da gemäß der Frühjahrsprognose für das UK mit einem Budgetdefizit von 3,2% des BIP für 2008/2009 zu rechnen ist, leitet die EK ein Verfahren wegen übermäßigem Defizit gegen das UK ein.

13. Juni 2008: negativer Ausgang des Referendums zum Reformvertrag in Irland

Am 13. Juni wurde in Irland ein Referendum über den Vertrag von Lissabon abgehalten, das negativ ausgegangen ist (53,4% gegen und 46,6% dafür). Die Beweggründe der Gegner des Vertrages waren derart weit gestreut, dass es diesmal, im Gegensatz zum Vertrag von Nizza, äußerst schwierig sein wird, ein Zusatzprotokoll für die Iren zu entwerfen, das die Substanz des Vertrages unangetastet lässt. Frankreichs Präsident Sarkozy, der ab 1. Juli die EU-Präsidentschaft übernehmen wird, hat angekündigt, den Vertrag von Lissabon retten zu wollen. EU-Kommissionspräsident Barroso appellierte, die Ratifizierung des Vertrags fortzusetzen.

17. Juni 2008: Bosnien-Herzegowina unterzeichnet Abkommen mit der EU

Bosnien-Herzegowina hat ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU unterzeichnet, das als Vorstufe zu den Beitrittsverhandlungen gilt. Ziel des Vertrages ist es, die Entwicklung der Marktwirtschaft und die regionale Zusammenarbeit zu fördern, damit das Land die Bedingungen für die Aufnahme in die EU erfüllt. Die bosnische Wirtschaft kommt damit in den Genuss von Handelserleichterungen und EU-Förderkrediten.

19./20. Juni 2008: Europäischer Rat

Nach dem negativen Referendum in Irland soll das Ratifizierungsverfahren des Vertrags von Lissabon in den übrigen Ländern fortgesetzt werden (zum Zeitpunkt der Tagung des Europäischen Rates haben die Parlamente in 19 Mitgliedstaaten den Vertrag bereits ratifiziert). Die Hauptargumente der EU-Vertragsgegner waren gemäß der Eurobarometer Umfrage in Irland Unkenntnis des Vertrages (22%) und Schutz der nationalen Identität (12%). Die Hälfte der Nichtwähler gab fehlendes EU-Wissen als Grund für ihre Entscheidung, nicht zur Wahl zu gehen, an. Auf der nächsten Tagung am 15. Oktober 2008 wird der Europäische Rat über das weitere Vorgehen beraten.

Befristete und gezielte Maßnahmen der Mitgliedstaaten, um die Auswirkungen der jüngsten Entwicklungen der Lebensmittelpreise auf einkommensschwache Haushalte zu mildern, werden vom Europäischen Rat unterstützt. Verzerrungen der Preissignale und ausgedehnte Zweitrundeneffekte sollten jedoch vermieden werden.

Weiters begrüßt der Europäische Rat die Absicht der Kommission, die Aktivitäten an den rohstoffbezogenen Finanzmärkten, einschließlich des spekulativen Handels, und ihre Folgen für die Preisentwicklung sowie etwaige politische Auswirkungen aufmerksam zu beobachten. Die Kommission soll im Vorfeld der Tagung des Europäischen Rats im Dezember 2008 berichten und ggf. angemessene politische Maßnahmen vorschlagen.

Der Europäische Rat ersucht den nächsten Vorsitz und die Kommission, um Prüfung von befristeten und zielgerichteten Maßnahmen, mit denen die Folgen des Anstiegs der Erdöl- und Erdgaspreise abgefedert werden könnten, und vor der Tagung des Europäischen Rats im Oktober hierüber Bericht zu erstatten.

Anlässlich des 10. Jahrestages, wurde der Erfolg der WWU gewürdigt. Weiters wurde die Erfüllung aller Konvergenzkriterien durch die Slowakei begrüßt. Der Vorschlag der Kommission, dass die Slowakei am 1. Jänner 2009 den Euro einführt, wird unterstützt.

24./25. Juni 2008: ECON – Ausschuss für Wirtschaft und Währung

Im Zuge des geldpolitischen Dialogs betonte EZB-Präsident Trichet im Hinblick auf die Energie- und Lebensmittelpreisentwicklungen, dass es schwierig sei, die Faktoren gestiegene Nachfrage, gesunkenes Angebot und „reallocation of global portfolio towards commodities“, von einander zu trennen. Die EZB habe keine unmittelbare Kontrolle über externe Faktoren, jedoch müsse sie mittelfristige Inflationserwartungen steuern, vor allem durch erhöhte Wachsamkeit und Vermeidung von Zweitrundeneffekten. Wichtig wäre auch eine Steigerung der Ölproduktionsquote sowie Maßnahmen zur Förderung des Energiesparens.

Weiters spricht sich Trichet gegen eine Besteuerung von Finanztransaktionen aus. Die Disziplinierung der Märkte müsse über Transparenz und Regulierung erfolgen.

In einer Aussprache mit Ratsvorsitzendem Finanzminister Andrej Bajuk wurden die Ergebnisse der slowenischen Ratspräsidentschaft erörtert und positive Bilanz gezogen. Im Mittelpunkt standen die Unsicherheiten auf den Finanzmärkten – wobei die große Stabilität der WWU hervorgehoben wurde, die Einführung des Euro in der Slowakei und einige Fortschritte im Bereich Finanzmarktintegration. Das MoU zur Finanzmarktstabilität wurde bislang von 113 Institutionen unterzeichnet und trat am 1. Juni 2008 in Kraft. 2009 wird eine EU-weite Krisensimulation stattfinden.

30. Juni 2008: ECON – Ausschuss für Wirtschaft und Währung

In einer Aussprache mit Kommissar Almunia zeigte sich dieser besorgt über die mittelfristigen Inflationserwartungen und mögliche negative soziale Auswirkungen. Die Mitgliedstaaten sollten, gemäß Vorgaben des Europäischen Rates, temporäre Maßnahmen treffen. Weiters betonte er, dass Analysen der Kommission die Energie- und Nahrungspreisentwicklung auf ein Auseinanderklaffen von Angebot und Nachfrage zurückführen. Spekulationstendenzen bezeichnete Almunia lediglich als zusätzliche Determinante und erwähnte den Auftrag des Europäischen Rates diese genauer zu beobachten. Die Ergebnisse der Analysen der Kommission werden auf dem Europäischen Rat am 15./16. Oktober und am 11./12. Dezember diskutiert.

Zum Wechselkurs meinte Kommissar Almunia, dass der Euro überbewertet sei und klare Positionen des Euroraums zu Wechselkursentwicklungen notwendig sind. Bezugnehmend auf 10 Jahre WWU bezeichnete er den Euro als Erfolgsstory, der nicht schuld ist an den aktuell hohen Preisen in der Union.

3. Juli 2008: geldpolitische Beschlüsse des EZB-Rats

Auf der heutigen Sitzung fasste der EZB-Rat die folgenden geldpolitischen Beschlüsse: Der Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems wird um 25 Basispunkte auf 4,25 % erhöht. Dies gilt erstmals für das am 9. Juli 2008 abzuwickelnde Geschäft. Der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität wird mit Wirkung vom 9. Juli 2008 um 25 Basispunkte auf 5,25 % erhöht. Weiters wird der Zinssatz für die Einlagefazilität mit Wirkung vom 9. Juli 2008 um 25 Basispunkte auf 3,25 % erhöht.

3. Juli 2008: Ratifizierung des Vertrags von Lissabon in Zypern

Das zypriotische Parlament hat mit deutlicher Mehrheit den Reformvertrag angenommen. Damit ist Zypern das 21. von 27 EU-Ländern, in dem das Parlament dem Lissabonner Vertrag zugestimmt hat.

8. Juli 2008: ECOFIN-Rat

Die EU-Finanzminister haben den Wechselkurs für die slowakische Krone bei 1:30,126 festgelegt und damit die Euro-Einführung im Nachbarland Österreichs besiegelt. Der Umrechnungskurs entspricht dem Leitkurs der SKK im Rahmen des WKM II. Die Slowakei wird dem Euroraum am 1. Jänner 2009 als 16. Staat beitreten.

Hinsichtlich der Entwicklung der Erdölpreise legt der französische Ratsvorsitz eine „Erdöl-Roadmap“ vor. Ziel ist ein verbessertes Verständnis über die Funktionsweise der Erdölmärkte und deren Preisbildungsprozesse sowie über die Rolle der Finanzmärkte. Ein EK-Zwischenbericht wird dem ECOFIN-Rat auf seinem informellen Treffen 11./12. September zur Vorlage gebracht. Der EK-Endbericht ist für 2. Dezember geplant. Im ECOFIN-Rat wurde Einigung darüber erzielt die nationalen Öl-Lagerbestände wöchentlich zu veröffentlichen. Der Beschluss soll auf dem ECOFIN-Treffen am 7. Oktober formalisiert werden.

Im Hinblick auf die Situation und Umsetzung des Fahrplans des Rates betreffend Finanzmärkte fordert der ECOFIN-Rat die Banken weiterhin zu mehr Transparenz/Offenlegung auf. Betreffend Ratingagenturen unterstützt der ECOFIN-Rat die FSF-Empfehlungen (Financial Stability Forum) und begrüßt die Revision des Verhaltenskodex von IOSCO (International Organisation of Securities Commissions). Er unterstützt weiters die angestrebte Einführung einer verstärkten Aufsichtsregelung für Rating-Agenturen sowie die Prüfung eines EU-Registrierungssystems. Die EK wird im Herbst 2008 konkrete Vorschläge präsentieren.

Weiters wurden Schwerpunktbereiche des französischen ECOFIN-Vorsitzes präsentiert. Diese sind: Finanzmarktintegration (Solvency II, Basel II, IASB-Verhaltenskodex (International Accounting Standards Board), EMU@10), makroökonomisches Umfeld (Energie- und Nahrungsmittelpreisentwicklungen, öffentliche Finanzen), steuerliche Aspekte (MwSt zu Finanzdienstleistungen, Kampf gegen Wettbewerbsverzerrungen, verringerte MwSt-Sätze, Bekämpfung von Steuerbetrug).

Darüber hinaus wurde vom ECOFIN-Rat die Einstellung des Defizitverfahrens gegen Polen sowie die Einleitung eines Defizitverfahrens gegen UK beschlossen.

15./16. Juli 2008: ECON – Ausschuss für Wirtschaft und Währung

Im Zuge des Lamfalussy Follow-ups gab es kaum Zustimmung dafür, neue Committees in der künftigen Überwachungsstruktur zu schaffen. Einigkeit herrschte hingegen unter den MEPs hinsichtlich der Stärkung der Verbindung zu den nationalen Zentralbanken.

In einer Aussprache mit Jaime Caruana (IWF) zeigt sich dieser besorgt über den Inflationsdruck in emerging market Ländern und die schleppende Anpassung der Geldpolitik. Auf den Vorwurf einiger MEPs im Zusammenhang mit der Finanzkrise, es werde zu viel analysiert und zu wenig konkret gehandelt, entgegnete Caruana, dass die Notenbanken sehr effizient gehandelt hätten und erfolgreich Druck auf die Banken hinsichtlich Offenlegung ausgeübt wurde. Im Zusammenhang mit der Aufsicht empfiehlt er eine Stärkung der Koordination zwischen Prüfern untereinander und Prüfern mit den nationalen Zentralbanken. Die Rolle des IWF in der Krise sieht er in erster Linie als Analyseorgan und Frühwarnsystem und nicht als Aufsichtsorgan.

Im Rahmen einer Aussprache mit EIB-Präsident Maystadt wurde die Bankenaufsicht für die EIB thematisiert. Maystadt erläuterte, dass die EIB sich aufgrund der Verpflichtung Basel II zu übernehmen nicht offiziell der luxemburgischen Bankenaufsicht unterworfen hätte.

Im Rahmen des Themas WWU@10 wurde eine stärkere Einbeziehung des Europäischen Parlaments in Eurogruppe und ECOFIN-Rat gefordert. Der Vorsitzende des ECON-Ausschusses sollte als Beobachter an den Sitzungen teilnehmen können. Eine weitere Forderung war, bei zukünftigen Euroraum-Erweiterungen das Inflationsziel neu zu definieren, da unter geänderten Rahmenbedingungen die Maastricht-Kriterien nicht erfüllt werden können. Daher seien vergleichende Maßnahmen heranzuziehen.

9. September 2008: EU-Ukraine-Gipfel in Frankreich

Beim EU-Ukraine-Gipfel wurde ein Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine geschlossen, das jedoch – im Gegensatz zu den Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen – keine Beitrittsperspektive vorsieht.

9. September 2008: Serbisches Parlament stimmt für SAA

Das serbische Parlament billigte das innenpolitisch umstrittene Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) mit der EU. 140 der 250 Abgeordneten stimmten dafür. Parlamentarier der extrem-nationalistischen Radikalen Partei blieben der Abstimmung fern. Gegen das Abkommen stimmten die Abgeordneten der national-konservativen Demokratischen Partei Serbiens des früheren Regierungschefs Vojislav Kostunica.

Spezielle Analysen

Aktuelle Konjunkturentwicklung in ausgewählten Ländern des Euroraums

Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland

Im zweiten Quartal 2008 blieben alle Staaten des Euroraums mit Ausnahme Belgiens und Österreichs hinter den im Juni vom Eurosystem prognostizierten Wachstumsraten zurück.

Besonders in den großen Volkswirtschaften fiel das BIP-Wachstum sehr gering aus, in Deutschland, Frankreich und Italien kam es zu negativen Wachstumsraten.

Die vorliegenden Vertrauens- und Geschäftsklimaindikatoren deuten auf eine weitere Dämpfung der wirtschaftlichen Aktivität in allen großen Ländern des Euroraums hin (insbesondere gilt das für Spanien und Frankreich).

Die Wirtschaft im Euroraum ist im zweiten Vierteljahr gegenüber dem Vorquartal um 0,2% geschrumpft. Nach dem durch Sonderfaktoren nach oben verzerrten starken Wachstum im ersten Quartal war von einer Korrektur im zweiten Quartal auszugehen. Tatsächlich ist die Wachstumsabschwächung nun deutlich stärker ausgefallen, was auf eine stärker negative Grundtendenz hinweist.

Nach den bisher vorliegenden Daten blieben im zweiten Quartal alle Staaten des Euroraums mit Ausnahme Belgiens und Österreichs hinter den projektierten Wachstumsraten des Eurosystems (BMPE) vom Juni 2008 zurück. Besonders in den großen Volkswirtschaften fiel das BIP-Wachstum sehr gering aus, in Deutschland, Frankreich und Italien kam es zu negativen Wachstumsraten. In jenen Ländern, für die bereits detaillierte Ergebnisse vorliegen, zeichnet sich eine weitere Abschwächung der Binnennachfrage ab.

BIP-Wachstum: Projektionen und realsierte Werte

	Juni BMPE		*Eurostat*	
	Q1	Q2	Q1	Q2
Belgien	0,4	0,2	0,5	0,3
Deutschland	1,5	-0,3	1,3	-0,5
Spanien	0,3	0,4	0,3	0,1
Frankreich	0,6	0,3	0,4	-0,3
Italien	0,3	0,1	0,5	-0,3
Niederlande	0,2	0,3	0,4	0,0
Österreich	0,8	0,3	0,6	0,4
Portugal	-0,2	1,1	-0,1	0,4
Euroraum	**0,7**	**0,1**	**0,7**	**-0,2**

Das schwächere BIP-Wachstum in **Deutschland** war aufgrund des außergewöhnlich starken Zuwachses im Vorquartal erwartet worden, der zum Großteil auf die von der milden Witterung begünstigten Bauinvestitionen getragen wurde. Die Bruttoanlageinvestitionen sanken im zweiten Quartal, allerdings nicht nur aufgrund der geringeren Bauinvestitionen (-3,5%), sondern auch wegen eines Rückgangs der Anlageinvestitionen um 0,5%. Die privaten Konsumausgaben verringerten sich gegenüber dem Vorquartal zum dritten Mal in Folge, obwohl die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte nominell um 2,6%, stiegen; die Inflationsrate betrug im zweiten Quartal aber 3%. Die Juni BMPE war noch von positiven Wachstumsraten des Privatkonsums in beiden Quartalen des ersten Halbjahres ausgegangen. Insgesamt ergab sich damit ein negativer Wachstumsbeitrag der Binnennachfrage. Der Außenbeitrag war zwar positiv, kam aber dadurch zustande, dass die Importe mit -1,3% stärker zurückgingen als die Exporte (-0,2%). Der deutsche Arbeitsmarkt wurde von der Wachstumsdämpfung noch nicht erreicht, die Arbeitslosenquote ist im August erneut gesunken. Die Inflation in Deutschland ist nach einer ersten Schätzung im August auf

3,1% zurückgegangen (Juli: 3,3%), Ursache dafür waren die sinkenden Preise für Energie und Nahrungsmittel.

Die **französische** Wirtschaft zeigte sich zu Beginn des Jahres 2008 noch erstaunlich widerstandskräftig gegenüber Störungen wie dem Abschwung der US Wirtschaft, dem starkem Euro, der internationalen Finanzkrise und dem starken Anstieg der Rohstoffpreise. Das zweite Quartal sorgte abermals für eine Überraschung, nun aber im negativen Sinne. Ein stagnierender privater Konsum und ein starker Rückgang bei den Investitionen (-1,5%) führten zu einem negativen Beitrag der Binnennachfrage von -0,1 Prozentpunkte. Der Beitrag der Nettoexporte schrumpfte auf -0,5 Prozentpunkte. Ohne den positiven Beitrag der Lagerveränderungen wäre das BIP gegenüber dem Vorquartal um 0,6% geschrumpft. In der gegenwärtigen Konjunkturlage ist allerdings der Lageraufbau ein äußerst ambivalentes Signal. Die Ursache sind die negativen Angebotsschocks der letzten Monate, insbesondere der hohe Ölpreis. Die hohe Inflation drückt Kaufkraft und Kauflust der Franzosen. Höhere Kosten für Vorleistungen und Finanzierung schneiden in die Gewinnspannen der Unternehmen, gleichzeitig trifft sie der Rückgang der Exportnachfrage, vor allem der europäischen Handelspartner.

Die **italienische** Wirtschaft schrumpfte im zweiten Quartal, mehr als erwartet, um 0,3%, und steht damit am Rande ihrer vierten technischen Rezession innerhalb eines Jahrzehnts. Aufgrund der unterdurchschnittlichen BIP-Wachstumsraten in den Vorquartalen stagnierte die italienische Wirtschaft gegenüber dem Vorjahr. Die Inflation entspricht trotz markanter Nachfrageschwäche genau dem Durchschnitt des Euroraums (4,0%). Laufend negative Indikatoren zu Industrieproduktion und Geschäftsklima unterstreichen den permanenten Verlust an Wettbewerbsfähigkeit infolge niedrigen Produktivitätswachstums und ungünstiger Produktspezialisierung auf mittlere Technologiegüter. Diese strukturellen Probleme drücken sich im extrem niedrigen Potentialwachstum von 1,25% (OECD) aus.

Spaniens Wirtschaft bewegt sich mit überdurchschnittlicher Inflation in Richtung Rezession. Die HVPI-Inflation sank vom Zehnjahresrekordwert im Juli von 5,3% im August auf 4,9%. Die überdurchschnittliche Inflation erklärt sich aus hoher Energieintensität und Lohnindexierungsklauseln. Die Zeiten hoher spanischer BIP-Wachstumsraten (2007: 3,8%) sind zu Ende; das hohe Potentialwachstum (3%) erscheint unerreichbar. Im zweiten Quartal wuchs das BIP um nur noch 0,1% (qoq). Neben der sinkenden Industrieproduktion ist vor allem das Platzen der Immobilienblase hauptverantwortlich für den Einbruch der traditionell starken Binnennachfrage. Während sich das private Konsumwachstum halbierte (1,2% im Jahresvergleich), brachen die Investitionen ein (-0,2%), vor allem in der Bauwirtschaft (-2,4%). Der Außenbeitrag verbesserte sich hingegen dank sinkender Importnachfrage (+0,3 Prozentpunkte). Dennoch wird nun die im hohen Leistungsbilanzdefizit ausgedrückte chronische Wettbewerbsschwäche zu einem akuten Problem. Die spanische Regierung versucht durch massive Ausgabenprogramme, eine Rezession abzuwenden.

Die vorliegenden **Vertrauens- und Geschäftsklimaindikatoren** deuten auf eine weitere Dämpfung der wirtschaftlichen Aktivität in allen großen Ländern des Euroraums hin.

Vor allem in Spanien war ein signifikanter Rückgang zu verzeichnen, der besonders stark ausgeprägt im Bausektor ausfiel, aber auch Industrie und Dienstleistungen betraf. Auf Basis dieser Umfrage wäre für das dritte Quartal in Spanien eine negative Wachstumsrate zu erwarten.

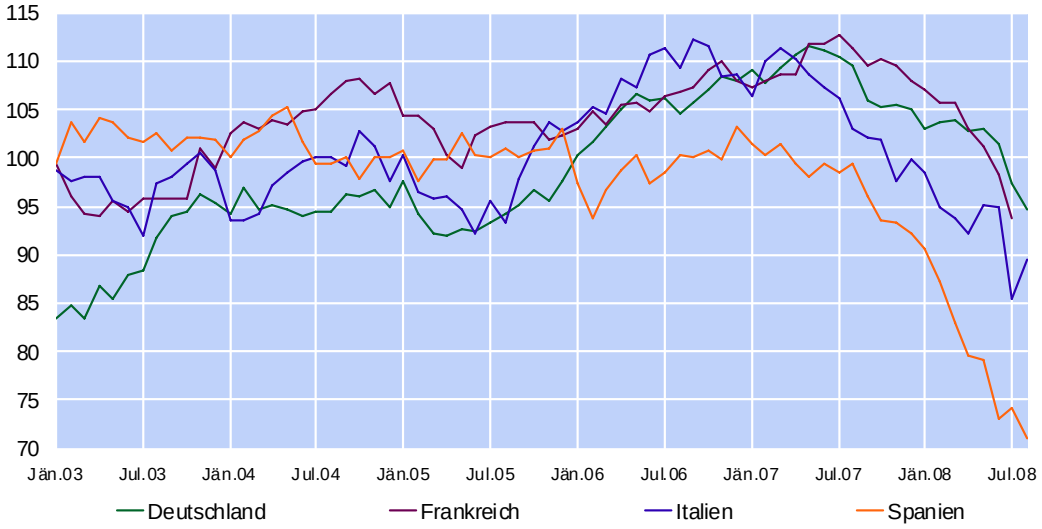
Der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft Deutschlands ist im August zum dritten Mal in Folge gesunken, sowohl die Einschätzung der aktuellen Lage wie die

Geschäftserwartungen haben abgenommen, letztere erreichten zuletzt ein im langjährigen Vergleich sehr niedriges Niveau. Der Abschwung in Deutschland wird sich damit im dritten Quartal wohl fortsetzen.

Auch in Frankreich haben sich im Verlauf des zweiten Quartals alle Geschäftsklimaindikatoren verschlechtert und liegen nun deutlich unter ihren langjährigen

Economic sentiment indicator

100 = langjähriger Durchschnitt



Quelle: Europäische Kommission.

Durchschnitten. Die Vorlaufindikatoren deuten für das dritte Quartal wiederum ein negatives Wirtschaftswachstum an, so dass Frankreich auch technisch gesprochen in eine Rezession geraten könnte. Zwar stabilisierte sich die Inflation im Juli auf hohem Niveau, doch werden die Löhne wahrscheinlich nicht rasch genug steigen, um den damit verbundenen Kaufkraftverlust auszugleichen.

Aktuelle Wirtschaftsentwicklungen in den zentral-, ost- und südosteuropäischen EU Mitgliedstaaten

Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland

Seit Jahresbeginn hat sich das *Wirtschaftswachstum* in beinahe allen zentral-, ost- und südosteuropäischen EU-Mitgliedstaaten *abgeschwächt*. Besonders deutlich war diese Entwicklung in Estland und Lettland, wo der Wachstumsrückgang aber aufgrund der akkumulierten internen und externen Ungleichgewichte allgemein erwartet wurde (hohe Leistungsbilanzdefizite, Inflationsdruck, überhitzte Immobilienmärkte, rapides Lohnwachstum, Kreditboom).

Wirtschaftswachstum in den zentral-, ost- und südosteuropäischen EU-Mitgliedstaaten

Wachstumsrate des realen BIP in % gegenüber der Vorjahresperiode

	2007	2008*	2007q3	2007q4	2008q1	2008q2
Bulgarien	6.2	6.0	4.9	6.9	7.0	..
Estland	7.1	-1.0	6.4	4.8	0.1	-1.4
Lettland	10.3	-0.4	10.9	8.1	3.3	0.2
Litauen	8.8	4.3	10.8	8.0	7.0	5.3
Polen	6.5	5.3	6.4	6.1	6.3	6.0
Rumänien	6.0	6.8	5.7	6.6	8.2	9.3
Slowakische Rep.	10.4	7.4	9.4	14.3	8.7	7.6
Slowenien	6.1	4.3	6.4	4.7	5.4	..
Tschechische Rep.	6.6	4.4	6.4	6.6	5.2	4.5
Ungarn	1.3	2.0	0.9	0.8	1.7	2.2
gesamte Region	6.3	5.2	6.0	6.2	5.8	..
Euroraum	2.6	1.3	2.7	2.2	2.1	1.4

* Prognosen: wiiw Current Analysis and Forecasts (Juli 2008), EK Interim Forecast (September 2008) für den Euroraum.
Quelle: Eurostat, EK, wiiw.

Die beobachtete *Abkühlung* fiel generell *weniger stark* aus *als in* den Ländern des *Euroraums* oder in den USA. Die Region scheint nach wie vor in vergleichsweise geringem Ausmaß von den Auswirkungen der internationalen Finanzmarktturbulenzen und der allgemeinen Abschwächung der Weltkonjunktur betroffen zu sein. Bis jetzt konnte weder eine deutliche Verschlechterung des Anlegervertrauens noch ein signifikantes Nachlassen der Finanzströme in die Region beobachtet werden. Die gedämpfte Nachfrage im Euroraum (welcher den Haupthandelspartner darstellt) schlug sich im ersten Quartal auch noch nicht in einer allgemein schlechteren Exportentwicklung der Länder Zentral-, Ost- und Südosteuropas nieder. Erste verfügbare Zahlen scheinen das auch für das zweite Quartal zu bestätigen. Gleichzeitig treibt der fortdauernde wirtschaftliche Aufholprozess das Wirtschaftswachstum weiter an.

Die *wichtigsten Wachstumsimpulse* gingen im 1. Quartal von der *Binnennachfrage* und hier vor allem vom privaten Konsum aus, welcher von steigenden Einkommen und sinkender Arbeitslosigkeit profitierte. Nur in Ungarn und Estland stagnierten die Wachstumsbeiträge dieser Komponenten. Die Außenwirtschaft trug in unterschiedlichem Ausmaß zur wirtschaftlichen Dynamik bei. Allgemein konnte eine positive Exportentwicklung verzeichnet werden (mit der Ausnahme von Estland). Diese führte aber nur in der Tschechischen Republik, in Ungarn und in Lettland zu einem positiven Wachstumsbeitrag der Nettoexporte. In den übrigen Ländern war der Wachstumsbeitrag aufgrund einer ähnlich dynamischen

Importentwicklung entweder neutral oder wie in Slowenien, Rumänien und Litauen deutlich negativ.

Laut der jüngsten Prognosen von wiiw (Juli 2008) und IWF (Juli 2008) sollte sich das *Wachstum* in den Ländern der Region trotz einer gewissen Abschwächung im Jahr 2008 *weiterhin vergleichsweise robust* entwickeln (das wiiw hat seine Prognosen für Zentral- und Südosteuropa gegenüber Februar sogar leicht erhöht). Auch für 2009 wird nur ein gradueller Wachstumsrückgang erwartet. Ein unerwartet starker Abschwung in wichtigen Exportmärkten (vor allem in den EU-15), steigende Rohstoffpreise, schwächere Realeinkommen aufgrund der hohen Inflationsraten und steigende Finanzierungskosten/fallende externe Finanzierungsvolumina stellen ein Risiko für die Prognosen dar.

In den zentral-, ost- und südosteuropäischen EU-Mitgliedstaaten konnten in den letzten Monaten *hohe und teils steigende Inflationsraten* beobachtet werden. *Hauptverantwortlich* dafür waren gestiegene Weltmarktpreise für *Energie und Nahrungsmittel* welche im Durchschnitt für etwa 2/3 der gemessenen Inflation verantwortlich waren. Der Einfluss dieser Komponenten auf die Inflation ist in der betrachteten Region aufgrund der höheren Gewichtung im HVPI tendenziell stärker als im Euroraum. Neben diesen globalen Faktoren sorgten auch Änderungen bei indirekten Steuern und administrierten Preisen (v.a. in der Tschechischen Republik und in Ungarn) sowie zunehmende Verknappungserscheinungen an den Arbeitsmärkten und steigende Lohnstückkosten (v.a. in den baltischen Staaten, in der Tschechischen Republik, Slowenien, Bulgarien und Rumänien) für Preisdruck. Im Juli war in einigen Ländern bereits eine leichte Abschwächung des aber immer noch hohen Preisauftriebs festzustellen.

Preisentwicklung in den zentral-, ost- und südosteuropäischen EU-Mitgliedsländern
Jährliche Veränderungsrate des HVPI in %

	2007	Jan. 08	Feb. 08	Mrz. 08	Apr. 08	Mai. 08	Jun. 08	Jul. 08
Bulgarien	7.6	11.7	12.2	13.2	13.4	14	14.7	14.4
Estland	6.7	11.3	11.5	11.2	11.6	11.4	11.5	11.2
Lettland	10.1	15.6	16.5	16.6	17.4	17.7	17.5	16.5
Litauen	5.8	10.0	10.9	11.4	11.9	12.3	12.7	12.4
Polen	2.6	4.4	4.6	4.4	4.3	4.3	4.3	4.5
Rumänien	4.9	7.3	8.0	8.7	8.7	8.5	8.7	9.1
Slowakische Rep.	1.9	3.2	3.4	3.6	3.7	4.0	4.3	4.4
Slowenien	3.8	6.4	6.4	6.6	6.2	6.2	6.8	6.9
Tschechische Rep.	3.0	7.9	7.6	7.1	6.7	6.8	6.6	6.8
Ungarn	7.9	7.4	6.7	6.7	6.8	6.9	6.6	7.0
gesamte Region	4.2	6.5	6.7	6.7	6.7	6.7	6.8	7.0
Euroraum	2.6	3.2	3.3	3.6	3.3	3.7	4.0	4.0

Quelle: Eurostat.

Viele Zentralbanken der Region reagierten auf die gestiegenen Preise mit Anhebungen ihres Leitzinssatzes (z.B. Rumänien, Ungarn und Polen). Nur in der Tschechischen Republik wurden die Zinsen aufgrund einer deutlichen Währungsaufwertung gesenkt. Die monetären Konditionen wurden in einigen Ländern noch zusätzlich durch Währungsaufwertungen verschärft (z.B. in der Tschechischen Republik, Polen und Ungarn). Die Fiskalpolitik dürfte die restriktive Geldpolitik in den meisten Ländern nicht unterstützen. So prognostiziert die Europäische Kommission in ihrer Frühjahrsprognose für Estland, Litauen, Polen, die Slowakei und Rumänien eine Verschlechterung des zyklisch bereinigten Budgetsaldos im Jahr 2008.

Der *Verbraucherpreisauftrieb* sollte sich in den meisten Ländern *in den nächsten Monaten mäßigen*, da die Weltmarktpreise für Rohöl und andere Rohstoffe in den letzten Wochen relativ deutlich sanken. Zudem sollte Ende 2008 ein negativer Basiseffekt preisdämpfend wirken. Weiters wird

die generelle Abschwächung der wirtschaftlichen Aktivität zu niedrigeren Inflationsraten beitragen. Diese Faktoren spiegeln sich auch in den jüngsten Inflationsprognosen der nationalen Zentralbanken wider, die in den meisten Fällen einen relativ deutlichen Inflationsrückgang in den nächsten Quartalen vorhersagen.

Aktuelle Lage der Auswirkungen der Finanzmarkturbulenzen

Abteilung für Finanzmarktanalyse

In Europa gewisse Entspannung, bei weiterhin relativ hoher Unsicherheit

- Die Lage auf dem EUR-Geldmarkt bleibt zwar weiterhin angespannt, hat sich aber insbesondere seit Anfang Juni bis Ende Juli leicht verbessert und blieb im August nahezu unverändert. Die Spreads zwischen besicherten und unbesicherten Geldmarktzinssätzen verharrten im 1-Monats-Bereich bei rund 13 Bp und im 3-Monats-Bereich bei knapp 60 Bp. Im Gegensatz dazu tendierten die Spreads am Geldmarkt im US-Dollar und im Britischen Pfund höher.

Keine unmittelbare Gefährdung durch Fannie Mae und Freddie Mac für Finanzmarkstabilität in Österreich

- Die beiden US-Hypothekenfinanzierer Fannie Mae und Freddie Mac haben eine zentrale Bedeutung für die Stabilität des US-Finanzsystems/Immobilienmarkt und die internationalen Finanzmärkte, was auch das Eingreifen der US-Regierung erklärt. Die US-Regierung teilte am Sonntag, dem 7.9.2008 (vor Eröffnung der Börsen in Asien) mit, dass sie die zwei größten Hypothekenfinanzierer des Landes Fannie Mae und Freddie Mac unter staatliche Aufsicht stellt. Folgende Maßnahmen wurden bekanntgeben: Die Vorstandsvorsitzenden der beiden Hypothekeninstitute werden abgelöst. Die Zins- und Tilgungszahlungen der beiden Institute werden fortgeführt. Die Dividendenzahlungen werden eingestellt. Zudem wird das US-Finanzministerium zum Kauf von MBS (mortgage backed securities), die von den beiden Instituten garantiert werden, ermächtigt.

Investmentbanken: Lehman Brothers beantragt Gläubigerschutz, Merrill Lynch wird von Bank of America übernommen

- Das US-Finanzsystem ist in der Nacht zum Montag (15.09.2008) von massiven Turbulenzen erschüttert worden. Montag in der Früh (15.09.2008) teilte Lehman mit, dass es Gläubigerschutz nach Kapitel 11 des US-Konkursrechts beantrage, nachdem zuvor Verhandlungen über den Kauf des Instituts durch die britische Bank Barclays und die Bank of America ergebnislos abgebrochen wurden. Die Insolvenz erhöhte die Unsicherheit auf den Märkten, da Lehman unter den Top-10-Adressen im Kreditderivate- und Swap-Markt-Handel ist. Die österreichische Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) und die OeNB stehen infolge des Antrags auf Gläubigerschutz von Lehman Brothers in engem Kontakt mit ihren jeweiligen internationalen Partnerbehörden und den österreichischen Kredit- und Versicherungsinstituten. Nach ersten Erhebungen bei den großen österreichischen Finanzinstituten bewegen sich deren Engagements bei Lehman Brothers in einem begrenzten Rahmen. Das österreichische Finanzsystem ist weiterhin stabil. Die Entwicklungen der Finanzmärkte als Folgewirkung der Ereignisse rund um Lehman Brothers werden weiterhin sehr genau beobachtet und analysiert. Am Montag, gab die US-Bank Bank of America bekannt, dass sie für rund 50 Mrd USD, die drittgrößte US-Investmentbank Merrill Lynch übernimmt. Merrill Lynch war zuletzt wegen hoher Abschreibungen auf ihr strukturiertes Kreditprodukt-Portfolio stark unter Druck gekommen, der auch von einem Kursverfall bei den Aktientiteln begleitet wurde.

Mehr als die Hälfte der vom IWF erwarteten Abschreibungen in Höhe von nunmehr über 1.000 Mrd USD bereits erfolgt – der Großteil stammt von Banken

- Der IWF erhöhte im noch unveröffentlichten Global Financial Stability Report (GFSR)[3] die Gesamtsumme der erwarteten Abschreibungen auf US-Vermögenswerte (Kredite und Wertpapiere) auf 1.085 Mrd USD von 945 Mrd USD im April 2008. Gründe hierfür waren höher als ursprünglich erwartete Ausfälle bei „Prime"-Hypothekarkrediten und strengere Annahmen bei Unternehmenskrediten. Bei Banken und Nicht-Banken-Finanzinstitute erfolgten insgesamt mindestens 663 Mrd USD an Abschreibungen.
- Seit Ausbruch der Finanzmarktturbulenzen wurden global von Banken 503 Mrd USD abgeschrieben. Bei ihnen entfielen etwa 30% der Abschreibungen auf drei bzw. 75% auf 20 Institute. Rund 70% der Abschreibungen konnte durch die Ausgabe von Eigenkapital abgefedert werden. Auch die Ausgabe von Eigenkapital war stark konzentriert. Banken aus den USA verbuchten bislang rund 50% der Abschreibungen, Banken aus Europa (inklusive Schweiz!) etwa 45%, der Rest entfiel auf Banken aus Asien.
- Die Nicht-Banken-Finanzinstitute waren direkt bislang von den Finanzmarktturbulenzen vergleichsweise weniger stark betroffen. Bei ihnen fielen mindestens 160 Mrd USD an Abschreibungen an, hievon 80 Mrd USD bei Versicherungen (davon 20 Mrd USD bei Monolinern), 60 Mrd USD bei Hedge Fonds und anderen Marktteilnehmern, 20 Mrd USD bei im öffentlichen Auftrag tätigen Finanzinstituten (vor allem Fannie Mae und Freddie Mac).

Direkte Auswirkungen der Finanzmarktturbulenzen auf österreichische Banken bislang gering

- Die vergleichsweise geringe direkte Betroffenheit war nicht zuletzt auf die starke Orientierung großer österreichischer Banken auf Zentral-, Ost und Südosteuropa[4], ihr „originate and hold"-Geschäftsmodell, sowie die relativ hohe Bedeutung von Einlagen in Österreich zurückzuführen, was auch der IWF in seinem finalen Bericht über die Artikel IV-Konsultation und FSAP im Mai 2008 feststellte.

Indirekte Einflüsse der Finanzmarktturbulenzen auf österreichische Banken zeigten sich in einem Verlust im Handelsgeschäft und einem niedrigeren Provisionsergebnis

- Den indirekten Einflüssen der Turbulenzen konnten sich die Banken allerdings nicht entziehen: Refinanzierungen auf dem Interbankenmarkt gestalteten sich auch für österreichische Banken schwieriger, außerdem bescherten ihnen die höhere Volatilität seit Ausbruch der Turbulenzen im Sommer 2007 deutliche Einbußen im Handelsgeschäft.
- Das unkonsolidierte Betriebsergebnis der österreichischen Banken ging im zweiten Quartal 2008 im Jahresvergleich um 11,2% zurück[5]. Insbesondere das Provisionsgeschäft, über die

---

[3] Die Vorstellung des Berichts ist für 7. Oktober vorgesehen.

[4] Ende 2007 stammten bereits 25,7% der Gesamtbilanzsumme und 42,6% des konsolidierten Gewinns vor Steuern aller österreichischen Banken aus Zentral-, Ost- und Südosteuropa.

[5] Sie dazu auch die Kurzanalyse zur „Ertragslage der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitute im 1. Halbjahr 2008" weiter unten in diesem Bericht.

letzten Jahre ein Wachstumstreiber, war rückläufig. Zudem war der Saldo aus dem Handelsgeschäft im zweiten Quartal 2008 – das vierte Quartal in Folge – negativ.

Einlagenwachstum in Österreich durch Finanzmarktturbulenzen positiv beeinflusst

- Das Wachstum der Einlagen hat sich bei österreichischen Banken seit Ausbruch der Finanzmarktturbulenzen im Sommer 2007 beschleunigt. Im zweiten Quartal 2008 betrug das Einlagenwachstum ca. 10% p.a. und fiel damit doppelt so hoch aus als das Wachstum bei den Kundenforderungen.
- Aus Sicht der Banken stellt der verstärkte Trend in Richtung Einlagen eine willkommene Entwicklung dar, da damit die Abhängigkeit von volatileren Geld- und Kapitalmarktfinanzierungen reduziert werden kann. Gleichzeitig kann sich die geminderte Attraktivität von Kapitalmarktprodukten bei Anlegern negativ auf die Provisionserträge der Banken auswirken. So fiel beispielsweise der Vermögensbestand bei inländischen Investmentfonds von Juni 2007 bis März 2008 um 12,1% auf 153,3 Mrd EUR.
- Eine Erhebung der Working Group on Macro-Prudential Analysis, eine ESZB-Arbeitsgruppe des Banking Supervision Committee (BSC) zum Refinanzierungsrisiko von Banken in Zentral-, Ost und Südosteuropa stellte fest, dass sich der Wettbewerb um Einlagen verschärft hat.

Krise auf dem US-Immobilienmarkt noch nicht ausgestanden

- Die Krise auf dem US-amerikanischen Immobilienmarkt ist auch nach dem Eingreifen der US-Regierung bei den in Schieflage geratenen US-Hypothekeninstituten Fannie Mae und Freddie Mac noch nicht ausgestanden. Die Maßnahmen der US-Regierung tragen dazu bei, das US-amerikanische Finanzsystem und in weitere Folge das weltweite **System** zu stabilisieren. Mit der staatlichen Übernahme der Kontrolle bei den beiden Instituten ist das grundlegende Problem der US- Immobilienkrise, die Zahlungsschwierigkeiten vieler US-Hausbesitzer, aber noch nicht beseitigt. Zudem bleibt – wie im noch unveröffentlichten IMF Global Financial Stability Report betont wird – der „Deleveraging-Prozess“ intakt, so lange Befürchtungen über weitere Abschreibungen, Vermögensverkäufe und notwendiger Kapitalbedarf bei US-Banken bestehen. Die Zahlungsausfälle bei Hypotheken erreichten im August 2008 einen Höchststand. Auch im zweiten Halbjahr würden noch zahlreiche weitere Immobilienkredite im Anschluss an ihre tilgungsfreie Phase schlagartig zu deutlich höheren Belastungen bei den amerikanischen Hausbesitzern führen und weitere Ausfälle nach sich ziehen. Zudem trübt sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt ein. Aber auch im gewerblichen Immobilienmarkt gibt es Anzeichen einer markanten Abkühlung. Die Stabilität des US-amerikanischen Bankensektors wird weiterhin ernsthaft getestet.

Umfeld für die Banken bleibt schwierig

- Angesichts fallender Kreditqualität, sinkender Provisionserträge, höherer Refinanzierungskosten und vorhandener Risikopositionen gegenüber strukturierten Produkten[6] sowie gegenüber Anleihe- und Kreditversicherern fällt es den Banken schwer

[6] Die schwächere Dynamik auf den Immobilienmärkten wie beispielsweise im Vereinigten Königreich und in Spanien könnte sich auch negativ auf Commercial Mortgage Backed Securities or Residential Mortgage Backed Securities auswirken.

ihre Gewinne zu halten. Dies erschwert zusätzliche Kapitalerhöhungen und erhöht die Wahrscheinlichkeit einer negativen Wechselwirkung zwischen dem Bankensystem und der Realwirtschaft.

- Bislang blieb Zentral-, Ost- und Südosteuropa gegenüber den globalen Finanzmarktturbulenzen widerstandsfähig. Die Widerstandsfähigkeit könnte aber getestet werden, je länger die Turbulenzen andauern, sich die externen Finanzierungsbedingungen verschlechtern, der wirtschaftliche Ausblick eintrübt und die Inflation steigt. Vor dem Hintergrund höherer Risikoaufschläge sieht der IWF im GFSR die Risiken für Bulgarien, Rumänien und Ukraine steigen.

Ertragslage der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitute im 1. Halbjahr 2008

(Abteilung für Aufsichts- und Monetärstatistik)

Im 1. Halbjahr 2008 nahm das unkonsolidierte Betriebsergebnis der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitute erstmals seit dem 1. Halbjahr 2002 ab. Die Verringerung betrug 0,36 Mrd EUR bzw. 11,2% und ergab einen Wert von 2,87 Mrd EUR. Die Cost-Income-Ratio verschlechterte sich entsprechend auf 65,8%[7].

Der Nettozinsertrag stieg verglichen mit dem 1. Halbjahr 2007 deutlich um 0,41 Mrd EUR bzw. 11,5% auf einen Wert von 3,98 Mrd EUR an.

Bei den Erträgen aus dem Provisionsgeschäft verzeichneten die in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitute Einbußen in Höhe von 0,30 Mrd EUR bzw. 12,1%. Obwohl somit der Anteil an den gesamten Betriebserträgen auf 25,7% sank, blieb das Provisionsgeschäft nach dem Zinsgeschäft die zweitwichtigste Ertragsquelle für Österreichs Banken.

Erstmals wurde für ein 1. Halbjahr ein negativer Saldo aus dem Finanzgeschäft verzeichnet. Die geringe Bedeutung dieser Position bei den in Österreich meldepflichtigen Kreditinstituten hielt die Auswirkungen jedoch gering.

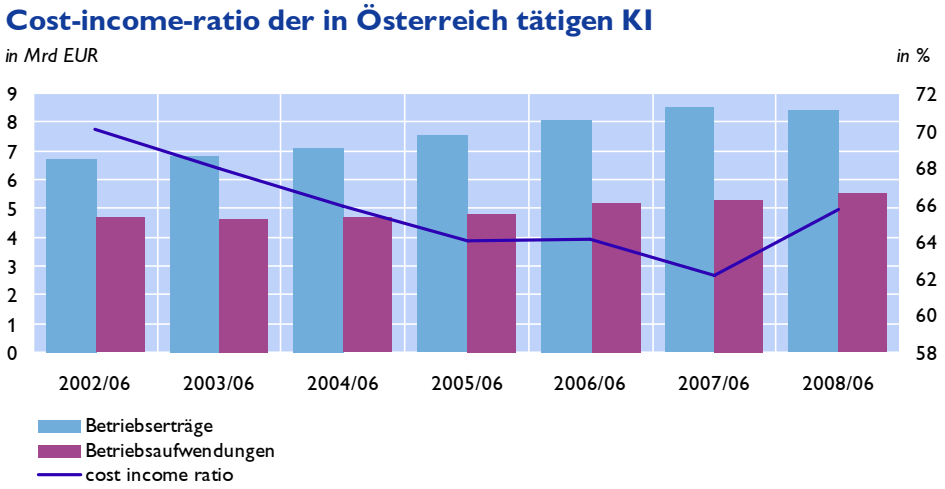
Die Vorschauwerte für das gesamte Geschäftsjahr 2008 lassen auf die Auswirkungen der internationalen Finanzmarktturbulenzen schließen. Gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres zeigen sich die österreichischen Banken merklich vorsichtiger mit ihren Einschätzungen. Der erwartete Jahresüberschuss ist mit 3,77 Mrd EUR um 19,9% geringer als im Juni des Vorjahres für das Gesamtjahr 2007 erwartet wurde.

Das unkonsolidierte Betriebsergebnis der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitute belief sich zum 30. Juni 2008 auf 2,87 Mrd EUR. Im Vergleich mit dem Halbjahreswert des Vorjahres ergibt sich – erstmals seit dem 1. Halbjahr 2002 - ein Rückgang von -0,36 Mrd EUR bzw. -11,2%. Diese Entwicklung ist Folge der abnehmenden Betriebserträge (-0,15 Mrd EUR bzw. -1,8% auf 8,38 Mrd EUR) bei gleichzeitigem Anstieg der Betriebsaufwendungen um 0,21 Mrd EUR bzw. 4,0% auf 5,51 Mrd EUR. Dadurch verschlechterte sich die Cost-Income-Ratio deutlich auf rund 65,8%. Gegenüber dem Rekord(tiefst)wert der Vergleichsperiode 2007 entsprach dies einem Anstieg von 3,6 Prozentpunkten (siehe Grafik 1).

Der Nettozinsertrag stieg im Verhältnis zur Vergleichsperiode des Jahres 2007 um rekordträchtige 0,41 Mrd EUR bzw. 11,5% an und erreichte einen Wert von 3,98 Mrd EUR. Der Großteil dieser Erträge wurde allerdings im Ausland erwirtschaftet und setzte den bisherigen Trend fort, dass das Inlandszinsgeschäft an Bedeutung verliert. Diese Entwicklung ging konform mit der steigenden Nettoauslandsforderungsposition.

[7] Der vorliegende Bericht basiert auf Daten des Erfolgsausweises. In dieser Meldung werden die Ertragsdaten der in Österreich tätigen Kreditinstitute auf unkonsolidierter Basis erfasst.

Grafik 1

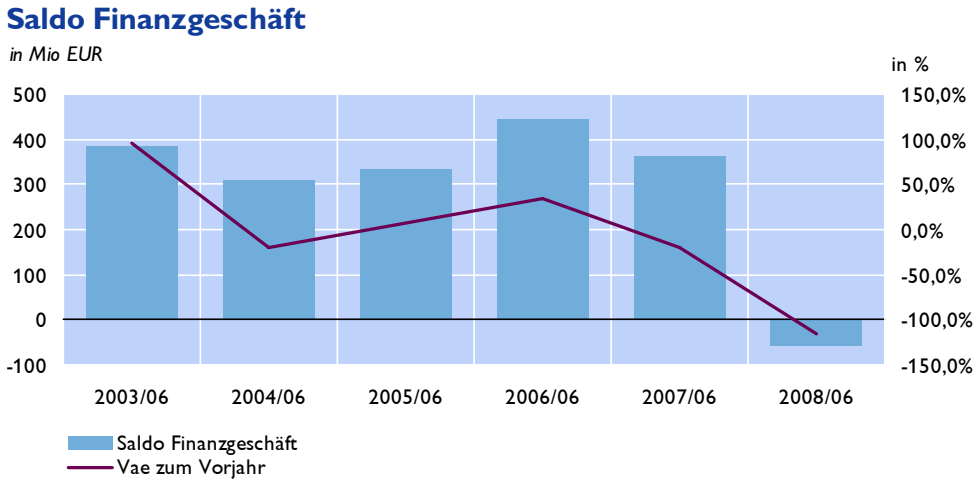


Quelle: OeNB.

Die Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen stiegen im 1. Halbjahr 2008 mit einem Zuwachs von 0,08 Mrd EUR bzw. 5,9% im Verhältnis zum Vergleichszeitraum des Vorjahres deutlich moderater an als dies 2007 der Fall war (+0,19 Mrd EUR bzw. +15,7%). Mit dem erreichten Wert von 1,47 Mrd EUR betrug der Anteil an den Betriebserträgen 17,5%.

Das Provisionsgeschäft als zweitwichtigste Ertragsquelle - nach dem Zinsgeschäft - der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitute war im 1. Halbjahr 2008 deutlich rückläufig. Der Saldo aus dem Provisionsgeschäft verringerte sich um 0,30 Mrd EUR bzw. 12,1%. Das hatte zur Folge, dass der Anteil dieser Größe an den Betriebserträgen von 28,8% in der Vergleichsperiode des Vorjahres auf 25,7% schrumpfte. Grundlage für diese Entwicklung waren die deutlich abnehmenden Provisionserträge (-0,37 Mrd EUR bzw. -11,1%), denen nur gering sinkende Provisionsaufwendungen (-0,08 Mrd EUR bzw. -8,4%) gegenüberstanden. Beachtlich waren hierbei die Ertragseinbußen im Bereich des Wertpapierprovisionsgeschäfts von rund 26,0%.

Grafik 2



Quelle: OeNB.

Wie schon im 1. Quartal 2008 fiel der Saldo aus dem Finanzgeschäft auch im 1. Halbjahr 2008 negativ aus (-0,06 Mrd EUR). Vergleicht man die Zahl mit dem 1. Halbjahr 2007, ergibt sich ein Rückgang um 0,42 Mrd EUR bzw. 115,3%. Grund dafür war der um 0,60 Mrd EUR bzw. 253,9% auf -0,37 Mrd EUR fallende Saldo aus dem Wertpapiergeschäft.

Im 1. Halbjahr 2008 beliefen sich die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen auf 4,75 Mrd EUR. Gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres wuchsen sie somit um 0,30 Mrd EUR bzw. 6,7% an. 2007 betrug das Wachstum nur 2,8%. Getrieben wurde die Zunahme der allgemeinen Verwaltungsaufwendungen von den um 0,12 Mrd EUR gestiegenen Dotierungen von Pensionsrückstellungen. Grund hierfür war ein Einmaleffekt verursacht durch eine Großbank.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände reduzierten sich geringfügig. Im 1. Halbjahr 2008 fiel um nur 1,4% weniger Abschreibungsbedarf als im Vorjahr an.

Auffallend war der Rückgang der sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 0,08 Mrd EUR bzw. 14,9%. Im Halbjahr 2007 nahmen diese noch um 0,04 Mrd EUR bzw. 8,9% und 2006 sogar noch um 0,08 Mrd EUR bzw. 18,0% zu.

Nach dem 1. Halbjahr 2008 erwarten die in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitute für das gesamte Geschäftsjahr ein Jahres-Betriebsergebnis in Höhe von 5,85 Mrd EUR. Dieser Wert ist um 0,23 Mrd EUR bzw. 3,8% geringer als der in der Vergleichsperiode des Vorjahres für das Jahr 2007 prognostizierte Wert.

Weiters rechnen die österreichischen Kreditinstitute mit einem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von 4,17 Mrd EUR (-1,06 Mrd EUR bzw. -20,3% gegenüber 2007). Ausschlaggebend dafür sind die erwarteten Wertberichtigungen im Kreditbereich, die mit 1,87 Mrd EUR um 0,61 Mrd EUR bzw. 48,5% höher beziffert werden als im Vorjahr. Einen Großteil machen dabei die um 0,31 Mrd EUR bzw. 17,7% gestiegenen Wertberichtigungen auf Forderungen an Kunden aus. Der Saldo aus erwarteten Wertberichtigungen auf Wertpapiere und Beteiligungen ergibt zwar einen Ertrag, allerdings fällt dieser um 0,22 Mrd EUR bzw. 55,2% geringer aus als im 1. Halbjahr 2007.

Nach Berücksichtigung der erwarteten Steuern schätzen die in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitute den Jahresüberschuss auf 3,77 Mrd EUR, der somit 0,94 Mrd EUR bzw. 19,9% niedriger ist als jener, der im Juni des Vorjahres für das Gesamtjahr 2007 erwartet wurde.

Der Vergleich der Vorschauwerte des 1. Halbjahres mit jenen des 1. Quartals 2008 zeigt, dass sich seit letztem Berichtstermin die Erwartungen betreffend das gesamte Geschäftsjahr reduziert haben. Das erwartete Jahres-Betriebsergebnis belief sich im 1. Quartal auf 6,14 Mrd EUR. Die aktuelle Prognose stellt also eine Korrektur um -0,28 Mrd EUR bzw. -4,6% dar.

Markante Umschichtungen weisen die erwarteten Wertberichtigungen auf. Im Gegensatz zum Vorquartal werden die erwarteten Wertberichtigungen für Eventualverbindlichkeiten und Kreditrisiken um 0,39 Mrd EUR bzw. 26,0% höher beziffert. Weiters rechneten die in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitute im 1. Quartal mit Wertberichtigungen auf Wertpapiere und Beteiligungen von 0,02 Mrd EUR. Im 1. Halbjahr ergibt sich hier wie schon in erwähnt ein Überhang von Auflösungen.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit wird um 0,47 Mrd EUR bzw. 10,1% niedriger eingeschätzt als noch im 1. Quartal und der erwartete Jahresüberschuss wird folglich auch um 0,40 Mrd EUR bzw. 9,6% geringer angesetzt.

Kundenzinssätze trotz des Fehlens geldpolitischer Impulse volatil – Die Entwicklung der Kundenzinssätze der Banken im ersten Halbjahr 2008

(Abteilung für Aufsichts- und Monetärstatistik)

Bei unverändertem EZB-Leitzinssatz führten im ersten Halbjahr 2008 die Veränderungen bei den Zwischenbankzinssätzen auch bei den Kundenzinssätzen der Banken zu einigen Änderungen. Die stärksten Anstiege gab es bei Konsumkrediten, die um 0,28 Prozentpunkte auf 6,83% stiegen. Dennoch lag der Durchschnittszinssatz noch deutlich unter dem Vergleichswert des Euroraums (7,88%). Auch bei neuen Unternehmenskrediten waren die Zinssätze in Österreich günstiger als im Euroraum. Nur bei Wohnbaukrediten konnte im Neugeschäft in Österreich und im Euroraum im Juni genau derselbe Zinssatz (5,26%) verzeichnet werden.

Bei den neu vereinbarten Einlagenzinssätzen gab es im ersten Halbjahr 2008 in Österreich bei Laufzeit von mehr als einem Jahr deutliche Rückgänge (um 0,20 Prozentpunkte), wobei hauptverantwortlich dafür neue Produkte mit niedriger Grundverzinsung und Bindung an gewisse Indikatoren (z.B. Aktienindizes, Inflation) waren. Bei Laufzeit von bis zu 1 Jahr bzw. 1-2 Jahren lagen die Durchschnittszinssätze in Österreich mit 4,29% bzw. 4,07% deutlich unter den Vergleichswerten des Euroraums (4,43 bzw. 4,61%). Lediglich bei längerer Laufzeit (über 2 Jahre) konnte in Österreich ein deutlich höherer Durchschnittszinssatz verzeichnet werden als im Euroraum.

Die Neugeschäftsspanne zwischen Euro-Kreditzinssätzen und Euro-Einlagenzinssätzen stieg im Jahr 2007 in Österreich auf 0,86 Prozentpunkte, lag damit aber deutlich unter dem Durchschnittswert im gesamten Euroraum (1,31 Prozentpunkte).

Der durchschnittliche Zinsvorteil des CHF-Kredites stieg sowohl gegenüber dem durchschnittlichen EUR-Kredit (um 0,10 auf 1,47 Prozentpunkte) als auch gegenüber dem wichtigsten Substitutionsprodukt – dem EUR-Wohnbaukredit (um 0,07 auf 1,50 Prozentpunkte).

Rahmenbedingungen – keine Veränderung des Leitzinssatzes – höhere Zinssätze im Zwischenbankverkehr

Im ersten Halbjahr 2008 gab es im Euroraum keine zinspolitischen Schritte. Allerdings wurde der EZB-Leitzinssatz kurz nach der beobachteten Periode im Juli 2008 um 0,25 Prozentpunkte angehoben. Bei den Zwischenbankzinssätzen gab es – wie auch schon Ende 2007 - sehr viel Bewegung und generell ansteigende Tendenz, wobei die Anstiege weniger auf Erwartung zinspolitischer Maßnahmen zurückzuführen waren, sondern in erster Linie die Folge einer kurzfristigen Liquiditätsknappheit am Geldmarkt im Zuge der Finanzmarktturbulenzen waren. Dies war insbesondere im Dezember 2007 zu beobachten, als der 12-Monats-EURIBOR auf 4,79% stieg. In den ersten Monaten des Jahres 2008 gab es dann eine rückläufige Tendenz (im Februar 2008 lag der 12-Monats-EURIBOR nur noch bei 4,35%), danach aber wieder einen kräftigen Anstieg um mehr als einen Prozentpunkt bis auf 5,36% im Juni. Auch der für die

Festsetzung von Kundenzinssätze sehr wichtige 3-Monats-EURIBOR zeigte eine ähnliche Tendenz: Er lag im Dezember bei 4,85%, sank danach bis Februar auf 4,36% um stieg dann bis Juni wieder auf 4,94%.

EUR-Kredite (Neugeschäft)

Bei den Neugeschäftszinssätzen an private Haushalte zeigte sich – in stark abgeschwächter Form – eine ähnliche Bewegung wie im Zwischenbankverkehr bei Wohnbaukrediten. In dieser Kategorie, in der es im Jahr 2007 sehr kräftige Erhöhungen – um 0,99 Prozentpunkte – auf 5,27 % gegeben hatte, sank der Zinssatz bis April auf 5,13%. Danach war aber wieder ein Anstieg auf 5,26% im Juni zu verzeichnen. Im Euroraum-Vergleich waren die Wohnbaukredite Ende 2007 die einzige Neugeschäftskategorie, in der die Kunden in Österreich einen höheren Zinssatz als im Durchschnitt des Euroraumes (5,20%) zahlen mussten. Durch die stärkeren Rückgänge in Österreich im ersten Halbjahr 2008 reduzierte sich dieser Nachteil und der Durchschnittszinssatz in Österreich entsprach im Juni exakt demjenigen des Euroraums.

Bei Konsumkrediten mussten die Kunden als Folge der Finanzmarktturbulenzen deutliche Anhebungen in Kauf nehmen. Nachdem es schon im Jahr 2007 einen Anstieg um 0,72 Prozentpunkte gegeben hatte, stieg der durchschnittliche Nominalzinssatz in Österreich im Laufe des ersten Halbjahres 2008 um weitere 0,28 Prozentpunkte auf 6,83%. Der entsprechende Effektivzinssatz (unter Einbeziehung aller Gebühren) erhöhte sich im ersten Halbjahr sogar noch viel kräftiger – um 0,51 Prozentpunkte – und lag im Juni bei 7,90%. Bei Konsumkrediten lagen die Durchschnittszinssätze in Österreich aber trotz der starken Anstiege auch im Juni 2008 noch deutlich unter den Vergleichswerten des Euroraums (nominal: 7,88 %, effektiv: 9,50%). Anfang 2006 hatte der Zinsvorteil für Österreichs Kunden aber noch mehr als zwei Prozentpunkte betragen. Weniger Zinsanstiege mussten im ersten Halbjahr 2008 Freiberufler und Einzelunternehmer in Kauf nehmen, die in der Kategorie „Kredite an private Haushalte für sonstige Zwecke“ dominieren. Hier sank der Durchschnittszinssatz zu Beginn des Jahres etwas (von 5,70 auf 5,59%) und stieg danach bis Juni 2008 auf 5,79%. Im Euroraum lag der Vergleichszinssatz etwas höher (bei 5,98%)

Bei neu vergebenen Unternehmenskrediten hatte es im Jahr 2007 besonders starke Anstiege - um 0,95 Prozentpunkte (bis 1 Million Euro) bzw. 0,86 Prozentpunkte (über 1 Million Euro) - gegeben. Die Rückgänge der Zwischenbankzinssätze führten in diesen Kategorien, in denen oftmals eine enge Bindung der Konditionen an die Geldmarktkonditionen vorherrscht, zu Beginn des Jahres 2008 zu spürbaren Reduktionen (um 0,19 bzw. 0,21 Prozentpunkte). Bis Juni 2008 erfolgte aber jeweils eine deutliche Gegenbewegung und die Zinssätze lagen im Juni bei Krediten bis zu 1 Million Euro mit 5,52% etwas höher und bei Krediten über 1 Million Euro mit 5,09% am selben Niveau wie im Dezember 2007. Da im Unternehmensbereich die Zinssätze im gesamten Euroraum im ersten Halbjahr 2008 eine sehr ähnliche Entwicklung zeigten, blieben die Zinssätze in Österreich unter den vergleichbaren Durchschnittswerten für den gesamten Euroraum (6,09 % bei bis 1 Million Euro bzw. 5,37 % bei über 1 Million Euro).

Fremdwährungskredite (Neugeschäft)

Im Fremdwährungsbereich dominierte im ersten Halbjahr 2008 erneut der CHF-Kredit, wobei vermehrte Kreditaufnahmen in diesem Segment die Neugeschäftsvolumina deutlich über die Werte des zweiten Halbjahres 2007 anstiegen ließen. Die Schweizer Nationalbank ließ den Leitzinssatz im ersten Halbjahr ebenso unverändert wie die EZB. Allerdings gab es anders als im EUR-Kreditbereich bei neu vergebenen CHF-Krediten im ersten Halbjahr 2008 einen leichten

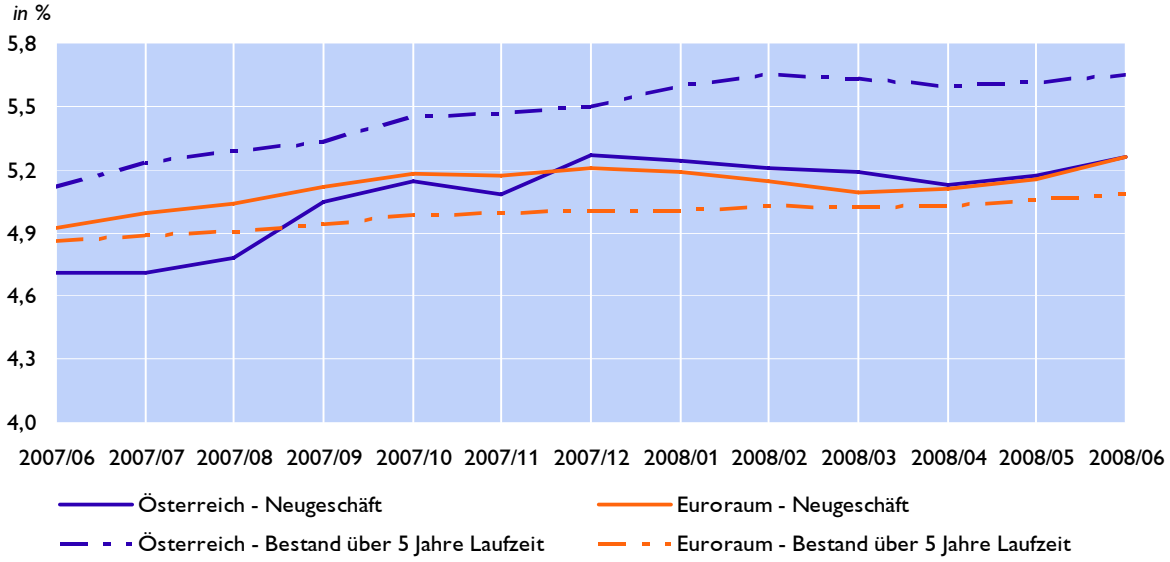
Rückgang des Durchschnittszinssatzes zu verzeichnen (um 0,08 Prozentpunkte auf 3,76%). Damit gewann der CHF-Kredit, dessen Zinsvorteil gegenüber dem durchschnittlichen EUR-Kredit auch schon im Jahr 2007 (von 1,33 auf 1,37 Prozentpunkte) gestiegen war, auch im ersten Halbjahr erneut an Attraktivität. Der Zinsvorteil stieg zwischen Dezember 2007 und Juni 2008 von 1,37 auf 1,47 Prozentpunkte. Auch gegenüber dem wichtigsten Substitutionsprodukt für den CHF-Kredit – dem Euro-Wohnbaukredit – stieg der Zinsvorteil im ersten Halbjahr erneut leicht (von 1,43 auf 1,50 Prozentpunkte).

Kredite (Gesamtgeschäft)

Über das gesamte aushaftende Kreditvolumen führte der höhere Anteil an variabel verzinsten Krediten in Österreich dazu, dass österreichische Kunden im Vergleich zum Euroraum-Durchschnitt - aufgrund der Reduktionen der Zwischenbankzinssätze zu Beginn dieses Jahres - im ersten Halbjahr in einigen Kategorien den Vorteil einer etwas günstigeren Zinssatzentwicklung als im Euroraum genossen. Dies zeigt sich bei einer Betrachtung der vom Volumen her wichtigsten Laufzeitkategorie „über 5 Jahre Laufzeit". Bei Unternehmenskrediten stieg der Durchschnittszinssatz im ersten Halbjahr in Österreich nur geringfügig (um 0,03 Prozentpunkte) an und lag mit 5,16% wieder deutlicher unter dem Vergleichswert des Euroraums (5,39%), bei dem es im ersten Halbjahr einen Anstieg um 0,11 Prozentpunkte gab. Bei Konsumkrediten gab es in Österreich zwischen Dezember 2007 und Juni 2008 sogar einen Rückgang um 0,04 Prozentpunkte auf 6,18% zu verzeichnen. Im Vergleichszeitraum gab es im Euroraum einen Anstieg um 0,11 Prozentpunkte (auf 6,33%). Während im Dezember die Zinssätze in Österreich und im Euroraum sich noch am selben Niveau befanden, gab es nunmehr wieder einen Vorteil für Österreichs Kunden. Anders war die Situation bei Wohnbaukrediten über 5 Jahre Laufzeit im ersten Halbjahr. Nicht zuletzt aufgrund der Anhebung der Zinssätze für Bauspardarlehen stieg der Durchschnittszinssatz in Österreich im ersten Halbjahr um 0,16 Prozentpunkte auf 5,65% und lag damit deutlich höher als der Vergleichswert des Euroraums (5,08%), bei dem der Anstieg im Vergleichszeitraum mit 0,07 Prozentpunkten doch deutlich geringer blieb.

Grafik 1: Veränderung der Zinssätze (Neugeschäft und Bestand) für Wohnbaukredite in Österreich und im Euroraum von Juni 2007 bis Juni 2008

Zinssätze für Wohnbaukredite



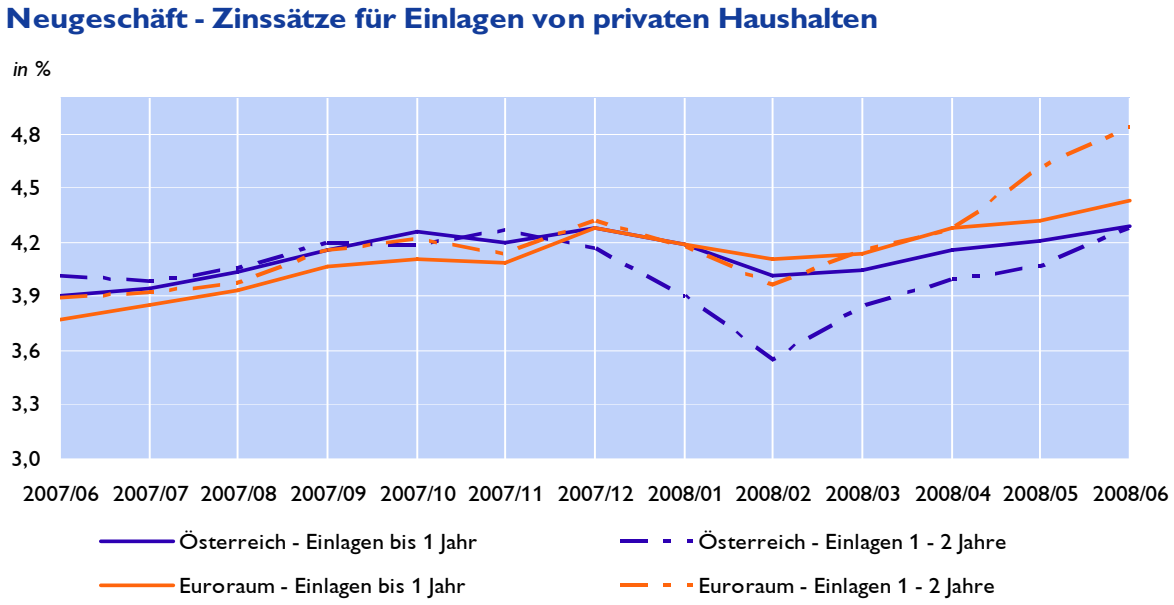
Quelle: OeNB.

Einlagen (Neugeschäft)

Bei den Einlagenzinssätzen an private Haushalte gab es in Österreich zu Beginn des Jahres insbesondere bei Laufzeit von mehr als 1 Jahr weitaus stärkere Reduktionen als im Kreditbereich zu verzeichnen. Die starken Aufwärtsbewegungen im zweiten Quartal (bei Laufzeit von 1-2 Jahren) bzw. im Juni (bei Laufzeit über 2 Jahren) konnten die Rückgänge nicht kompensieren, sodass die Zinssätze im Juni mit durchschnittlich 4,07% (Laufzeit 1-2 Jahre) bzw. 4,08% (Laufzeit über 2 Jahre) um immerhin 0,20 Prozentpunkten unter den Vergleichswerten von Dezember 2007 lagen. Maßgeblich für die starken Rückgänge verantwortlich waren allerdings neben der negativen Entwicklung der Zwischenbankzinssätze auch einige neue Einlagenprodukte, die eine sehr niedrige fixe Anfangsverzinsung aufweisen und deren Zinssatzentwicklung in weiterer Folge an die Entwicklung verschiedener Indikatoren (z.B. Aktienindizes, Inflation) gebunden ist. Etwas weniger volatil zeigten sich die neu vereinbarten Einlagen mit kurzer Laufzeit (bis 1 Jahr). Auch in dieser Kategorie erfolgten nach Reduktionen im ersten Quartal im zweiten Quartal Anstiege, wobei hier übers gesamte Halbjahr zumindest ein geringfügiger Anstieg – um 0,01 Prozentpunkte auf 4,29% - zu verzeichnen war.

Im Vergleich zum Euroraum-Durchschnitt gab es für Österreichs Kunden im ersten Halbjahr 2008 eine deutlich ungünstigere Entwicklung zu verzeichnen. Bei Laufzeit von bis zu 1 Jahr lag der Durchschnittszinssatz des Euroraums im Juni 2008 nach einem Anstieg von 0,15 Prozentpunkten mit 4,43% deutlich höher als in Österreich. Noch viel negativer fiel für Österreichs Kunden der Vergleich in der Kategorie 1-2 Jahre Laufzeit aus, bei der im Euroraum im ersten Halbjahr 2008 ein kräftiger Anstieg (um 0,47 Prozentpunkte) verzeichnet werden konnte und mit 4,61% gegenüber dem Durchschnittszinssatz in Österreich ein Zinsvorteil von 0,54 Prozentpunkten bestand. Auch bei langer Laufzeit (über 2 Jahre) war die Entwicklung im Euroraum im ersten Halbjahr 2008 (+0,10 Prozentpunkte) für Kunden deutlich günstiger als in Österreich, allerdings blieb der Zinssatz auch im Juni 2008 in Österreich hier mit 4,08% deutlich über jenem im Euroraum (3,27%).

Grafik 2: Veränderung des Neugeschäft-Zinssatzes für Einlagen von privaten Haushalten mit Bindungsfrist von bis 1 Jahr bzw. von 1- 2 Jahren in Österreich und im Euroraum von Juni 2007 bis Juni 2008



Quelle: OeNB.

Bei Neugeschäftszinssätzen für Einlagen von nichtfinanziellen Unternehmen**,** bei denen nahezu das gesamte Volumen auf die Laufzeitkategorie „bis 1 Jahr" entfiel, gab es im ersten Halbjahr 2008 eine ganz ähnliche Entwicklung wie bei Einlagen von privaten Haushalten. In Österreich gab es nach sehr starken Reduktionen zu Beginn des Jahres im zweiten Quartal zwar wieder Anstiege, der Zinssatz lag im Juni mit 4,50% aber noch 0,09 Prozentpunkte unter dem Vergleichswert von Dezember 2007. Im Euroraum gab es im Vergleichszeitraum zwar einen leichten Anstieg (um 0,03 Prozentpunkte), dennoch war der Durchschnittszinssatz mit 4,29% noch niedriger als in Österreich.

Spanne zwischen Euro-Krediten und Euro-Einlagen des Neugeschäftes

Aufgrund des Umstandes, dass im Neugeschäft bei den Einlagenzinssätzen doch recht starke Reduktionen verzeichnet werden konnten, lag die Neugeschäftsspanne zwischen Euro-Kreditzinssätzen und Euro-Einlagenzinssätzen im Juni 2008 mit 0,86 Prozentpunkten etwas höher als noch im Dezember 2007 (0,77 Prozentpunkte). Die österreichische Spanne war damit die drittniedrigste im Euroraum und lag sehr deutlich unter der Spanne, die im Durchschnitt im Euroraum erreicht wurde (1,31 Prozentpunkte). Interessant war dabei, dass die österreichische Spanne im Neugeschäft mit Unternehmen im Juni 2008 mit 0,63 Prozentpunkten die niedrigste im Euroraum war (Euroraumschnitt: 1,25 Prozentpunkte), während jene im Neugeschäft mit privaten Haushalten mit 1,47 Prozentpunkten nur knapp unter dem Euroraumvergleichswert von 1,54 Prozentpunkten lag und von neun Euroraumländern unterboten wurde.

Einlagen (Gesamtgeschäft)

Bei den Zinssätzen über das aushaftende Gesamtvolumen standen im Einlagenbereich im ersten Halbjahr 2008 Anstiege im Vordergrund. Anders als im abgelaufenen Jahr entwickelte sich in Österreich der Zinssatz für langfristige Einlagen privater Haushalte (über 2 Jahre) dynamischer als jener für Einlagen bis 2 Jahre Laufzeit. Bei Einlagen mit Laufzeit von über 2 Jahren stieg der Zinssatz in erster Linie durch Anhebungen der Konditionen für Bauspareinlagen

um 0,26 Prozentpunkte auf 3,50%. Damit lag er deutlich über dem Vergleichswert des Euroraums (3,08%), der nur einen Anstieg um 0,05 Prozentpunkte verzeichnete. Bei Laufzeit von bis zu 2 Jahren betrug der Zuwachs in Österreich nur 0,10 Prozentpunkte. Mit 3,79% lag der Durchschnittszinssatz im Juni deutlich unter dem Vergleichswert des Euroraums (4,20%), der im ersten Halbjahr einen weitaus stärkeren Anstieg (+0,25 Prozentpunkte) verzeichnete.

Wirtschaftliche Länderrisiken aus Österreichs internationalen Finanzanlagen

(Abteilung für Außenwirtschaftsstatistik und Finanzierungsrechnung)

Österreichs besondere Rolle als einer der führenden Investoren in ost- und südosteuropäischen Wachstumsmärkten wirft vermehrt Fragen nach der Risikotragfähigkeit des österreichischen Auslandsportfolios auf. Der vorliegende Beitrag skizziert in einem Überblick[8] das wirtschaftliche Länderrisiko österreichischer Auslandsforderungen anhand ausgewählter makroökonomischer Indikatoren.

Dabei wird deutlich, dass die entwickelten, mit bester Bonität versehenen Finanzmärkte Europas und der USA kapitalgewichtet weitaus größeren Einfluss auf das Gesamtrisiko haben als jene der zwölf seit 2004 beigetretenen EU-Länder (EU-12) oder die Länder Ost- und Südosteuropas. Österreichs Auslandsrisiko wird – trotz des intensiven Osteuropa-Engagements – insgesamt vor allem durch Wertpapierforderungen in entwickelten Industrieländern bestimmt.

Nur rund ein Fünftel des kapitalgewichteten Risikos entfällt auf die EU-12. Die Region Ost- und Südosteuropa steht nur für ein Zehntel des gesamten Exposures.

Dennoch bestimmen einige Wachstumsmärkte, wie Ungarn, Polen, die Tschechische Republik oder Russland, Österreichs Gesamtrisiko bereits in höherem Ausmaß als mancher westeuropäische Markt. Die Projektion bis 2009 lässt für Österreichs Auslandsvermögen ein stagnierendes Gesamtrisiko erwarten. Einer insgesamt stabilen Entwicklung der EU-27 steht ein ungünstigeres Risikoumfeld in einigen europäischen Wachstumsmärkten und in den USA gegenüber.

Die vorliegende Arbeit bezieht den Begriff des Länderrisikos auf die makroökonomische Gesamtsituation einer Volkswirtschaft. Sie nimmt eine Einschätzung der wirtschaftlichen Risiken jener Länder und Regionen vor, die als Ziel österreichischer Finanzveranlagungen relevant sind. Besonderes Interesse gilt dabei den ost- und südeuropäischen Wachstumsregionen. Die Analyse beinhaltet ausschließlich ökonomische Risiken. Politische, rechtliche oder institutionelle Aspekte des Länderrisikos, die im Rahmen einer ganzheitlichen Länderrisikoanalyse ebenfalls bedeutsam sind, bleiben hier bewusst außer Betracht.

Zentrale Annahme dieser Untersuchung ist ein signifikanter Zusammenhang zwischen der makroökonomischen Situation des Schuldnersitzlandes und der Ausfallwahrscheinlichkeit der entsprechenden Finanzforderung. Realwirtschaftliche Krisenerscheinungen, wie Rezessionen oder rasche Geldentwertung verringern demnach die Rückzahlungswahrscheinlichkeit generell. Gegenstand der Untersuchung ist also das allgemeine wirtschaftliche Umfeld als wesentliche Bestimmungsgröße für die Rückzahlungsfähigkeit und -willigkeit ausländischer Schuldner.

[8] Siehe ausführlich dazu auch: Fuchs, M. (2008). Wirtschaftliche Länderrisiken aus Österreichs internationalen Finanzanlagen. In: Geldpolitik & Wirtschaft, 3/08, OeNB, Wien, Mimeo.

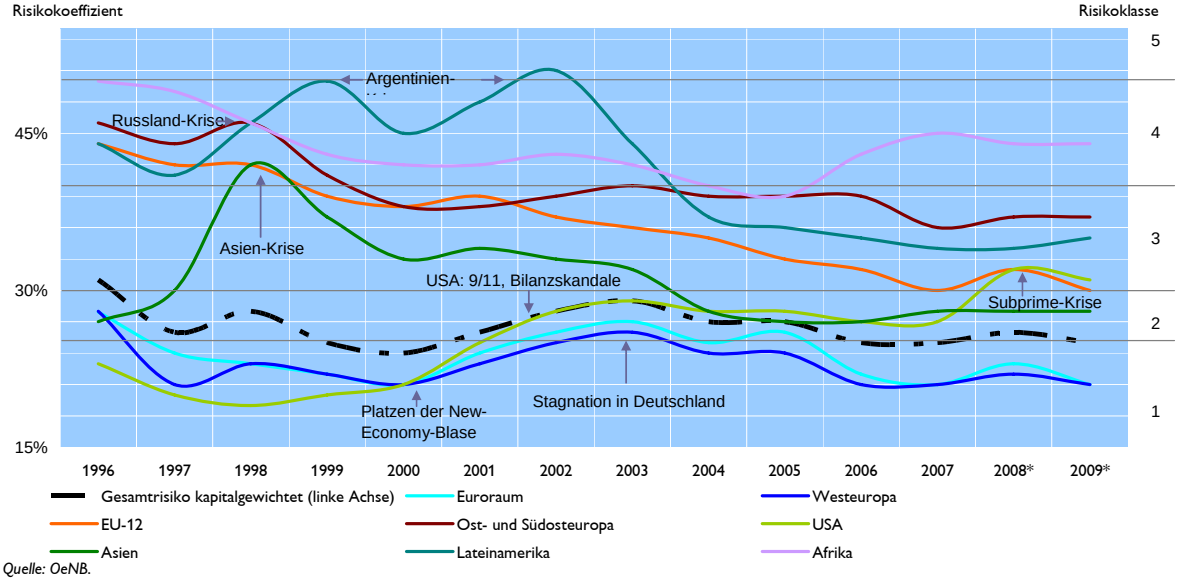
Das hier zur Anwendung kommende Scoring-Modell stützt sich auf neun Risikofaktoren[9], die innerhalb eines vorgegebenen Intervalls bewertet werden und mit dem spezifisch festgelegten Gewicht in das Modell einfließen. Als Resultat ergibt sich ein Risikokoeffizient, der den Vergleich von verschiedenen Ländern oder Regionen über längere Zeiträume zulässt.

Westeuropa und USA zeigen mit Abstand das stabilste Wirtschaftsumfeld

Demnach zeigt Westeuropa seit Mitte der 1990er-Jahre durchwegs gute Bewertungen, auch wenn im Jahr 2000 und in den Folgejahren ein merkbarer Risikoanstieg verzeichnet worden ist (Grafik 1). Für Letzteren waren vor allem das deutlich verlangsamte Wachstum im Euroraum, aber auch ein schlechteres Arbeitsmarktumfeld – insbesondere in Deutschland – ausschlaggebend.

Grafik 1

Risiko ausgewählter Anlageregionen[1]
Nicht kapitalgewichtet



Quelle: OeNB.
[1] *Enthalten nur jene Länder, in denen Österreich Finanzaktiva hält.*
* *Projektion.*

Die Risikosituation der USA entwickelte sich bis Ende der 1990er-Jahre infolge starken Wachstums, geringer Verbraucherpreise und einer restriktiven Haushaltspolitik sehr günstig. Mit dem Platzen der Technologieblase, mehreren Bilanzskandalen börsennotierter Unternehmen und den Terroranschlägen des 11. September 2001 geriet die amerikanische Wirtschaft jedoch in eine Vertrauenskrise, die sich in Form eines Wachstumseinbruchs manifestierte (2002: +0,8%, real). In weiterer Folge sorgten vor allem höhere Leistungsbilanz- und Budgetdefizite für steigende Risiken. Für 2008 und 2009 lassen die Wirtschaftsprognosen für die USA infolge der Immobilienkrise einen deutlichen Risikoanstieg erwarten. Hier fallen insbesondere die schlechten Wachstumsaussichten und das steigende Budgetdefizit ins Gewicht.

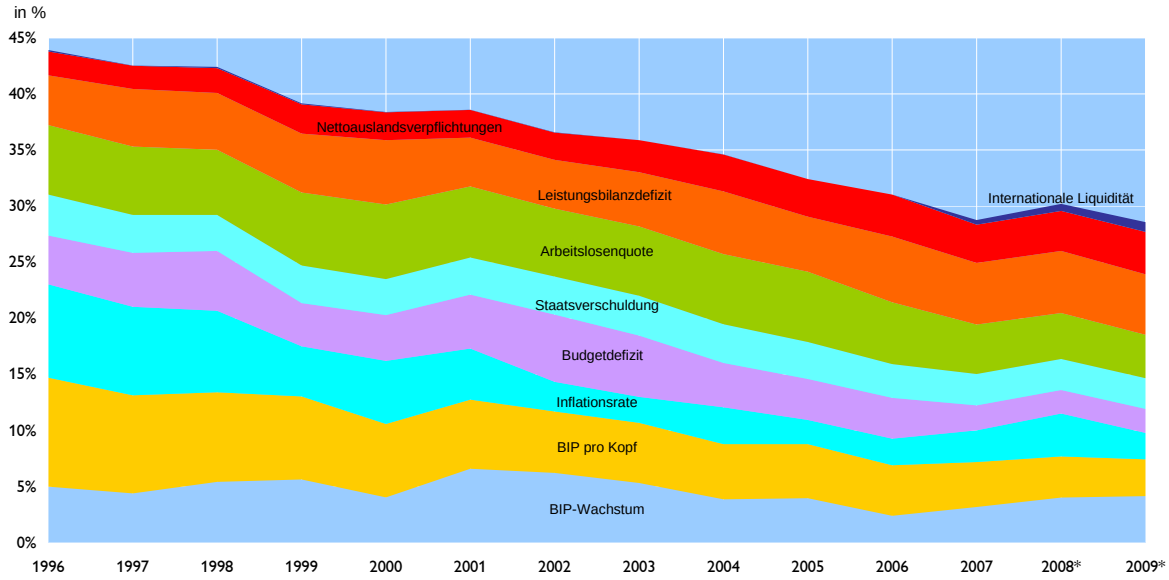
Risikoentwicklung der EU-12 zeigt klar positiven Trend

[9] BIP/Kopf zu Kaufkraftparitäten, reales BIP-Wachstum, Inflation, Budgetsaldo, Staatsverschuldung, Arbeitslosenquote, Leistungsbilanzdefizit, Nettoauslandsverpflichtungen sowie Internationale Liquidität.

Das Risikoumfeld der EU-12 hat sich seit Mitte der 1990er-Jahre kontinuierlich und deutlich verbessert (Grafik 2). Den wichtigsten Beitrag leistete die teilweise massive Rückführung der Inflation. 1996 wiesen die aus österreichischer Sicht wichtigen Zielländer, wie Ungarn oder Polen, mit 23,5% bzw. 15% noch zweistellige Preissteigerungsraten auf. Auch die Tschechische Republik zeigte mit +10% eine instabile Preissituation. Bis zum EU-Beitritt dieser Länder im Jahr 2004 (Rumänien und Bulgarien: 2007) konnte die Situation deutlich verbessert werden. Seit 2001 machte sich zudem das hohe Wachstum positiv bemerkbar. Der Arbeitsmarkt und hohe Leistungsbilanzdefizite stellen jedoch persistente Risikofaktoren dar.

Grafik 2

Risikofaktoren der zwölf seit 2004 beigetretenen EU-Länder[1]



Quelle: OeNB.

[1] *Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn,*

* *Projektion.*

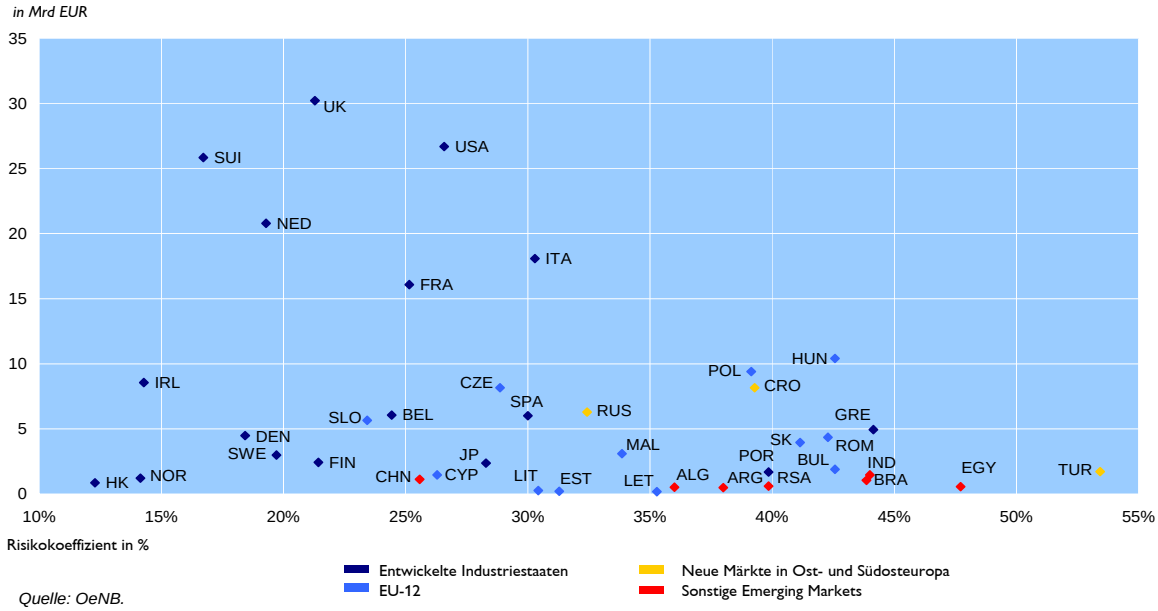
Für 2008 ist nach aktuellen Prognosen wachstums- und inflationsbedingt ein ungünstigeres Risikoumfeld zu erwarten. Insgesamt konnte diese Region ihren einstigen Status als hochriskantes Anlageziel aber eindeutig ablegen.

Österreichs Finanzvermögen konzentriert sich auf entwickelte Industriestaaten

Die Zusammenführung von Anlagevolumina und Risikosituation der einzelnen Länder verdeutlicht die überragende Bedeutung westlicher Industriestaaten als Zielgebiet österreichischer Investitionen (Grafik 3).

Grafik 3

Risiko und Anlagevolumen in einzelnen Zielländern nach Entwicklungsgrad 2000 bis 2006
Exklusive Deutschland



Quelle: OeNB.

Während der Großteil dieser Länder erwartungsgemäß gute Bewertungen aufweist, schneiden Griechenland und Portugal vergleichsweise schlecht ab. Trotz Zugehörigkeit zum Euroraum weisen sie zwischen 2000 und 2006 nur ein durchschnittliches Rating auf, das infolge schwachen Wachstums, öffentlicher Haushaltsdefizite sowie ungünstiger Leistungsbilanzentwicklungen auch in jüngster Zeit keinen Aufwärtstrend erkennen ließ. Erwartungsgemäß schlecht liegen im Euroraum-Vergleich auch Italien und Spanien.

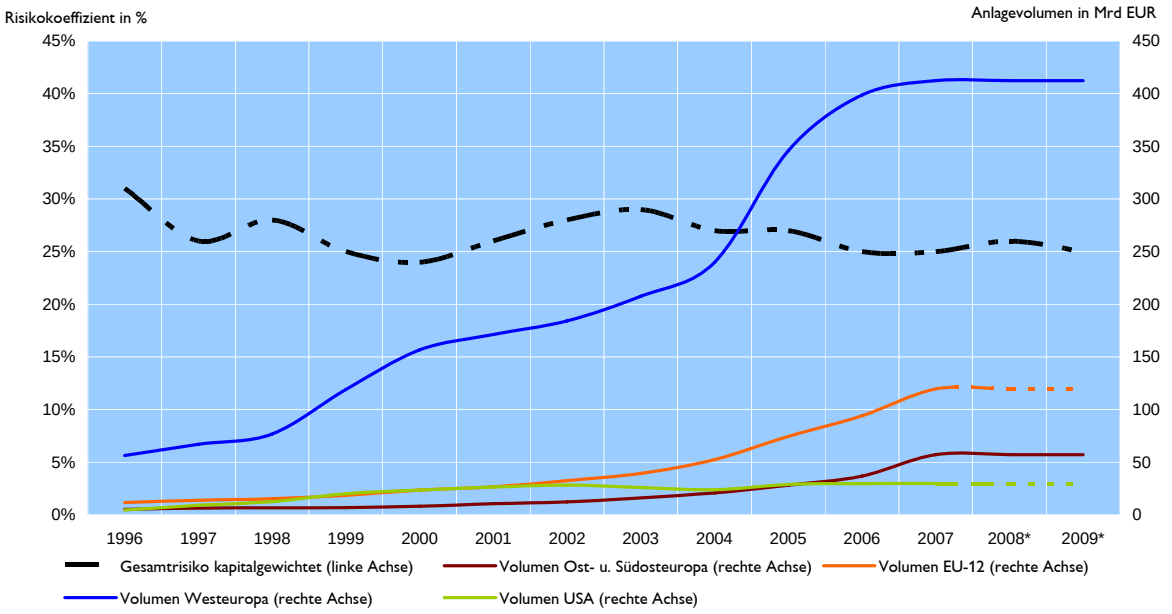
Slowenien, Zypern und Malta zeigen im EU-12-Vergleich eine verhältnismäßig hohe Bonität, spielen jedoch hinsichtlich Anlagevolumina eine untergeordnete Rolle, während Ungarn mit einem Koeffizienten von 43% ein besonders hohes Risiko aufweist. Neben einem geringen BIP/Kopf schlagen hier ein anhaltend hohes Leistungsbilanzdefizit von rund 8% des BIP, eine hohe Nettoverpflichtungsposition (2006: 106% des BIP) sowie ein ausgeprägtes Budgetdefizit (2006: 9,2% des BIP) durch. Auch Bulgarien (Risikokoeffizient: 43%) und Rumänien (42%) erhalten eine relativ schlechte Beurteilung.

Zunehmendes Osteuropa-Engagement hat Österreichs Gesamtrisiko nicht wesentlich beeinflusst

Die Gewichtung des soeben identifizierten Risikos mit Österreichs regionalen Anlagevolumina lässt über den gesamten Untersuchungszeitraum 1996 bis 2007 sowie in der Projektion bis 2009 eine durchwegs stabile gesamtwirtschaftliche Risikoposition erkennen, die sich im Korridor zwischen 25% und 30% bewegt, d.h. mit geringem Risiko gleichzusetzen ist (Grafik 4). Das in den vergangenen Jahren zunehmende Engagement österreichischer Unternehmen in Osteuropa würde ex ante durchaus einen deutlicheren Risikoanstieg vermuten lassen, weil diese Region – wie bereits gezeigt – merkbar höhere makroökonomische Risiken aufweist als Westeuropa. Die beeindruckend dynamische Entwicklung des österreichischen Finanzvermögens im Ausland – es hat sich seit 1996 auf rund 700 Mrd EUR mehr als verfünffacht – wirkte sich jedoch insgesamt nicht nachteilig auf das Auslandsrisiko aus. Dies fußt vor allem auf dem Umstand, dass auch in Westeuropa ausgeprägte Vermögenszuwächse verzeichnet wurden, und zwar ausgehend von einem wesentlich höheren Niveau.

Grafik 4

Gesamtrisiko und Finanzvermögen in ausgewählten Regionen



Quelle: OeNB.
** Projektion.*

Die osteuropäischen Wachstumsregionen haben dagegen – gemessen am dort veranlagten Finanzvermögen – nach wie vor zu geringes Gewicht im Gesamtportefeuille, um entscheidenden Einfluss auf das Gesamtrisiko nehmen zu können. Darüber hinaus zeigt die EU-12 – wie bereits gezeigt - einen deutlich verbesserten Risikoverlauf.

Der hohe Vermögenszuwachs in Westeuropa hat seine Ursache in der regional stark differenzierten Anlagestruktur, die einen deutlichen Überhang an Wertpapieren aufweist. Angesichts boomender Aktienbörsen seit 2003 waren gerade in diesem Segment hohe Vermögenszuwächse zu verzeichnen. Osteuropa wird mangels gut entwickelter Wertpapiermärkte hingegen bevorzugt mittels Krediten und Direktinvestitionen erschlossen, die keine vergleichbaren Renditen erzielen konnten.

Die Hälfte des gesamten Finanzrisikos entfällt auf Westeuropa, ein Fünftel auf die EU-12

Die makroökonomisch durchwegs stabilen Länder Westeuropas bestimmen Österreichs Risikoposition infolge der hohen Anlagevolumina Ende 2007 zu mehr als der Hälfte. Die EU-12 steuert rund ein Fünftel zum Gesamtrisiko bei. Für die Jahre 2008 und 2009 ist ein ähnlich großer Anteil zu erwarten.

Damit zeigt sich für diese Region seit Ende der 1990er-Jahre ein nur leicht steigender Risikoanteil, der das intensive Engagement österreichischer Investoren in diesen Ländern keineswegs als übermäßig riskant erscheinen lässt. Der Risikoanteil ost- und südosteuropäischer Länder hat seit dem Jahr 2002 ebenfalls zugenommen und wird 2009 mit rund 13% bereits deutlich über jenem der USA (6%) liegen. Aktuellen Prognosedaten zufolge dürfte der Risikobeitrag Ost- und Südosteuropas in den Jahren 2008 und 2009, bedingt durch ein ungünstiges außenwirtschaftliches Umfeld und steigende Inflation, etwas steigen.

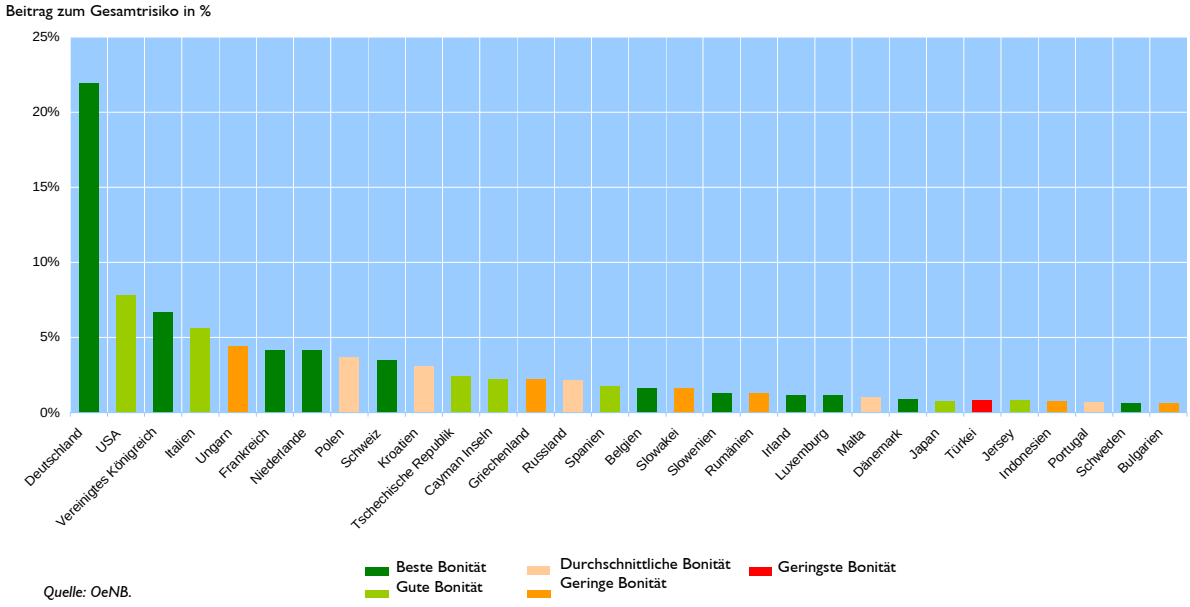
Ungarn, Polen und Kroatien zählen zu den zehn wichtigsten Finanzzielgebieten

Eine Zerlegung des Gesamtrisikos nach Einzelländerbeiträgen illustriert Grafik 5. Mit Ungarn, Polen und Kroatien liegen drei Wachstumsmärkte mit durchschnittlicher oder geringer Bonität unter den zehn wichtigsten Zielländern.

Grafik 5

Österreichs kapitalgewichtetes Risiko nach Zielländern und Ratingklassen

Durchschnitt 2000 bis 2006



Quelle: OeNB.

Dennoch kommt Deutschland infolge der dort veranlagten hohen Volumina eine ungleich höhere Bedeutung zu.

Auch die USA, das Vereinigte Königreich oder Italien sind hinsichtlich ihres Risikobeitrags vor diese Wachstumsmärkte zu reihen. Eine Wirtschaftskrise in einigen westeuropäischen Ländern träfe Österreich demnach immer noch wesentlich härter als ein flächendeckender Einbruch Osteuropas.

Starke Kreditkonzentration in europäischen Wachstumsmärkten signalisiert erhöhtes Risiko der österreichischen Banken

Das makroökonomische Kreditrisiko weist im Beobachtungszeitraum 2000 bis 2006 eine im Vergleich zum Gesamtexposure deutlich abweichende Risikostruktur auf. Deutschland nimmt zwar auch in diesem Teilbereich den Spitzenplatz ein, zahlreiche wichtige Kreditschuldner sind jedoch der EU-12 sowie ost- und südosteuropäischen Wachstumsregionen zuzuordnen: Die EU-12 steuert mehr als ein Viertel zum gesamten Kreditrisiko bei, Ost- und Südosteuropa kommen auf 16%. In Summe liegen beide Regionen damit klar vor Westeuropa (37%). Die regionale Risikokonzentration im Kreditbereich zeigt deutlich, dass österreichische Kreditgläubiger - größtenteils Banken – die Hauptlast des Länderrisikos tragen. Im Gegensatz zum Gesamtrisiko aus allen Finanzinstrumenten, das infolge der starken Gewichtung Westeuropas gut diversifiziert ist, lässt die Kreditveranlagung der österreichischen Banken ein gewisses Klumpenrisiko in den europäischen Wachstumsmärkten erkennen. Bis 2009 zeichnet sich auf Basis der Prognosedaten zudem ein etwas ungünstigerer Risikoausblick ab.

Bericht über die wirtschaftliche Lage - Grafiken und Tabellen

Redaktionsschluss: 16. September 2008

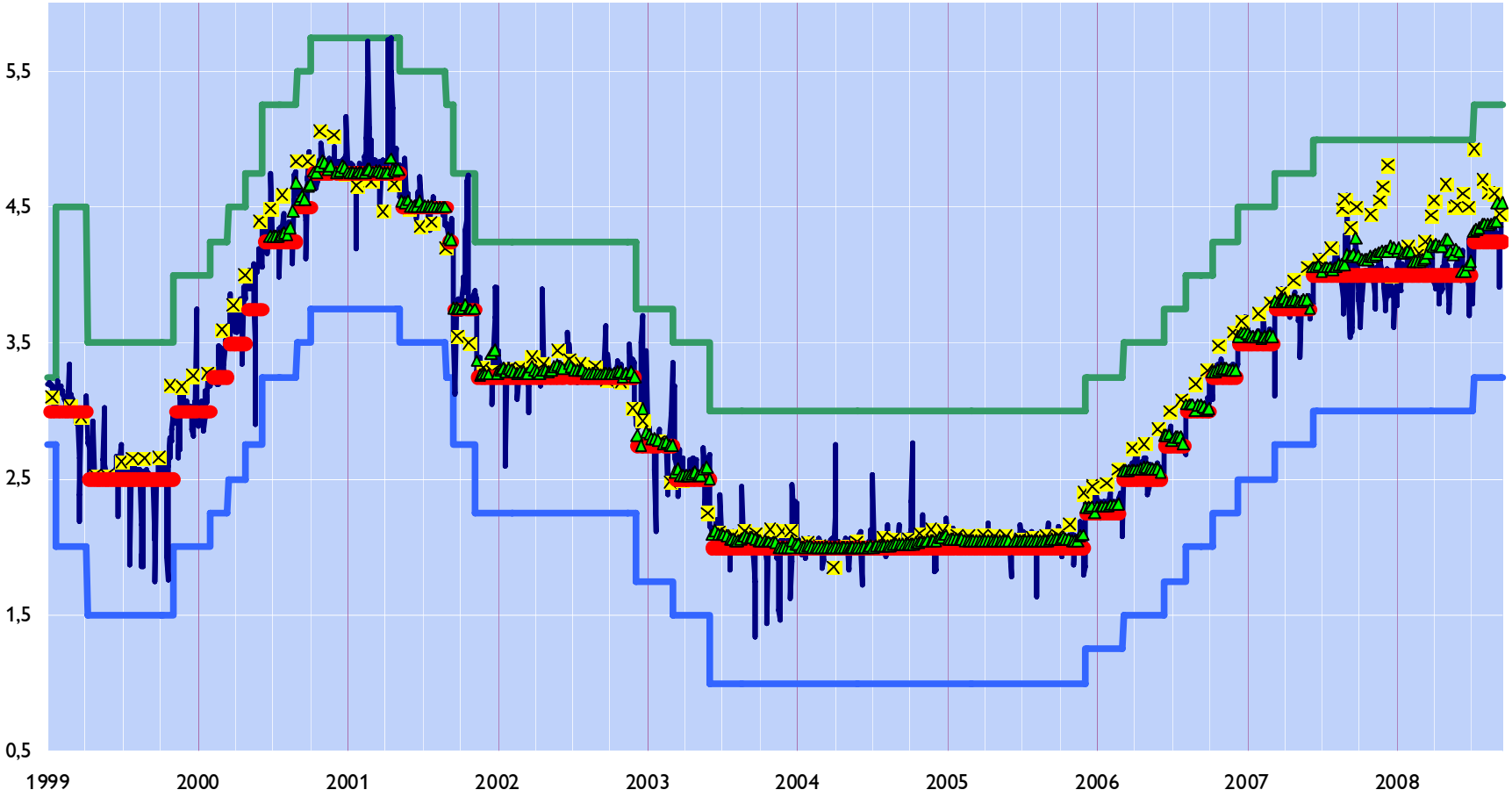
Inhaltsverzeichnis

	Seite
Zinsen und Wechselkurse	
Zinssätze im Eurowährungsgebiet	A1
Zinsentwicklung im Euroraum und den USA	A2
Österreich: Rendite der 10jährigen Bundesanleihe	A2
Kundenzinsen im Euroraum und in Österreich - Neugeschäft	A3
3-Monatsvergleich der Zinsstruktur	A4
Wechselkursentwicklung	A5
Geldmenge und Ausleihungen	
Entwicklung der Geldmenge M3	A6
Entwicklung der Ausleihungen	A7
Fremdwährungsausleihungen	A8
Preise	
HVPI nach COICOP - Verbrauchsgruppen und Sondergliederung	A9
Komponenten des Harmonisierten Verbraucherpreisindex	A10
Ausgewählte Inflationsindikatoren für Österreich	A11
Preisentwicklung bei Rohstoffen	A12
Ölimportpreis- und Inflationsentwicklung in Österreich	A12
Konjunkturindikatoren	
Entwicklung volkswirtschaftlicher Aggregate im Euroraum	A13
Entwicklung volkswirtschaftlicher Aggregate in Österreich	A14
Prognose der wichtigsten Wirtschaftsindikatoren für den Euroraum	A15
Prognose der wichtigsten Wirtschaftsindikatoren für Österreich	A16
Vertrauensindikatoren für den Euroraum und Österreich (I)	A17
Vertrauensindikatoren für den Euroraum und Österreich (II)	A18
Produktionsindex in Österreich	A19
Arbeitsmarkt	
Arbeitslosenquoten im Euroraum und in Österreich	A20
Kennziffern des österreichischen Arbeitsmarktes	A20
Zahlungsbilanz	
Euroraum	A21
Österreich	A21
Leistungsbilanz - Euroraum	A22
Kapitalbilanz - Euroraum	A22
Weitere ausgewählte Indikatoren für Österreich	
Budgetäre Notifikation (Maastricht) für Österreich	A23
Österreichisches Stabilitätsprogramm	A23
Indikatoren der österreichischen Wettbewerbsfähigkeit	A24
Österreichischer Außenhandel	A25
Tourismus: Übernachtungen in Österreich	A26
Geschäftsentwicklung der in Österreich tätigen Kreditinstitute	A27
Ertragslage der in Österreich tätigen Kreditinstitute	A28
Aktien- und Devisenmärkte	
Aktienmarkt	A29
Devisenmarkt und Gold	A30
Internationale Vergleiche für ausgewählte Länder	
Entwicklung der Verbraucherpreise	A31
Reales Bruttoinlandsprodukt	A32
Industrieproduktion	A33
Arbeitslosenquote	A34
Fiskalindikatoren und Leistungsbilanzsalden	A35
Grafiken zu den Fiskalindikatoren	A36

Zinssätze im Euro-Währungsgebiet

in %

vom 4.1.1999 bis 16.9.2008

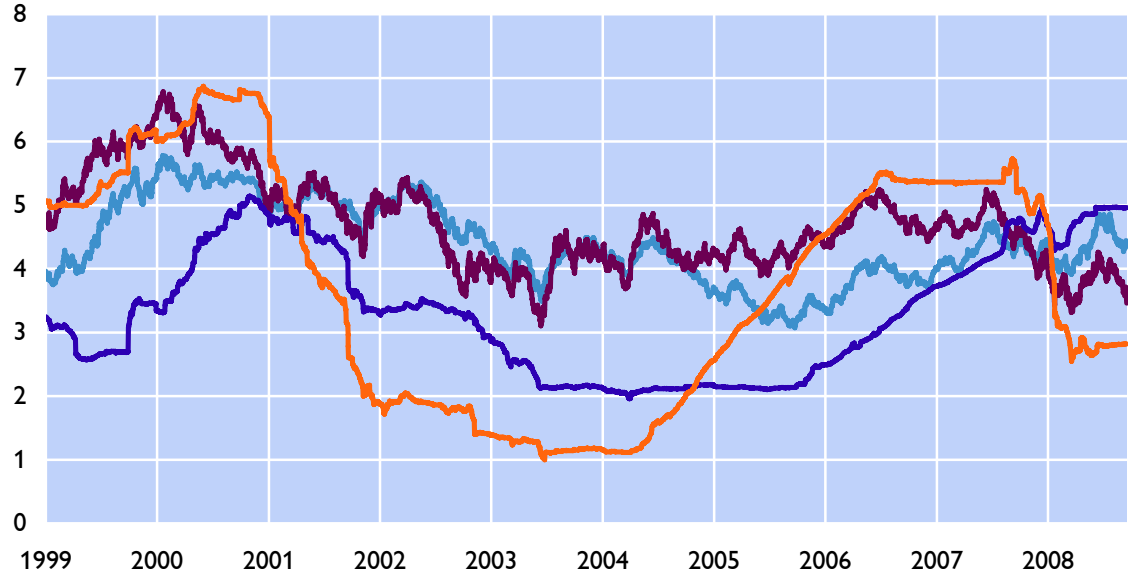


Spitzenrefinanzierungsfazilität
Einlagefazilität
EONIA
Marginaler Zuteilungssatz (Zinstender) des längerfristigen Refinanzierungsgeschäfts
Zuteilungssatz (Mengentender) bzw. Mindestbietungssatz (Zinstender) d. Hauptrefinanzierungsgeschäfts
Marginaler Zuteilungssatz (Zinstender) des Hauptrefinanzierungsgeschäfts

Quelle: EZB.

Zinsentwicklung im Euroraum und den USA

in %

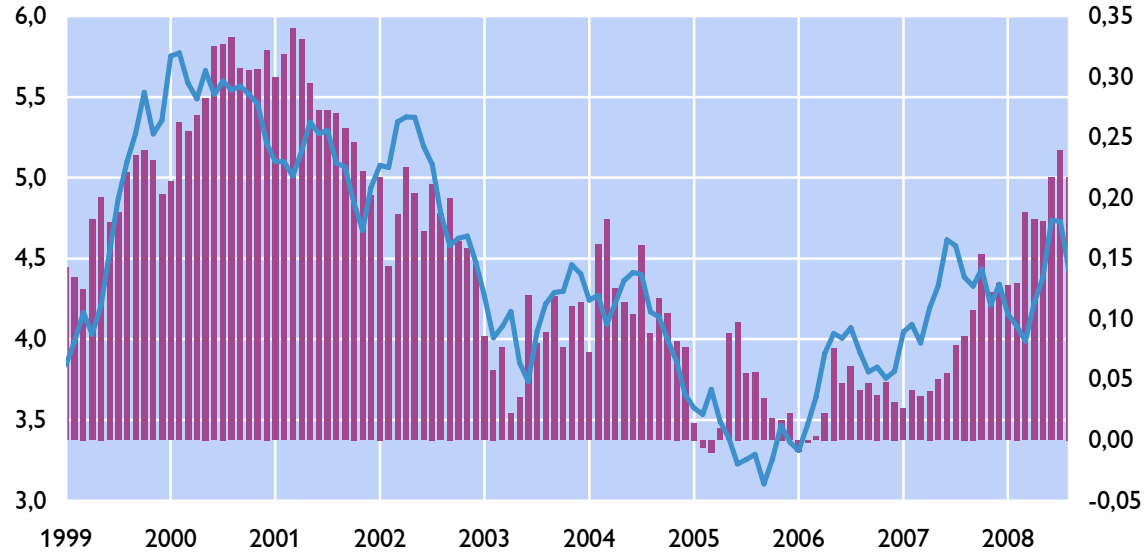


10-jährige EUR-Anleihen
10-jährige USD-Anleihen
Euro 3-Monat Interbankzinsen
USD 3-Monat Interbankzinsen

Quelle: Thomson Financial.

Österreich: Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe

Monatsdurchschnitte in % *in Prozentpunkten*

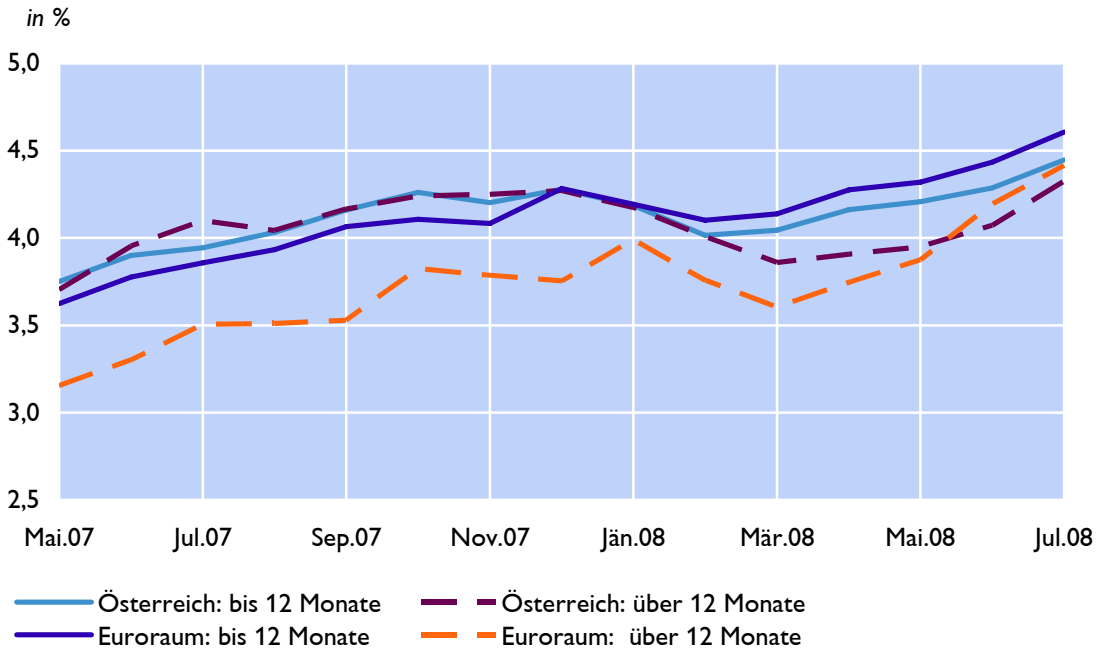


Abstand zu Deutschland (rechte Skala)
Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe (Benchmark) (linke Skala)

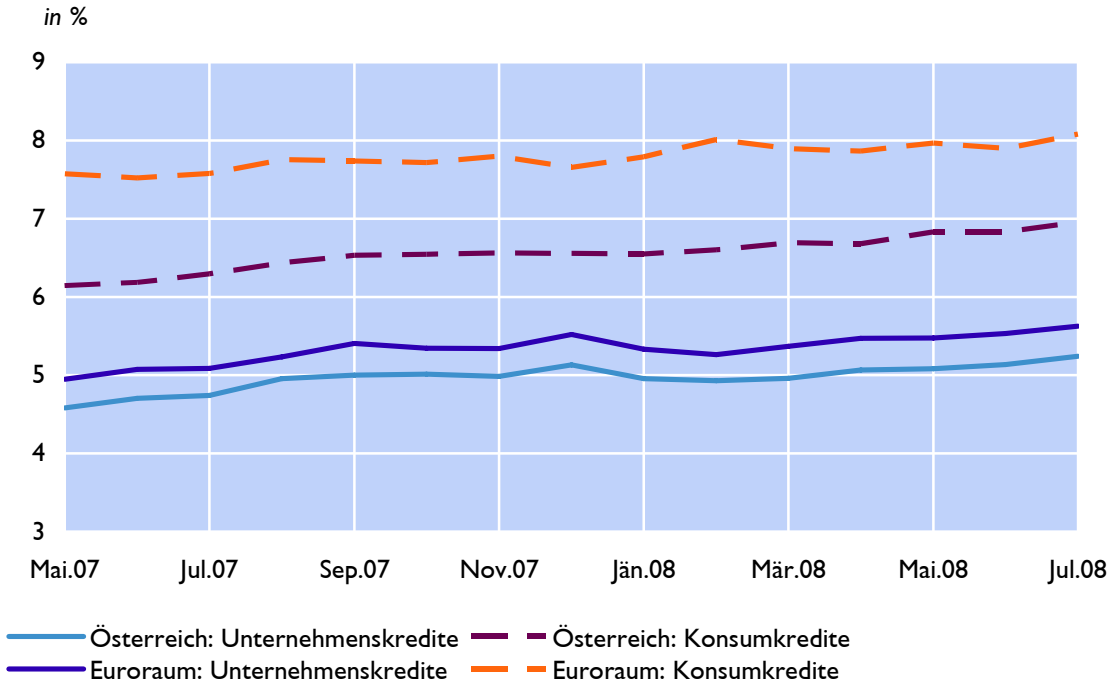
Quelle: OeNB, OeKB, BIZ.

Kundenzinsen im Euroraum und in Österreich - Neugeschäft

Einlagenzinsen - private Haushalte

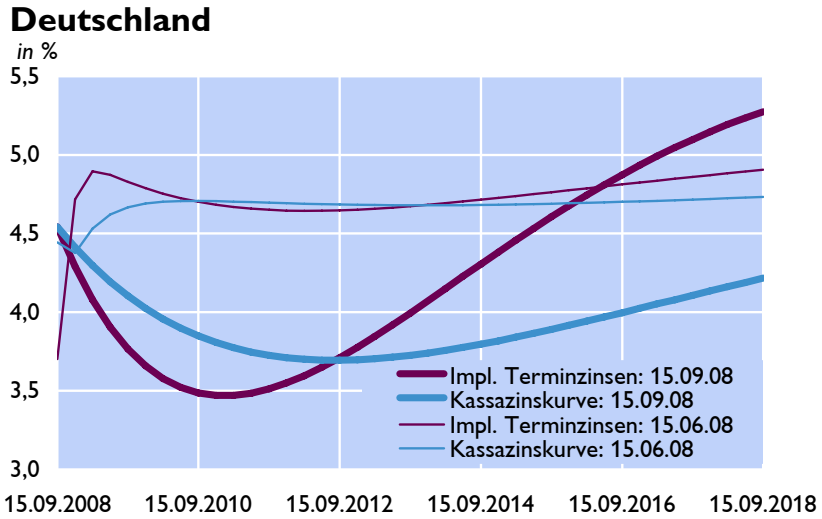


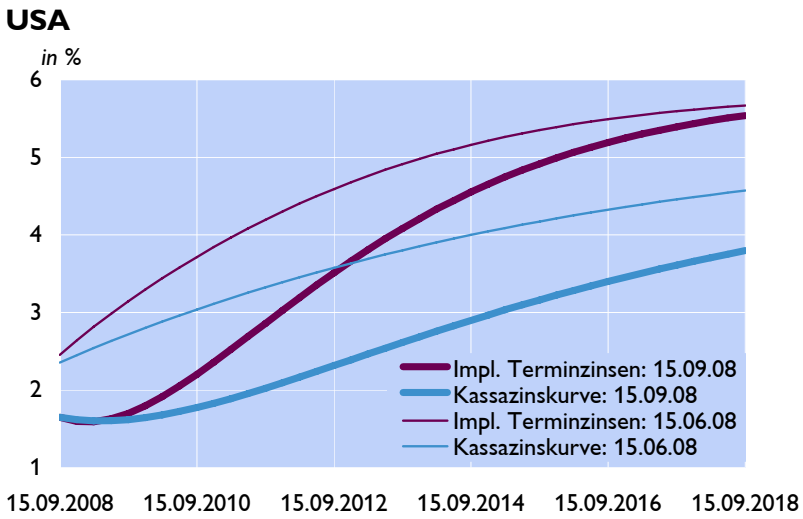
Kreditzinsen

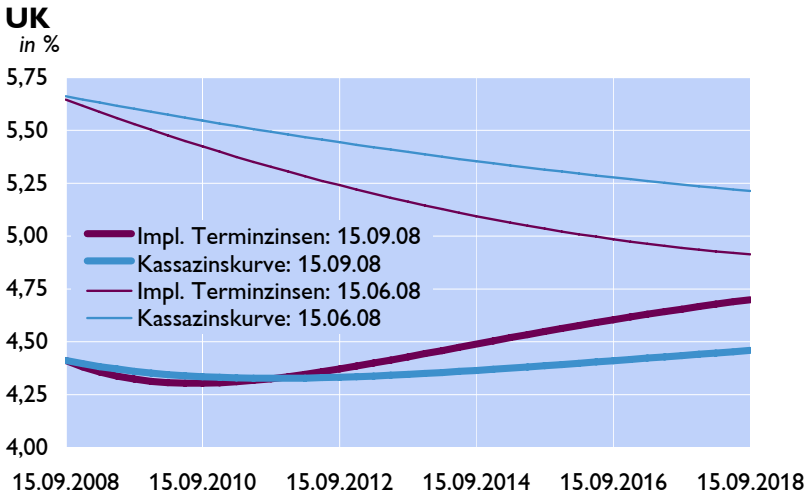


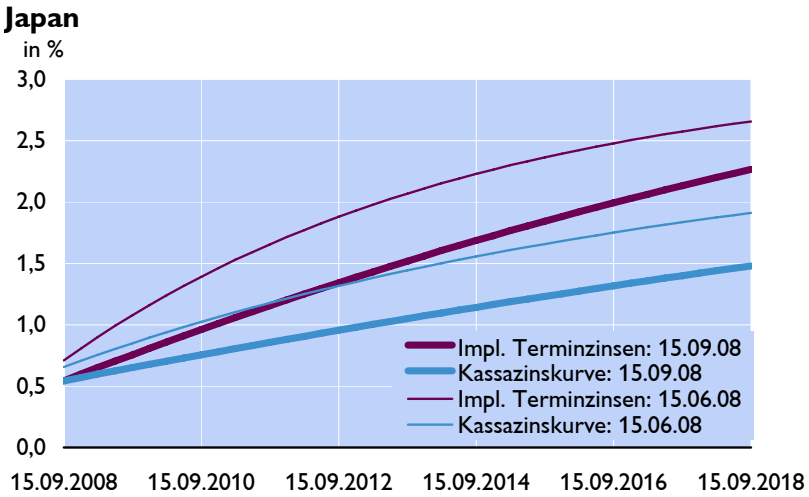
Quelle: OeNB, EZB.

3-Monatsvergleich der Zinsstruktur: 15. Juni 2008 mit 15. September 2008







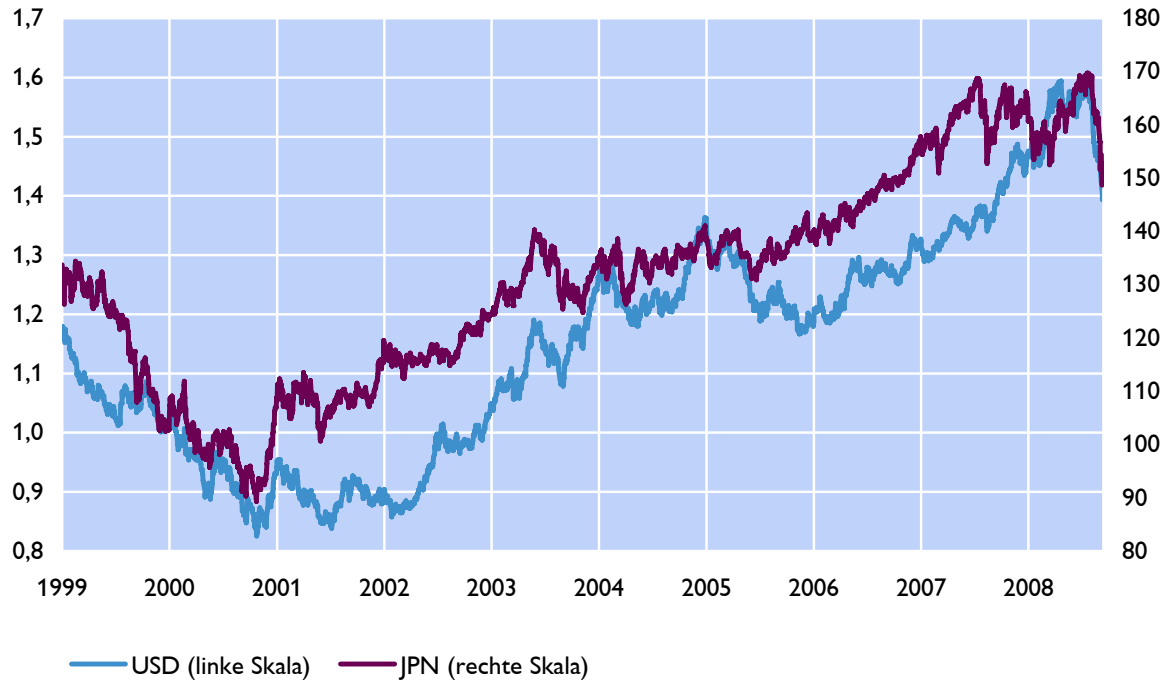


Quelle: OeNB.

Seite A4

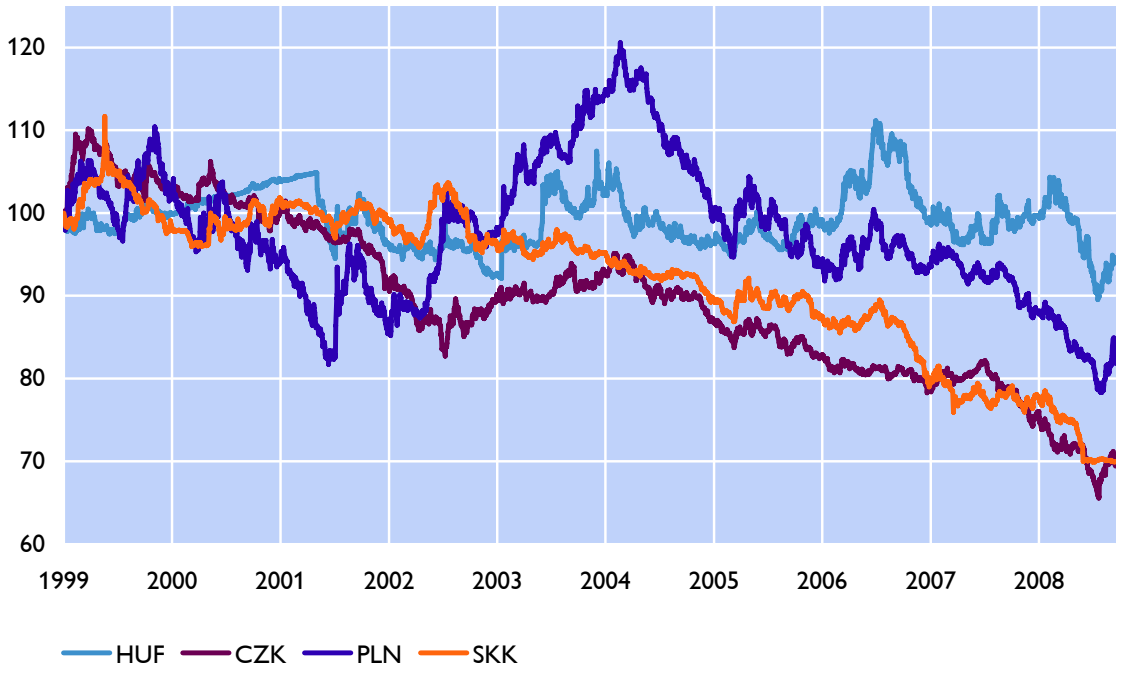
Wechselkursentwicklung

US-Dollar und japanischer Yen zum Euro



Ausgewählte Währungen zum Euro

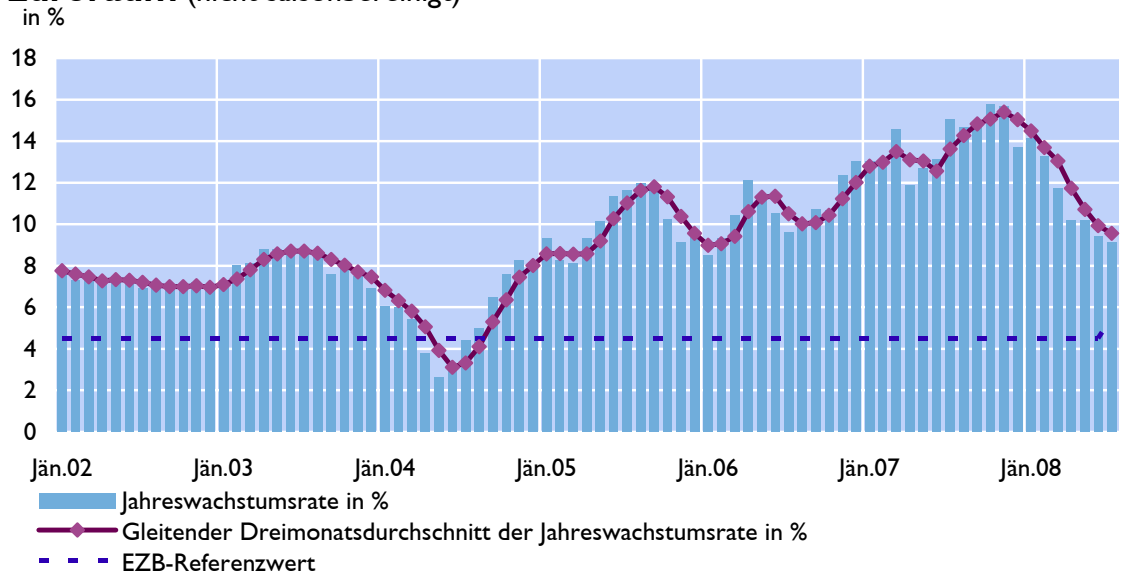
1.1.1999 = 100



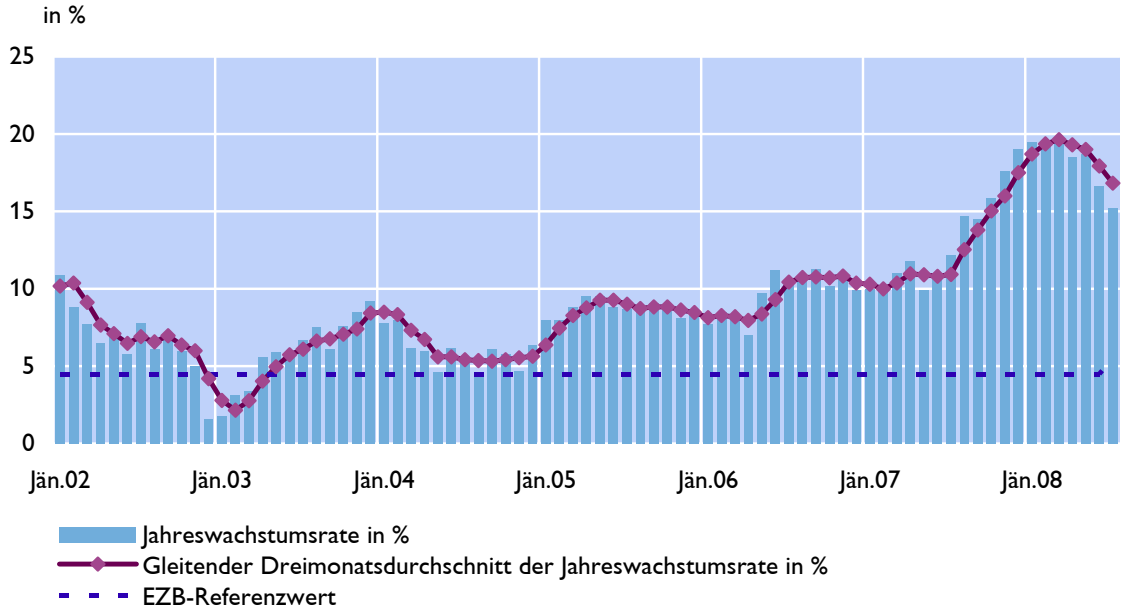
Quelle: Thomson Financial.

Entwicklung der Geldmenge M3

Euroraum (nicht saisonbereinigt)



Österreichischer Beitrag ohne Bargeldumlauf[1)] (nicht saisonbereinigt)

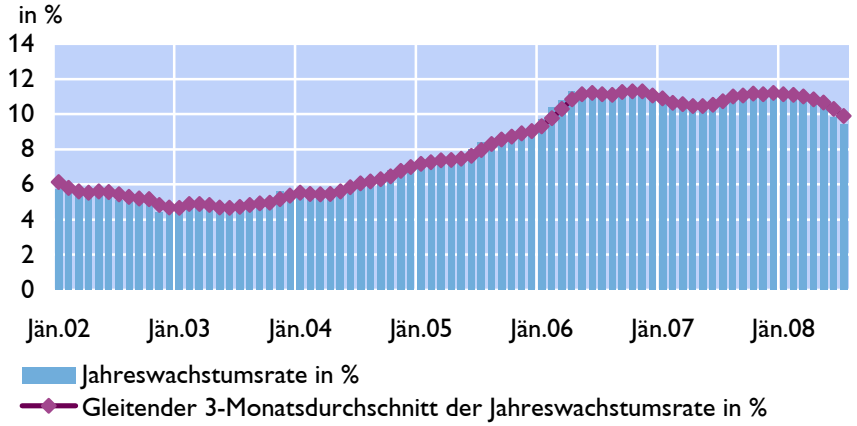


Quelle: OeNB, EZB.

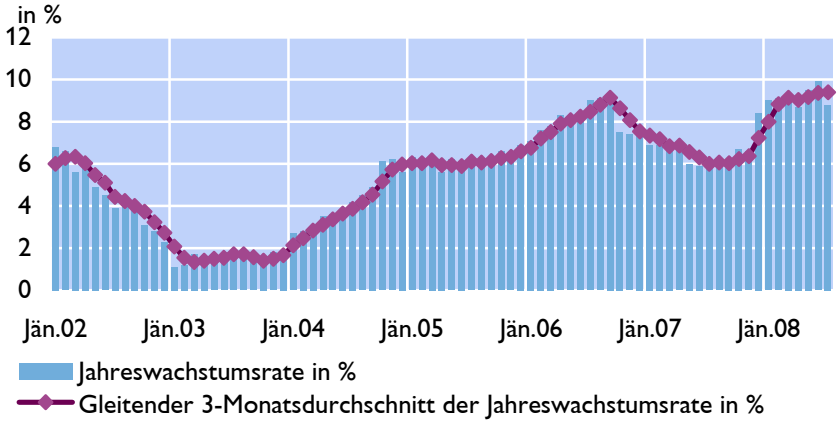
1) Gem. EZB-Beschluss (ECB/2001/18) wird seit 1.1.2002 mit Anwendung des Euro-Banknotenverteilungsschlüssels eine fiktive Größe für den nationalen Bargeldumlauf betrachtet, wodurch die Aussagekraft der nationalen M3-Beiträge verzerrt wird. Um Verzerrungseffekte auszublenden, wird ab Berichtstermin Jän. 2002 der österr. M3-Beitrag nur noch ohne Bargeldumlauf dargestellt.

Entwicklung der Ausleihungen

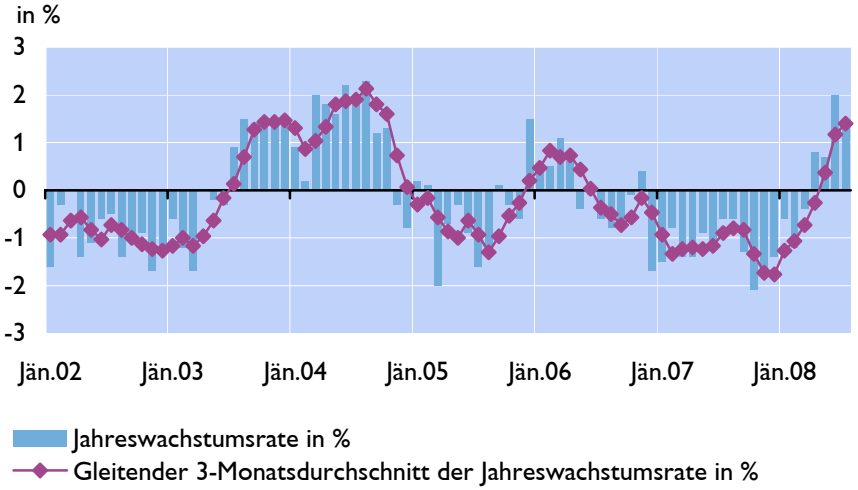
Ausleihungen an den privaten Sektor



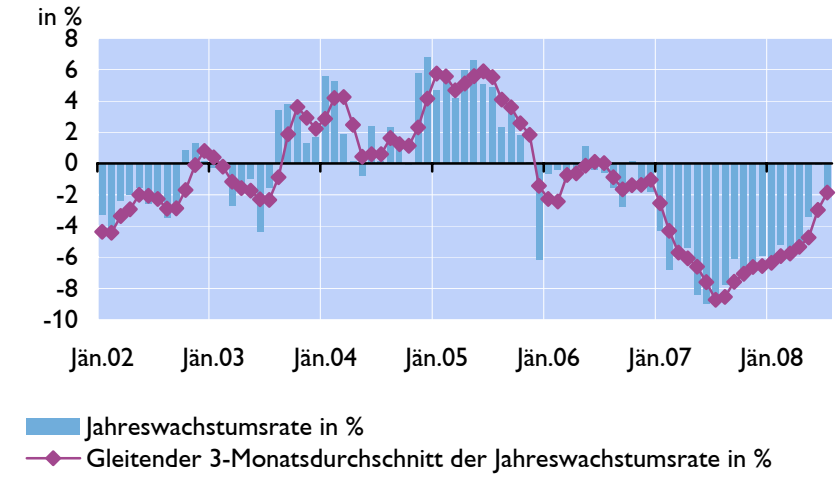
Ausleihungen an den privaten Sektor



Ausleihungen an die öffentliche Hand - Euroraum



Ausleihungen an die öffentliche Hand - Österreich

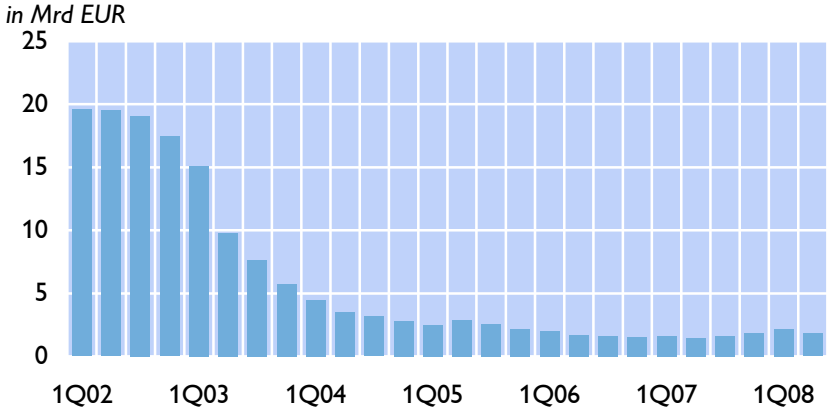


Quelle: OeNB, EZB.

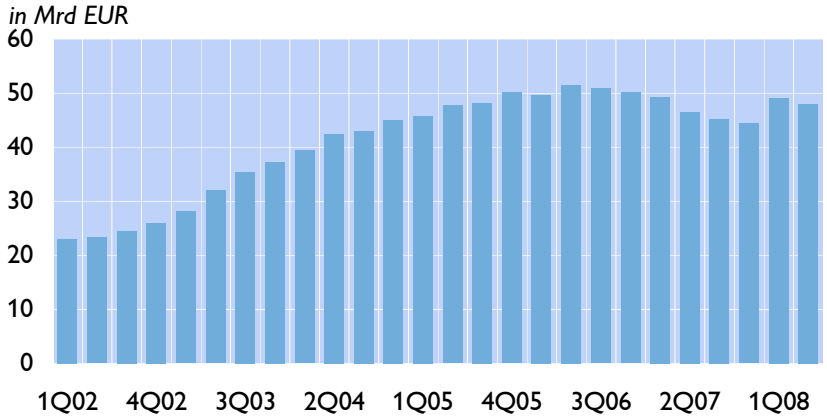
Seite A7

Fremdwährungsausleihungen

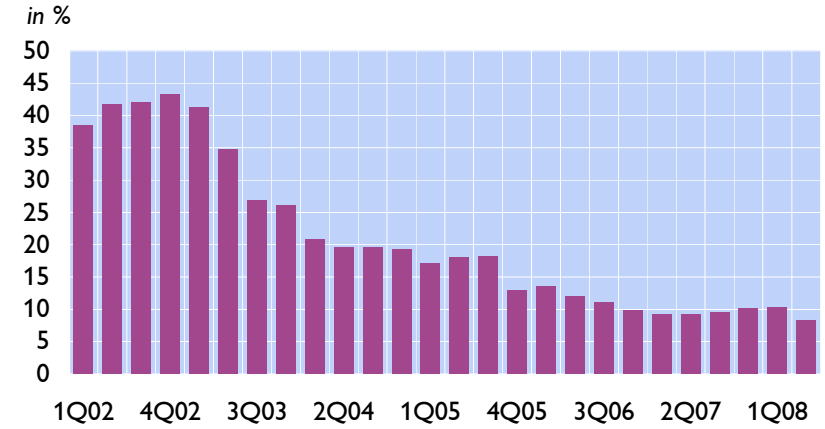
Ausleihungen in JPY an Nichtbanken



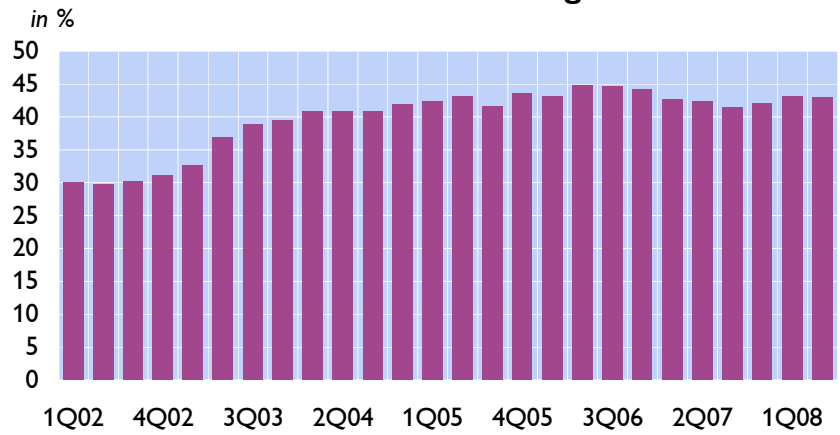
Ausleihungen in CHF an Nichtbanken



Anteile Österreichs an JPY Ausleihungen im Euroraum



Anteile Österreichs an CHF Ausleihungen im Euroraum



Quelle: OeNB, EZB.

Seite A8

HVPI nach COICOP[1)] - Verbrauchsgruppen und Sondergliederungen

Euroraum	Gewicht 2008	2006	2007	Apr.08	Mai.08	Jun.08	Jul.08	Aug.08
COICOP-Verbrauchsgruppen	*in %*	*Veränderung zum Vorjahr in %*						
0 Gesamt-HVPI	100,00	2,2	2,1	3,3	3,7	4,0	4,0	3,8
1 Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	15,79	2,3	2,7	6,0	6,4	6,4	6,7	6,2
2 Alkoholische Getränke und Tabak	3,72	2,7	3,4	3,2	3,4	3,4	3,7	3,3
3 Bekleidung und Schuhe	6,83	0,4	1,0	0,8	0,7	0,7	-0,5	0,4
4 Wohnung, Wasser, Strom, Gas, Brennstoffe	15,30	4,7	2,7	4,8	5,7	6,1	6,7	6,3
5 Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	7,01	1,0	1,7	2,2	2,0	2,0	2,0	2,1
6 Gesundheitspflege	4,05	1,4	1,7	1,6	1,6	1,7	1,6	2,0
7 Verkehr	15,64	3,2	2,4	4,8	5,9	7,1	7,2	6,3
8 Nachrichtenübermittlung	3,29	-3,2	-1,9	-1,6	-1,7	-1,9	-2,2	-2,5
9 Freizeit und Kultur	9,67	0,1	0,2	-0,4	0,1	0,1	0,2	0,5
10 Bildungswesen	1,06	2,9	7,8	3,6	3,7	3,7	3,7	3,0
11 Hotels, Cafes und Restaurants	9,28	2,6	3,2	3,2	3,3	3,5	3,5	3,6
12 Verschiedene Waren und Dienstleistungen	8,36	2,1	2,3	2,4	2,4	2,5	2,5	2,5
Ausgewählte Sondergruppen								
Lebensmittel inkl. Alkohol und Tabak	19,51	2,4	2,9	5,4	5,8	5,8	6,1	5,6
Unbearbeitete Lebensmittel	7,60	2,8	3,0	3,1	3,9	4,0	4,4	3,7
Flüss. Treib-u.Schmierstoffe f. priv. Verkehrsm.	5,47	6,8	1,8	15,4	20,0	24,0	23,9	18,6
Güter	59,10	2,3	1,9	4,0	4,5	5,0	5,1	4,6
Industriegüter	39,59	2,3	1,4	3,2	3,9	4,5	4,6	4,2
Industrielle nichtenergetische Güter	29,77	0,6	1,0	0,8	0,7	0,8	0,5	0,7
Energie	9,81	7,7	2,6	10,8	13,7	16,1	17,1	14,6
Dienstleistungen	40,90	2,0	2,5	2,3	2,5	2,5	2,6	2,7
Gesamtindex ohne Energie	90,19	1,6	2,1	2,5	2,6	2,7	2,6	2,7
Gesamtindex o. Energie u. unb. Lebensmittel	82,58	1,5	2,0	2,4	2,5	2,5	2,5	2,6

Österreich	Gewicht 2008	2006	2007	Apr.08	Mai.08	Jun.08	Jul.08	Aug.08
COICOP-Verbrauchsgruppen	*in %*	*Veränderung zum Vorjahr in %*						
0 Gesamt-HVPI	100,00	1,7	2,2	3,4	3,7	4,0	3,8	3,6
1 Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	12,90	1,5	4,2	7,1	7,3	6,9	7,1	6,5
2 Alkoholische Getränke und Tabak	2,96	0,4	2,3	5,2	5,3	4,3	4,9	4,7
3 Bekleidung und Schuhe	5,67	-0,2	2,2	0,8	0,8	0,0	1,4	0,0
4 Wohnung, Wasser, Strom, Gas, Brennstoffe	14,25	5,4	4,3	2,0	2,5	3,2	3,4	2,9
5 Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	7,89	0,6	1,2	2,9	2,2	2,7	2,2	2,4
6 Gesundheitspflege	5,22	1,2	2,0	1,4	2,2	2,0	2,3	2,3
7 Verkehr	15,10	2,9	0,4	7,7	9,6	10,4	8,3	8,0
8 Nachrichtenübermittlung	2,16	-4,5	4,5	-7,9	-8,8	-8,1	-7,9	-9,5
9 Freizeit und Kultur	11,58	-2,0	0,2	0,0	0,5	0,7	0,3	1,0
10 Bildungswesen	1,02	7,2	1,9	2,6	2,4	2,3	2,3	2,3
11 Hotels, Cafes und Restaurants	14,59	1,8	2,2	3,5	3,3	4,0	3,9	3,7
12 Verschiedene Waren und Dienstleistungen	6,66	2,4	2,4	3,7	3,9	4,0	3,7	3,6
Ausgewählte Sondergruppen								
Lebensmittel inkl. Alkohol und Tabak	15,86	1,3	3,8	6,7	6,9	6,3	6,7	6,1
Unbearbeitete Lebensmittel	5,38	1,2	3,9	3,6	4,0	3,9	4,8	4,3
Flüss. Treib-u.Schmierstoffe f. priv. Verkehrsm.	5,30	7,3	1,4	24,9	29,4	35,7	29,2	24,9
Güter	53,47	1,6	2,4	5,0	5,1	5,7	5,4	4,9
Industriegüter	37,61	1,7	1,9	4,2	4,4	5,4	4,9	4,4
Industrielle nichtenergetische Güter	28,64	0,4	1,3	1,5	0,9	1,1	1,2	1,3
Energie	8,97	6,3	4,0	13,6	16,4	20,0	16,9	14,5
Dienstleistungen	46,53	1,8	1,9	1,6	2,2	2,2	2,0	2,1
Gesamtindex ohne Energie	91,03	1,3	2,0	2,4	2,6	2,6	2,6	2,5
Gesamtindex o. Energie u. unb. Lebensmittel	85,65	1,3	1,9	2,4	2,5	2,5	2,4	2,4

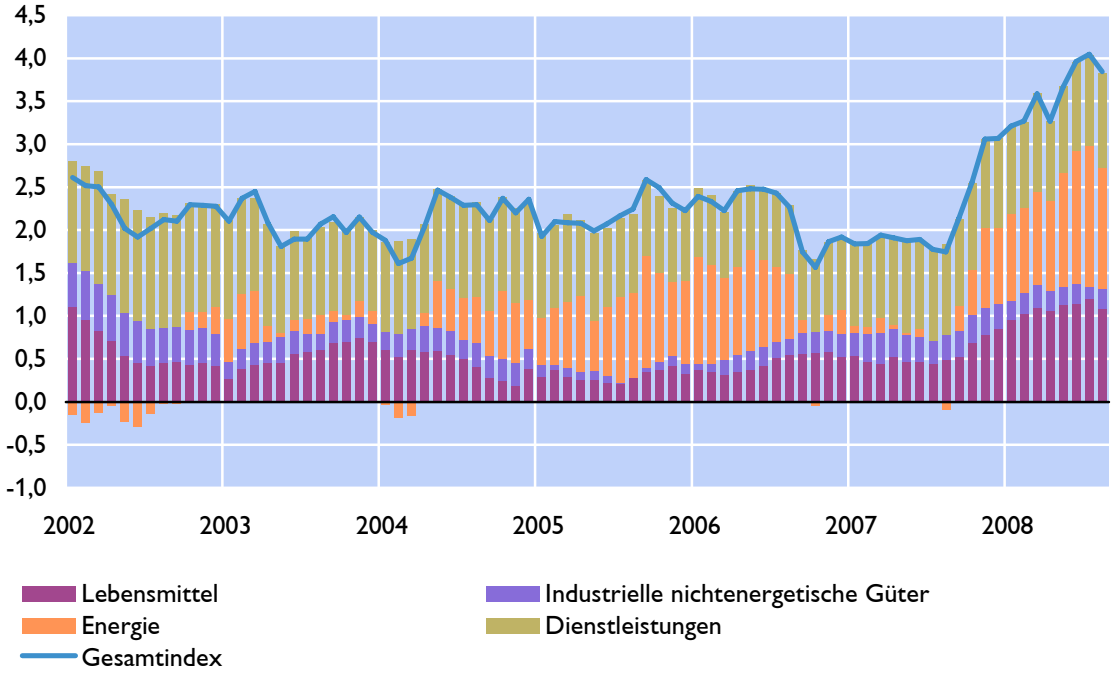
Quelle: Statistik Austria, Eurostat.

1) Classification of individual consumption of purposes.

Komponenten des Harmonisierten Verbraucherpreisindex

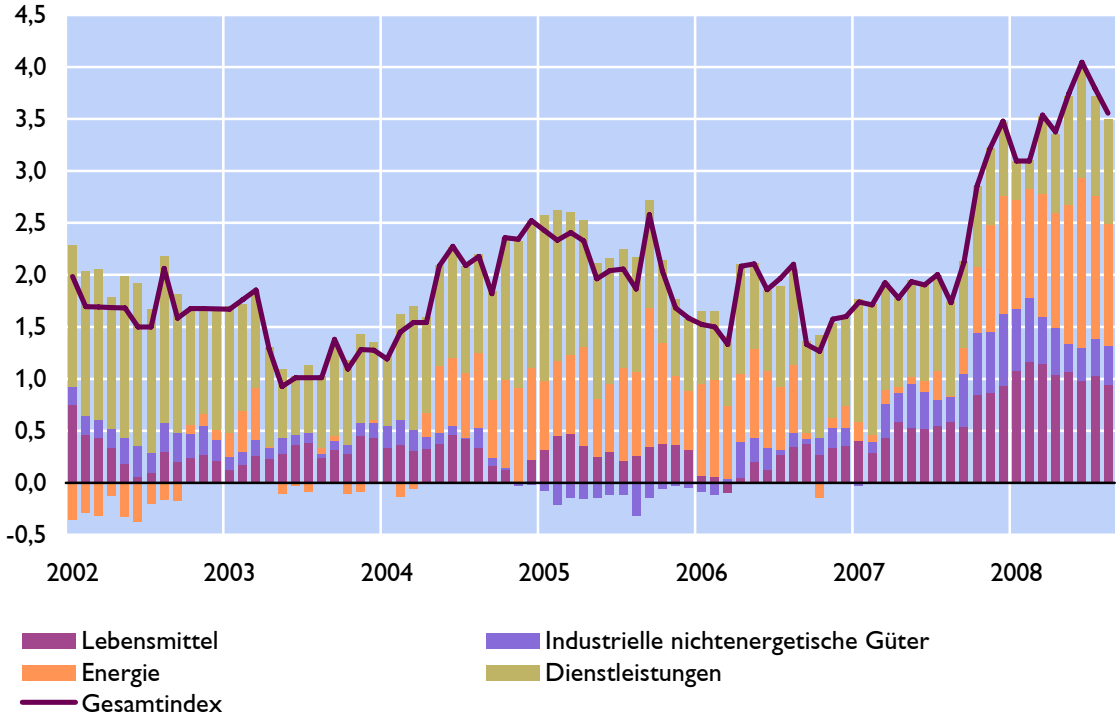
Euroraum: Inflationsrate und Beiträge zur Inflation

in Prozentpunkten



Österreich: Inflationsrate und Beiträge zur Inflation

in Prozentpunkten



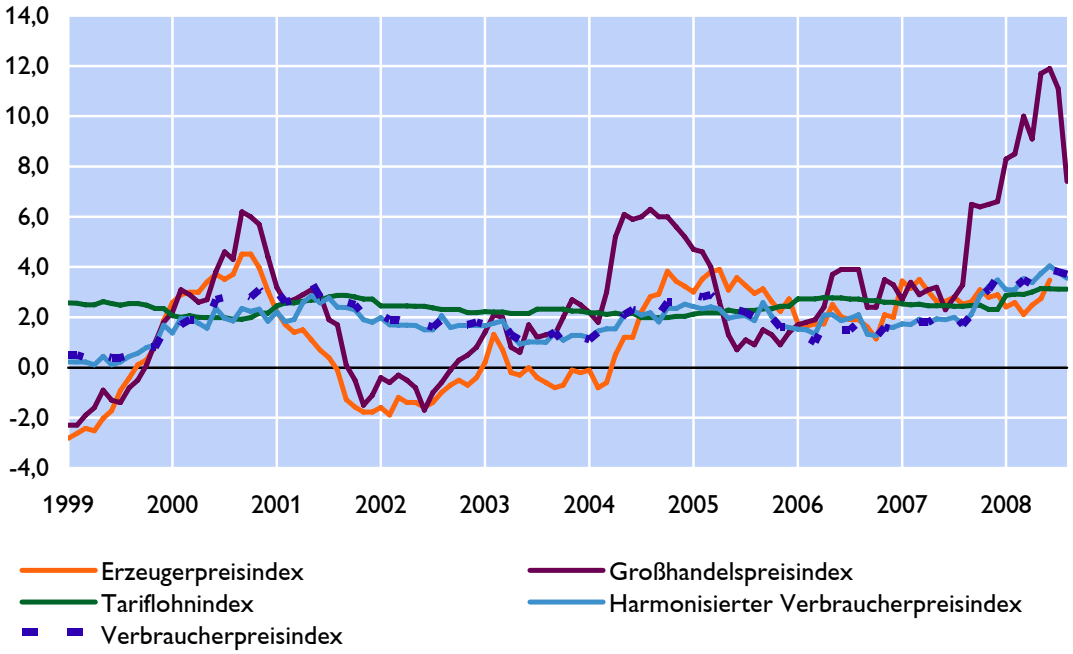
Quelle: Eurostat, Statistik Austria, OeNB.

Ausgewählte Inflationsindikatoren für Österreich

Periode	Erzeuger-preisindex (EPI)	Großhandels-preisindex (GHPI)	Verbraucher-preisindex (VPI)	Harmonisierter Verbraucher-preisindex (HVPI)	Tariflohn-index (TLI)
	Veränderung zum Vorjahr in %				
2004	1,6	5,0	2,1	2,0	2,1
2005	3,2	2,0	2,3	2,1	2,3
2006	1,8	2,9	1,5	1,7	2,7
2007	2,9	4,1	2,2	2,2	2,4
2008 1)	x	x	x	3,1	x
2009 1)	x	x	x	2,4	x
2010 1)	x	x	x	1,9	x
Aug.07	2,5	3,3	1,7	1,7	2,4
Sep.07	2,6	6,5	2,1	2,1	2,5
Okt.07	3,1	6,4	2,8	2,9	2,5
Nov.07	2,8	6,5	3,1	3,2	2,3
Dez.07	2,9	6,6	3,6	3,5	2,3
Jän.08	2,4	8,3	3,2	3,1	2,9
Feb.08	2,6	8,5	3,2	3,1	2,9
Mär.08	2,1	10,0	3,5	3,5	2,9
Apr.08	2,5	9,1	3,3	3,4	3,0
Mai.08	2,7	11,7	3,7	3,7	3,2
Jun.08	3,5	11,9	3,9	4,0	3,1
Jul.08	..	11,1	3,8	3,8	3,1
Aug.08	..	7,4	3,7	3,6	3,1

Inflationsindikatoren für Österreich

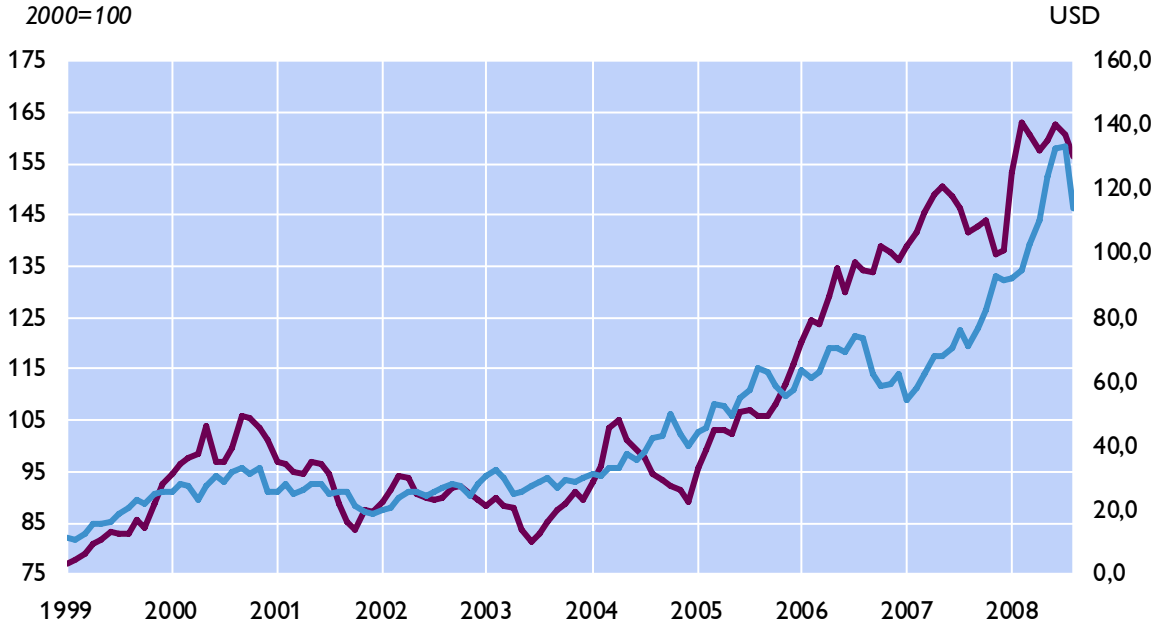
Veränderung zum Vorjahr in %



Quelle: Statistik Austria.

1) Prognose der OeNB vom Juni 2008.

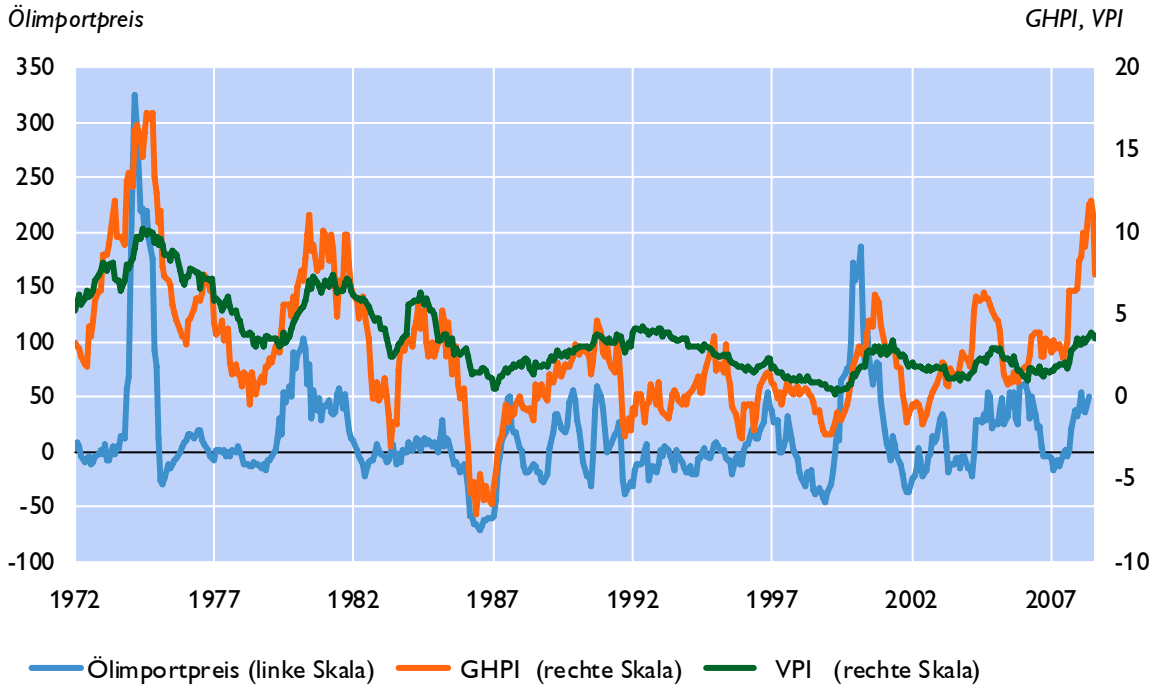
Preisentwicklung bei Rohstoffen



Quelle: HWWA, Thomson Financial.

Ölimportpreis- und Inflationsentwicklung in Österreich

Veränderung zum Vorjahr in %



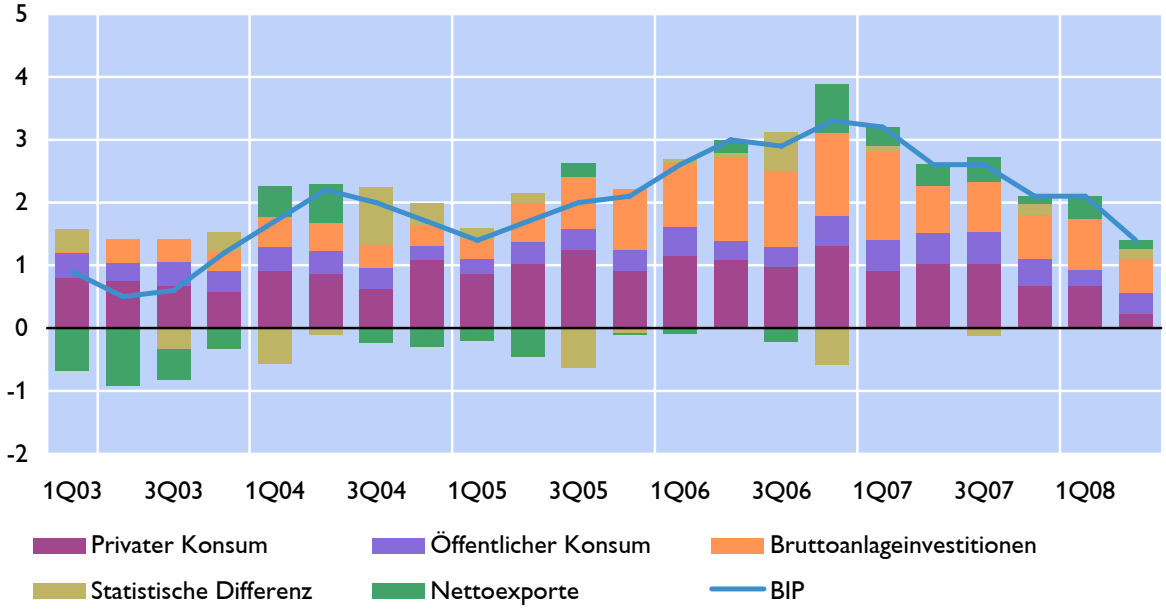
Quelle: Statistik Austria, WIFO.

Entwicklung volkswirtschaftlicher Aggregate im Euroraum

Periode	BIP	Konsum-ausgaben	Bruttoanlage-investitionen	Exporte i.w.S.	Importe i.w.S.
	Veränderung zum Vorjahr in % (real)				
2000	3,9	2,9	4,9	12,7	11,6
2001	1,9	2,0	0,5	3,9	2,1
2002	0,9	1,3	-1,4	1,8	0,4
2003	0,8	1,4	1,4	1,2	3,2
2004	2,1	1,6	2,3	7,3	7,1
2005	1,7	1,7	3,2	4,9	5,6
2006	2,8	1,9	5,6	8,0	7,8
2007	2,6	1,8	4,3	6,1	5,5
2008 1)	1,7	1,5	2,0	4,4	4,3
2009 1)	1,5	1,6	1,2	4,0	3,9
2Q06	3,0	1,8	6,5	8,2	8,0
3Q06	2,9	1,7	5,7	6,5	7,3
4Q06	3,3	2,3	6,3	9,1	7,3
1Q07	3,2	1,8	6,7	6,8	6,2
2Q07	2,6	1,9	3,5	6,1	5,4
3Q07	2,6	2,0	3,7	7,3	6,5
4Q07	2,1	1,5	3,2	4,1	4,0
1Q08	2,1	1,3	3,7	5,4	4,7
2Q08	1,4	0,7	2,4	3,6	3,4

Wachstumsbeiträge zum realen BIP im Euroraum

Beitrag zum saisonbereinigten BIP-Wachstum in Prozentpunkten



Quelle: Eurostat, OeNB.

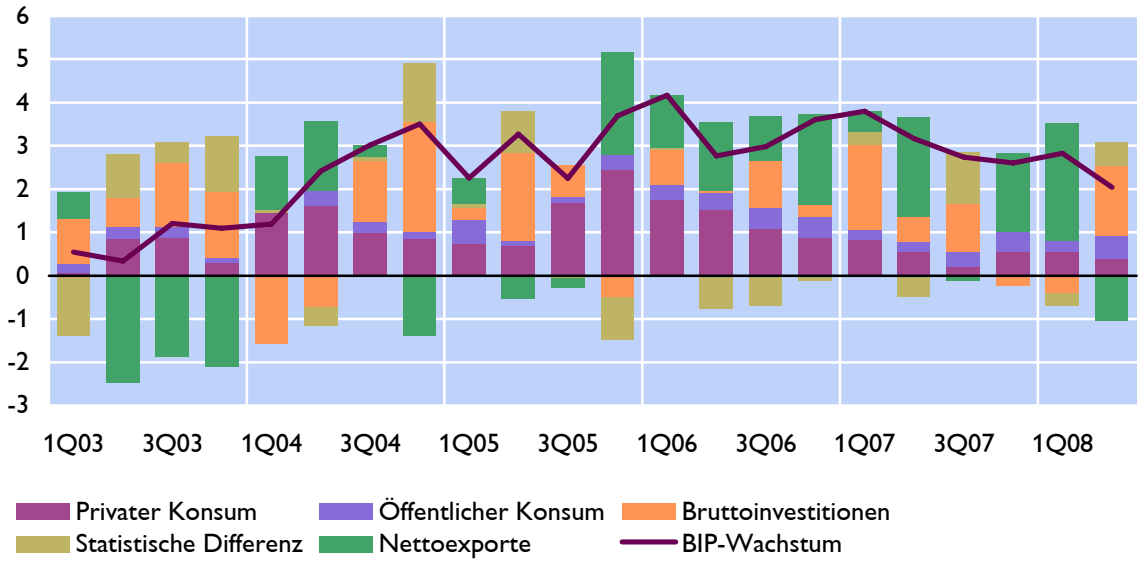
1) Prognose EU-Kommission vom Frühjahr 2008.

Entwicklung volkswirtschaftlicher Aggregate in Österreich

Periode	BIP	Konsum-ausgaben	Brutto-investitionen	Exporte i.w.S.	Importe i.w.S.
	Veränderung zum Vorjahr in % (real - auf Basis von Vorjahrespreisen, nicht saisonbereinigt)				
2000	3,7	2,1	2,1	13,4	10,6
2001	0,5	0,8	-2,1	6,2	5,6
2002	1,6	1,0	-5,4	3,9	-0,4
2003	0,8	1,0	5,3	1,5	4,5
2004	2,5	1,9	1,9	10,1	9,8
2005	2,9	2,3	2,7	7,0	6,3
2006	3,4	2,4	2,4	7,5	5,1
2007	3,1	1,2	3,6	8,8	7,5
2008 1)	2,2	1,5	0,8	6,4	5,2
2009 1)	1,7	1,5	0,9	4,3	4,4
2010 1)	2,4	1,8	2,7	6,2	0,1
2Q06	2,8	2,7	0,1	6,7	4,0
3Q06	3,0	2,2	4,2	5,9	4,2
4Q06	3,6	1,8	1,1	9,7	6,4
1Q07	3,8	1,5	10,6	9,4	10,1
2Q07	3,2	1,1	2,3	9,0	5,3
3Q07	2,7	0,8	4,2	8,2	8,8
4Q07	2,6	1,4	-1,1	8,5	6,0
1Q08	2,8	1,1	-2,0	5,9	1,9
2Q08	2,0	1,3	6,6	3,5	5,7

Wachstumsbeiträge zum realen BIP in Österreich

in Prozentpunkten



Quelle: WIFO (Quartale), Statistik Austria (Jahre), OeNB.

1) OeNB-Prognose vom Juni 2008 - erstellt auf Basis saison- und arbeitstägig bereinigter Daten.

Prognose der wichtigsten Wirtschaftsindikatoren für den Euroraum

Indikatoren	Eurosystem[1)] Juni 2008		OECD[2)] Juni 2008		IWF[3)] April 2008		EU-Kommission[4)] April 2008	
	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009
Hauptergebnisse								
BIP, real	1,5-2,7	1,0-2,0	1,3	1,4	1,4	1,2	1,7	1,5
Privater Konsum, real	1,1-1,5	0,9-2,1	1,3	1,6	1,4	1,2	1,4	1,5
Öffentlicher Konsum, real	1,3-2,3	1,2-2,2	1,7	1,7	1,9	1,9	1,9	1,7
Bruttoanlageinvestitionen, real	1,3-3,5	-0,4 bis 2,8	3,4	1,3	1,8	1,0	2,0	1,2
Exporte, real	3,5-6,3	2,4-5,6	x	x	4,4	4,8	4,4	4,0
Importe, real	2,9-6,3	2,2-5,6	x	x	4,6	4,9	4,3	3,9
BIP Deflator	x	x	2,4	2,2	2,2	1,7	2,2	2,1
HVPI	3,2-3,6	1,8-3,0	3,4	2,4	2,8	1,9	3,2	2,2
Lohnstückkosten	x	x	2,6	2,3	0,7	0,5	1,8	1,5
Beschäftigte	x	x	1,0	0,4	0,8	..	0,9	0,5
Arbeitslosenquote	x	x	7,2	7,4	7,3	7,4	7,2	7,3
Leistungsbilanz	x	x	0,1	0,0	-0,7	-0,9	-0,1	-0,1
Öffentliches Defizit	x	x	-1,1	-1,2	-1,1	-1,1	-1,1	-0,1
Erdölpreis in USD/Barrel	113,3	117,7	130,0	120,0	95,5	94,5	78,8	76,0
Kurzfristiger Zinssatz in %	4,9	4,3	4,5	4,1	4,0	3,6	4,3	3,8
USD/EUR	1,54	1,54	1,56	1,56	1,47	1,48	1,55	1,57
BIP, real USA	x	x	1,8	1,1	0,5	0,6	1,7	2,6
BIP, real Welt (OECD: Wachstum von Gesamt OECD)	x	x	1,8	1,7	3,7	3,8	4,7	4,8
Welthandel (EU-Kommission: Weltimporte)	x	x	6,3	6,6	5,6	5,8	7,2	7,6

1) Die von Experten der EZB erstellten Projektionen (März und September) ergänzen die gesamtwirtschaftlichen Projektionen des Eurosystems, die halbjährlich (Juni und Dezember) von Experten der EZB und der nationalen Zentralbanken des Euro-Währungsgebietes gemeinsam erarbeitet werden. Bandbreiten basieren auf dem Durchschnitt der absoluten Abweichungen von früheren Projektionen. Laut "Zwischenprognose" der EZB vom Sept. 2008 wird das BIP-Wachstum 2008 zwischen 1,1% - 1,7% und für 2009 zwischen 0,6% - 1,8% liegen. Die Inflation wird für 2008 auf 3,4% - 3,6% und für 2009 auf 2,3% - 2,9% geschätzt.

2) OECD: Korrigiertes BIP-Wachstum für das Jahr 2008 vom 2.9.2008 für den Euroraum und für die USA.

3) Laut "Zwischenprognose" des IWF vom Juli 2008 wird das BIP im Euroraum 2008 um 1,7% gegenüber 2007 (2009 bleibt bei 1,2%) und in den USA um 1,3% bzw 0,8% wachsen.

4) Laut "Zwischenprognose" der EK (Sept. 2008) wird das BIP-Wachstum 2008 1,3% betragen und die Inflation 3,6%.

Prognose der wichtigsten Wirtschaftsindikatoren für Österreich

Indikator	OeNB Juni 2008			WIFO Juni 2008		IHS Juni 2008		OECD Mai 2008		IWF [3] April/Juni 2008		EU-Kommission April 2008	
	2008	2009	2010	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009
Hauptergebnisse	*Veränderung zum Vorjahr in %*												
BIP, real	2,2	1,7	2,4	2,3	1,4	2,2	1,9	2,3	1,7	2,1	1,7	2,2	1,8
Privater Konsum, real	1,0	1,5	1,9	1,1	1,2	1,4	1,5	1,1	1,5	x	x	1,4	1,5
Öffentlicher Konsum, real	3,0	1,4	1,5	2,5	1,0	3,0	0,0	2,6	2,9	x	x	3,3	0,4
Bruttoanlageinvestitionen, real[1]	1,5	1,4	2,6	2,4	1,0	2,5	2,1	2,0	1,8	2,2	2,5	2,4	2,1
Exporte, real	6,4	4,3	6,2	5,0	4,5	5,8	5,1	6,5	6,2	5,4	5,0	6,0	5,7
Importe, real	5,2	4,4	6,1	4,6	4,3	6,0	4,7	4,8	7,1	5,2	5,1	5,9	5,5
BIP je Erwerbstätigen	0,8	1,0	1,6	0,9	1,0	-0,2	1,0	x	x	x	x	1,9	1,5
BIP Deflator	2,8	2,3	2,1	2,7	2,3	2,5	2,0	2,4	1,7	2,6	1,9	2,8	1,8
VPI	x	x	x	3,5	2,7	3,2	2,3	x	x	2,9	2,0	x	x
HVPI	3,1	2,4	1,9	3,5	2,8	x	x	3,1	2,2	x	x	3,0	1,9
Lohnstückkosten	2,2	1,9	1,0	2,6	2,5	x	x	x	x	0,7	0,5	-0,9	-0,3
Beschäftigte	1,5	0,7	0,8	2,1	0,5	2,4	0,8	x	x	x	x	0,9	0,5
	in %												
Arbeitslosenquote[2]	4,2	4,4	4,4	4,2	4,4	4,2	4,3	4,8	4,8	4,3	4,4	4,2	4,3
	in % des nominellen BIP												
Leistungsbilanz	3,6	4,0	4,5	2,8	2,6	x	x	3,5	3,2	3,4	3,0	5,0	5,2
Finanzierungssaldo des Staates	-0,6	-0,5	-0,5	-0,6	-0,7	-0,6	-0,4	-0,7	-0,8	-0,7	-0,7	-0,7	-0,6
Erdölpreis in USD/Barrel	113,3	117,7	115,6	120,0	130,0	117,0	117,0	120,0	120,0	95,5	94,5	101,2	100,0
Kurzfristiger Zinssatz in %	4,9	4,3	4,2	4,8	4,8	4,9	4,8	4,5	4,1	4,0	3,6	4,3	3,8
USD/EUR	1,54	1,54	1,54	1,56	1,60	1,53	1,45	1,56	1,56	1,47	1,48	1,55	1,57
	Veränderung zum Vorjahr in %												
BIP, real Euroraum[4][5]	x	x	x	1,7	1,1	1,8	1,5	1,3	1,4	1,7	1,2	1,3	1,5
BIP, real USA[4]	1,0	1,2	2,6	1,4	1,4	1,5	1,8	1,8	1,1	1,3	0,8	0,9	0,7
BIP, real Welt	3,6	3,6	4,1	4,0	3,5	x	x	x	x	3,7	3,8	3,8	3,6
Welthandel	5,3	5,7	7,0	6,3	6,1	5,0	5,5	6,3	6,6	5,6	5,8	6,0	5,6

Quelle: OeNB, WIFO, IHS, Europäische Kommission, IWF, OECD

1) IHS: Bruttoinvestitionen. - 2) Eurostat-Definition; OECD: Definition der OECD.- 3) Österreichdaten lt. Artikel IV Konsultation vom Juni 2008.

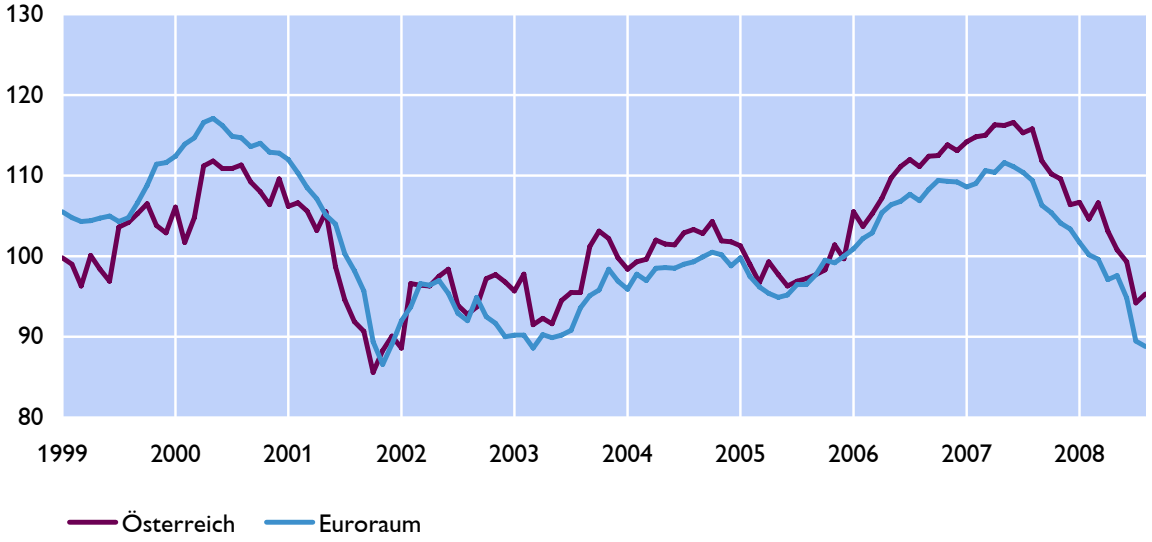
4) OECD: Korrigiertes Wachstum für das Jahr 2008 vom 2.9.2008; IWF: Korrigiertes Wachstum für 2008 und 2009 vom 17.7.2008.

5) EU-Kommission: Korrigiertes Wachstum für das Jahr 2008 vom 10.9.2008.

Vertrauensindikatoren für den Euroraum und Österreich (I)

Economic Sentiment Indicator

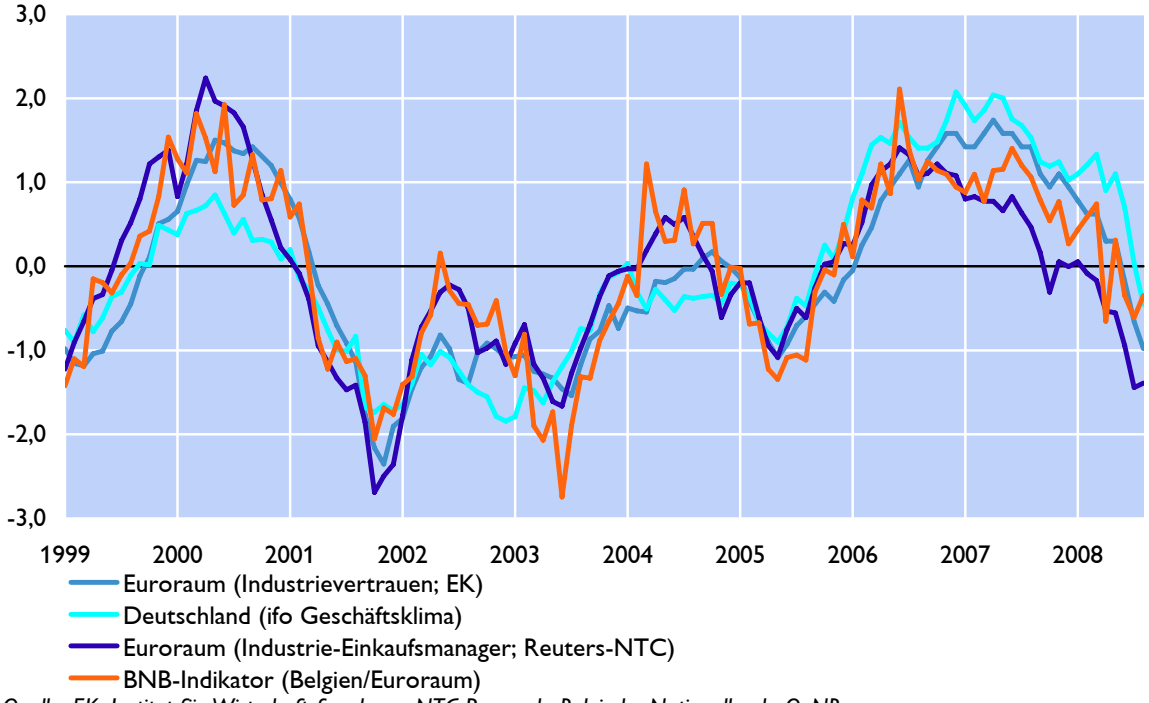
1995=100



Quelle: Europäische Kommission.

Geschäftsklima - Indikatoren

Abweichung vom Mittelwert des Indikators relativ zur Standardabweichung

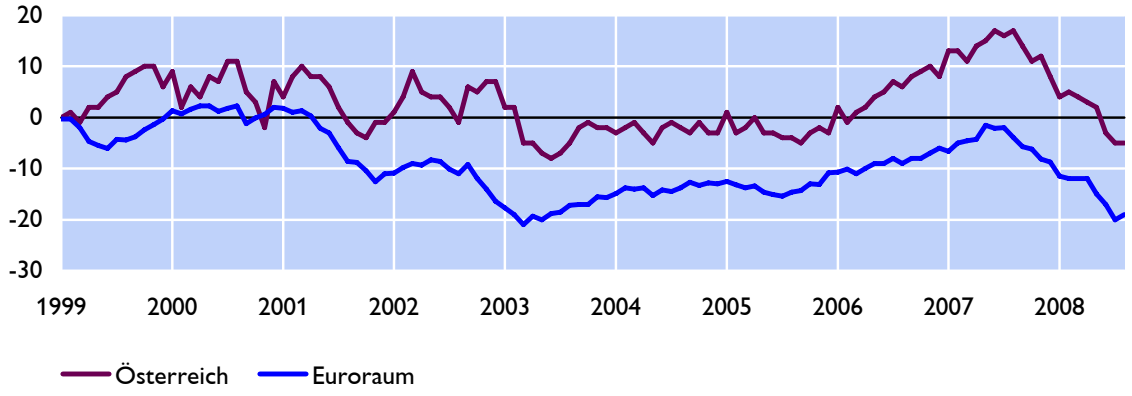


Quelle: EK, Institut für Wirtschaftsforschung, NTC Research, Belgische Nationalbank, OeNB.

Vertrauensindikatoren für den Euroraum und Österreich (II)

Konsumentenvertrauen

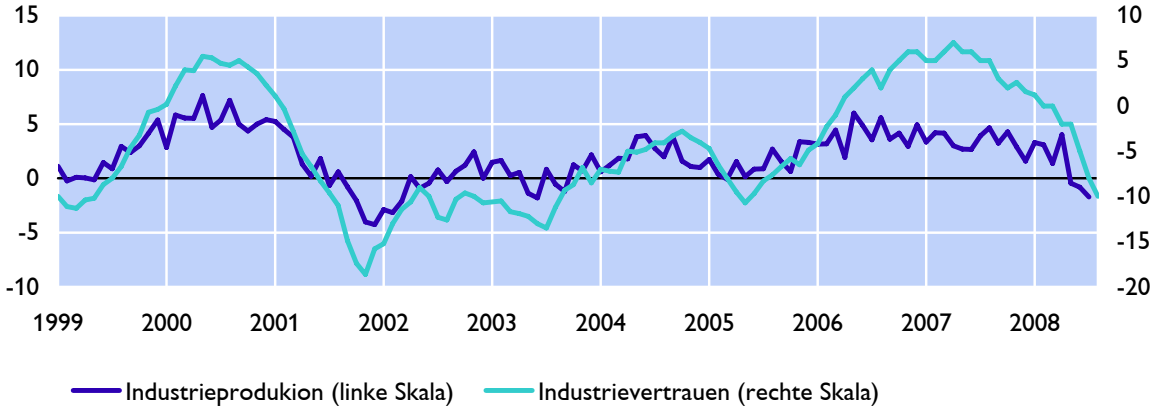
Saldo aus positiven und negativen Antworten



Indikatoren der Industrie im Euroraum

Veränderung zur VJP in %

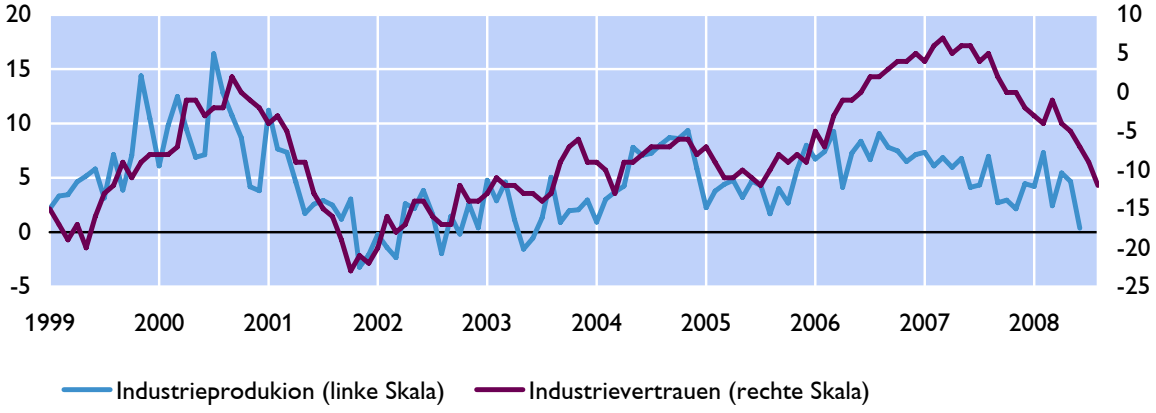
Saldo aus positiven und negativen Antworten



Indikatoren der Industrie in Österreich

Veränderung zur VJP in %

Saldo aus positiven und negativen Antworten



Quelle: Europäische Kommission, Eurostat.

Produktionsindex in Österreich nach ÖNACE - Gruppen C-F

Periode	Gesamtindex[1)]		Abschnitte						Verwendungskategorien				
			Bergbau	Sachgüter-erzeugung	Energie und Wasserversorgung	Bauwesen			Vorleistungen ohne Energie	Energie	Investitions-güter	Konsumgüter	
			ÖNACE C	ÖNACE D	ÖNACE E	ÖNACE F						langlebig	kurzlebig
						insgesamt	Hochbau	Tiefbau					
	Ø 2005=100	*Veränderung zum Vorjahr in %*											
2003	89,6	4,1	-0,6	2,2	0,6	12,4	11,3	15,9	3,3	0,8	2,3	-6,1	2,2
2004	95,1	6,1	-5,5	7,4	0,3	5,1	6,6	1,0	6,3	2,4	15,0	4,8	-1,2
2005	100,0	5,2	-12,2	5,2	10,5	2,2	3,8	-0,5	5,4	9,6	5,6	-4,3	1,4
2006	106,8	6,8	10,0	7,4	6,1	4,6	4,2	6,0	7,3	8,2	9,6	8,6	4,2
2007	111,9	4,7	-0,6	5,5	1,2	3,8	2,8	7,5	6,1	1,1	6,3	2,9	3,2
2Q07	111,0	5,8	-1,8	6,3	-0,1	6,8	5,8	9,6	7,5	-0,3	6,9	3,5	3,8
3Q07	113,1	3,8	0,6	4,5	5,1	1,3	0,3	4,4	4,1	4,0	6,3	2,3	4,1
4Q07	121,4	2,1	-2,0	2,5	11,3	-1,6	-2,5	1,7	2,4	9,2	3,1	-1,2	2,3
1Q08	106,2	4,3	-0,8	4,4	6,8	2,9	1,5	8,7	4,5	7,8	5,6	1,7	2,8
2Q08	114,1	2,8	-1,3	3,0	26,6	-14,2	-12,1	-20,6	1,0	23,4	5,9	4,6	0,5
Jun.07	116,6	4,7	-1,1	4,5	2,5	6,2	3,9	13,2	5,6	0,7	4,5	1,0	4,1
Jul.07	114,3	4,0	-2,3	4,8	0,2	3,3	2,1	7,1	4,3	-0,6	3,4	6,1	6,7
Aug.07	104,5	6,2	2,8	7,3	4,4	3,4	1,5	9,7	5,2	2,3	8,0	3,3	5,2
Sep.07	120,5	1,5	1,6	2,0	11,0	-2,6	-2,5	-3,0	2,8	10,5	7,6	-1,6	0,8
Okt.07	121,1	2,1	-5,9	2,2	13,3	-0,8	-1,2	0,6	1,9	8,0	5,8	-2,0	4,5
Nov.07	122,8	1,2	1,8	1,5	9,9	-3,0	-4,4	2,1	0,8	9,0	-0,6	-3,4	0,0
Dez.07	120,4	3,2	-1,8	3,9	11,0	-1,1	-1,9	2,5	5,0	10,3	4,3	2,2	2,4
Jän.08	94,2	3,6	-14,5	4,5	5,5	-0,2	-0,1	-0,4	4,4	5,0	5,2	1,1	3,1
Feb.08	104,9	7,2	8,6	7,6	5,7	6,1	3,0	18,9	4,0	7,1	8,1	5,6	5,1
Mär.08	119,6	2,4	2,4	1,7	9,1	2,5	1,4	7,1	5,1	11,2	3,8	-1,4	0,4
Apr.08	112,1	4,8	3,9	4,8	12,5	2,4	1,3	6,0	3,0	12,0	6,0	7,0	1,6
Mai.08	115,3	5,4	2,6	4,7	13,0	6,1	4,4	11,4	1,5	12,1	8,6	2,5	-1,1
Jun.08	115,2	-1,1	-1,0	-0,6	9,8	-6,6	-8,0	-2,7	0,5	10,8	3,1	-2,6	-5,3

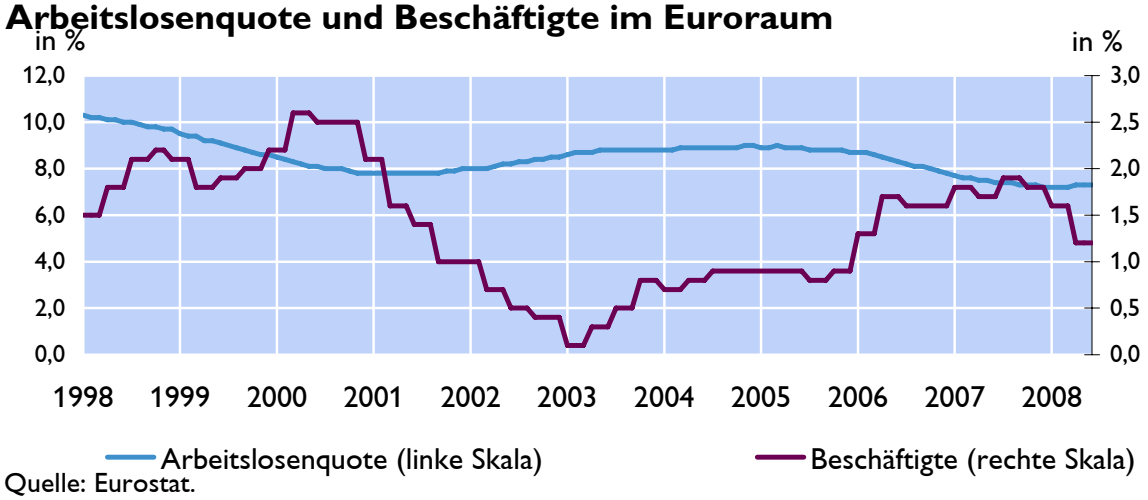
Quelle: Statistik Austria.

1) Nach Arbeitstagen bereinigt. Produktionsindex nach EU-Normen berechnet. Revisionen erfolgen laufend.

Arbeitslosenquoten im Euroraum und in Österreich

Indikator	2005	2006	2007	Mär.08	Apr.08	Mai.08	Jun.08	Jul.08
	Jahresdurchschnitt in %			*in %*				
Arbeitslosenquote gesamt								
Euroraum	8,9	8,3	7,4	7,2	7,3	7,3	7,3	7,3
Österreich	5,2	4,7	4,4	4,1	4,2	4,2	4,1	4,2
Jugend-Arbeitslosenquote								
Euroraum	17,2	16,1	14,8	14,5	14,7	14,8	14,9	14,7
Österreich	10,3	9,1	8,4	8,2	8,3	8,4	8,4	8,5

Arbeitslosenquote und Beschäftigte im Euroraum



Quelle: Eurostat.

Kennziffern des österreichischen Arbeitsmarktes

Periode	Unselbstständig Beschäftigte		Arbeitslose		Arbeitslosen-quote in %		Offene Stellen	
	in 1.000	*Ver.z.Vj. in %*	*in 1.000*	*Ver.z.Vj. in %*	*laut AMS*	*laut EU-Konzept*	*in 1.000*	*Ver.z.Vj. in %*
2005	3.230,3	1,0	252,7	3,6	7,3	5,2	26,2	10,2
2006	3.280,9	1,6	239,2	-5,3	6,8	4,7	32,9	25,6
2007	3.344,0	1,9	222,2	-7,1	6,2	4,4	38,2	16,1
Aug.07	3.413,3	1,4	191,2	-4,8	5,3	4,4	42,2	14,0
Sep.07	3.397,2	1,8	186,1	-5,2	5,2	4,4	41,7	9,8
Okt.07	3.374,2	1,6	204,8	-4,6	5,7	4,3	37,9	3,6
Nov.07	3.357,4	1,7	223,6	-3,5	6,2	4,3	33,3	2,7
Dez.07	3.331,2	2,2	265,3	-4,9	7,4	4,3	31,7	-0,4
Jän.08	3.333,3	2,7	268,8	-9,0	7,5	4,2	34,0	11,7
Feb.08	3.363,2	3,0	243,9	-11,9	6,8	4,1	37,0	8,7
Mär.08	3.392,1	2,8	210,5	-11,5	5,8	4,1	39,5	4,7
Apr.08	3.393,3	2,5	205,1	-6,5	5,7	4,2	41,0	-1,4
Mai.08	3.424,1	2,6	184,8	-6,6	5,1	4,2	42,5	1,3
Jun.08	3.456,4	2,8	172,7	-6,0	4,8	4,1	43,6	1,6
Jul.08	3.517,1	2,3	178,7	-3,6	4,8	4,2	39,5	-8,2
Aug.08	3.494,0	2,4	183,9	-3,8	5,0	..	39,5	-6,4

Quelle: Eurostat, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich.

Zahlungsbilanz

Euroraum[1)]

Salden	2005	2006	2007	2006	2007				2008
				Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1
	in Mrd EUR								
Leistungsbilanz	**18,1**	**-1,3**	**26,6**	**18,9**	**3,7**	**-2,0**	**13,6**	**11,1**	**-15,2**
Güter	48,3	19,2	55,6	16,2	8,6	20,1	17,1	9,7	-2,9
Dienstleistungen	37,4	42,3	50,9	8,2	9,4	14,0	17,2	10,3	10,7
Einkommen	5,4	15,1	4,2	10,6	6,9	-19,4	5,0	11,6	6,1
Laufende Transfers	-72,9	-77,9	-84,1	-16,2	-21,3	-16,7	-25,6	-20,5	-29,0
Vermögensübertragungen	**11,4**	**9,2**	**13,9**	**4,6**	**4,6**	**2,1**	**1,6**	**5,6**	**5,6**
Kapitalbilanz	**9,2**	**112,4**	**96,2**	**-29,6**	**29,4**	**49,8**	**97,5**	**-80,5**	**19,2**
Direktinvestitionen	-216,4	-144,7	-117,3	-50,9	-14,3	-57,9	-40,9	-4,3	-104,8
Portfolioinvestitionen	131,4	266,3	235,7	117,7	142,4	90,4	65,1	-62,3	73,4
Finanzderivate	-18,2	2,4	-90,5	-3,3	-15,2	-19,7	-26,8	-28,8	-14,9
Sonstige Investiitonen	94,5	-10,3	73,7	-90,5	-81,9	41,2	104,4	10,0	70,7
Währungsreserven	18,0	-1,3	-5,3	-2,4	-1,6	-4,2	-4,4	4,9	-5,1
Statistische Differenz	**-38,8**	**-120,3**	**-136,7**	**6,1**	**-37,8**	**-50,0**	**-112,7**	**63,8**	**-9,6**

Quelle: EZB.
1) Zuflüsse (+); Abflüsse (-). Währungsreserven: Zunahme (-); Abnahme (+).

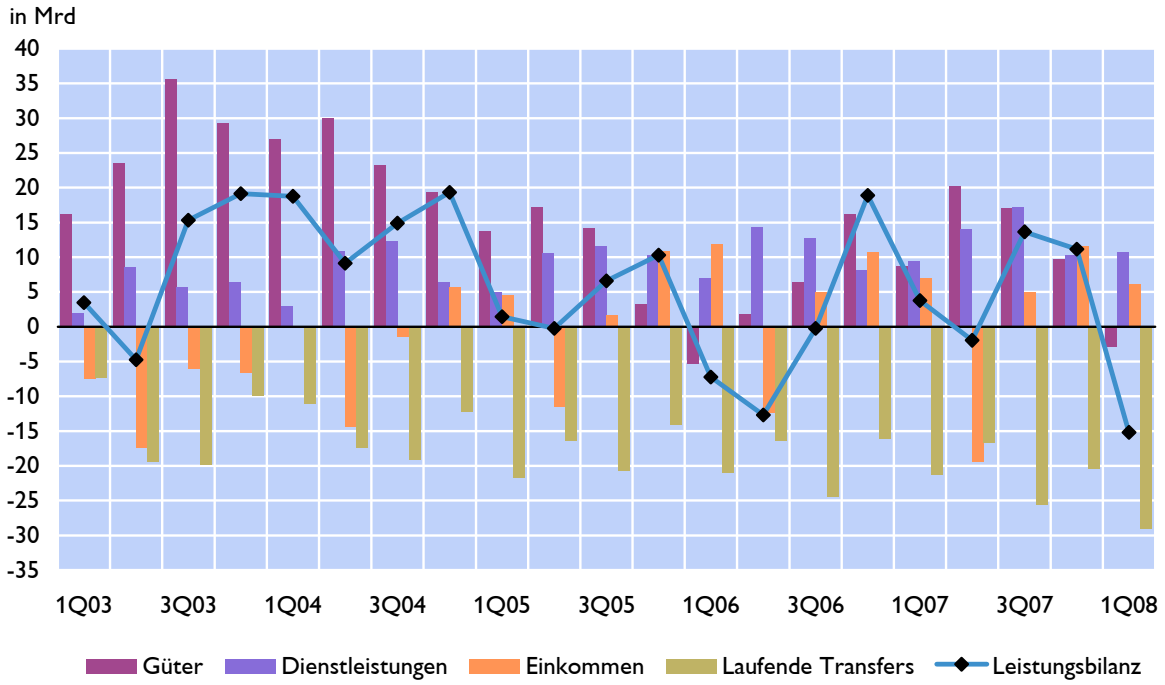
Österreich

Salden	2005	2006	2007[1)]	2006	2007[1)]				2008
				Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1
	in Mrd EUR								
Leistungsbilanz	**4,9**	**6,3**	**8,8**	**2,8**	**4,1**	**1,3**	**-0,3**	**3,7**	**5,4**
Güter	-1,4	0,3	1,3	0,7	0,1	1,2	-0,9	0,9	0,8
Dienstleistungen	9,4	10,2	12,3	2,2	5,5	1,8	2,0	3,0	6,2
Einkommen	-1,6	-2,9	-3,8	-0,6	-0,9	-1,4	-0,9	-0,6	-0,8
Laufende Transfers	-1,4	-1,3	-1,0	0,5	-0,6	-0,4	-0,5	0,4	-0,8
Vermögensübertragungen	**-0,2**	**-0,8**	**-0,1**	**-0,5**	**0,0**	**0,0**	**0,0**	**0,0**	**-0,4**
Kapitalbilanz	**-0,2**	**-5,2**	**-6,3**	**-1,3**	**-4,7**	**-1,4**	**4,0**	**-4,2**	**-2,4**
Direktinvestitionen	-0,1	-2,5	-0,6	0,3	-4,1	4,0	1,0	-1,4	-2,2
Portfolioinvestitionen	-10,9	11,5	21,1	8,8	14,1	1,0	4,7	1,3	10,8
Finanzderivate	0,2	-5,4	-9,6	-1,3	-3,6	-3,2	-2,9	0,1	1,5
Sonstige Investiitonen	10,3	-14,0	-22,8	-9,9	-14,6	-5,3	0,5	-3,5	-12,5
Währungsreserven[2)]	0,4	0,5	-1,9	0,3	-0,2	0,0	-1,0	-0,7	0,0
Statistische Differenz	**-4,5**	**-0,3**	**-2,4**	**-1,1**	**0,6**	**0,1**	**-3,8**	**0,6**	**-2,5**

Quelle: OeNB; Transaktionen.
1) Vorläufige Daten.
2) OeNB: Gold, Devisen, IWF- Positionen, Sonderziehungsrechte etc; Zunahme: - / Abnahme: +

Leistungsbilanz

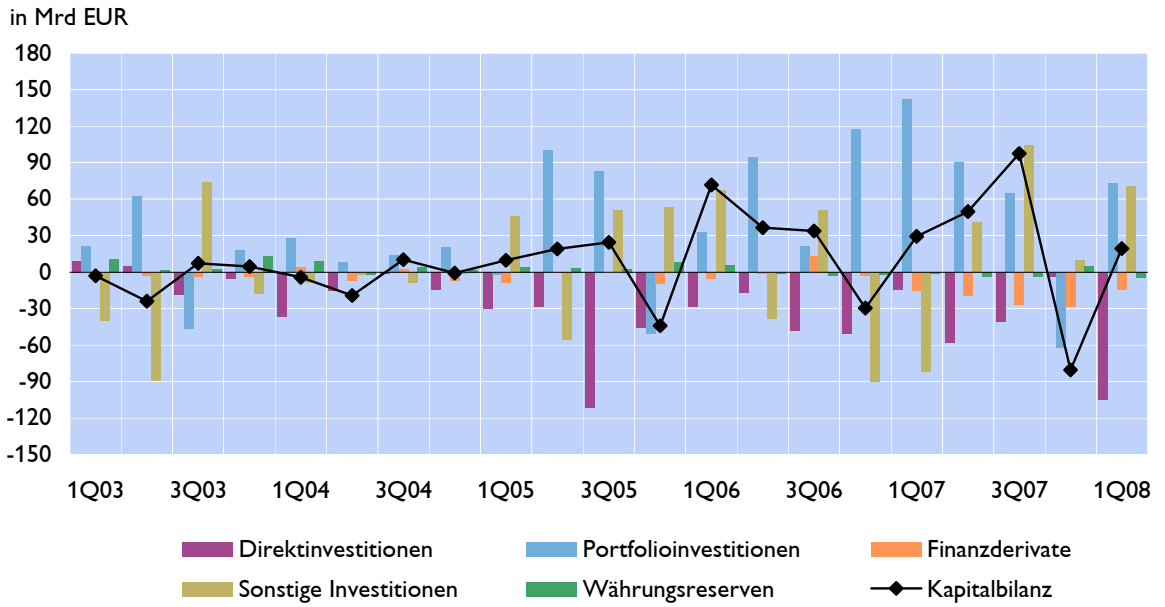
Euroraum: Teilkomponenten und Leistungsbilanzsaldo



Quelle: EZB.

Kapitalbilanz

Euroraum: Teilkomponenten der Kapitalbilanz



Quelle: EZB.

Weitere ausgewählte Indikatoren für Österreich

Budgetäre Notifikation (Maastricht) für Österreich vom März 2008

in Mrd EUR	2004	2005	2006	2007	2008
Finanzierungssaldo Staat	**-8,8**	**-3,6**	**-3,9**	**-1,5**	**-1,7**
Bundessektor	-9,3	-4,4	-4,1	-1,7	-2,9
Länder (ohne Wien)	0,3	0,3	-0,3	-0,0	0,4
Gemeinden (mit Wien)	0,4	0,5	0,5	0,6	0,7
Sozialversicherungsträger	-0,2	-0,1	-0,0	-0,3	0,0
Zinszahlungen	**6,6**	**7,0**	**7,1**	**7,4**	**7,5**
Primärsaldo	**-2,2**	**3,4**	**3,2**	**5,9**	**5,8**
Verschuldung des Staates	**150,8**	**155,7**	**159,5**	**161,3**	**165,0**

in % des BIP	2004	2005	2006	2007	2008
Finanzierungssaldo Staat	**-3,7**	**-1,5**	**-1,5**	**-0,5**	**-0,6**
Bundessektor	-3,9	-1,8	-1,6	-0,6	-1,0
Länder (ohne Wien)	0,1	0,1	-0,1	-0,0	0,2
Gemeinden (mit Wien)	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3
Sozialversicherungsträger	-0,1	-0,0	-0,0	-0,1	0,0
Zinszahlungen	**2,8**	**2,9**	**2,7**	**2,7**	**2,6**
Primärsaldo	**-0,9**	**1,4**	**1,2**	**2,2**	**2,0**
Verschuldung des Staates	**63,8**	**63,5**	**61,8**	**59,1**	**57,7**

Quelle: Statistik Austria, BMF (2008).

Österreichisches Stabilitätsprogramm vom November 2007

in % des BIP	2006	2007	2008	2009	2010
Finanzierungssaldo Staat	**-1,4**	**-0,7**	**-0,6**	**-0,2**	**0,4**
Bundessektor	-1,4	-1,1	-1,0	-0,7	-0,1
Länder (ohne Wien)	-0,1	0,2	0,2	0,2	0,2
Gemeinden (mit Wien)	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3
Sozialversicherungsträger	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Staat:					
Gesamteinnahmen	47,8	47,4	47,5	47,3	47,4
Gesamtausgaben	49,3	48,3	48,1	47,7	47,2
Zinszahlungen	**2,9**	**2,7**	**2,6**	**2,5**	**2,5**
Primärsaldo	**1,5**	**2,0**	**2,1**	**2,3**	**2,8**
Verschuldung	**61,7**	**59,9**	**58,4**	**57,0**	**55,4**

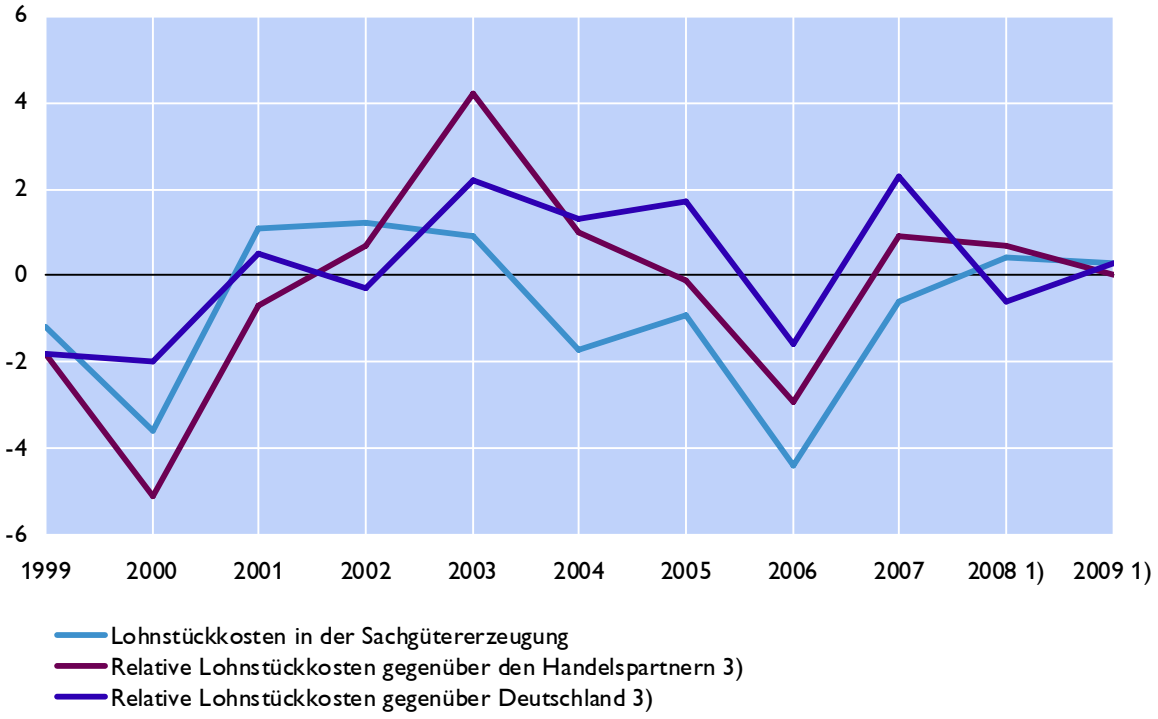
Quelle: BMF.

Indikatoren der österreichischen Wettbewerbsfähigkeit

Indikator	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008[1)]	2009[1)]
Produktivität - Gesamtwirtschaft	-0,2	1,6	0,5	2,2	1,7	1,9	1,3	0,9	1,0
Bruttoverdienste je Arbeitnehmer	1,4	2,2	1,9	1,8	2,3	2,7	2,7	3,3	3,5
Lohnstückkosten - Gesamtwirtschaft	1,4	0,3	1,3	-0,6	0,7	1,1	0,8	2,6	2,5
Lohnstückkosten - Sachgütererzeugung	1,1	1,2	0,9	-1,7	-0,9	-4,4	-0,6	0,4	0,3
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit[2)]	-0,2	0,6	3,3	1,0	-1,0	-0,5	0,7	2,1	0,7
Relative Lohnstückkosten der Sachgütererzeugung[3)] gegenüber									
- den Handelspartnern	-0,7	0,7	4,2	1,0	-0,1	-2,9	0,9	0,7	0,0
- Deutschland	0,5	-0,3	2,2	1,3	1,7	-1,6	2,3	-0,6	0,3

Entwicklung der Lohnstückkosten in der Sachgütererzeugung

Veränderung zum Vorjahr in %



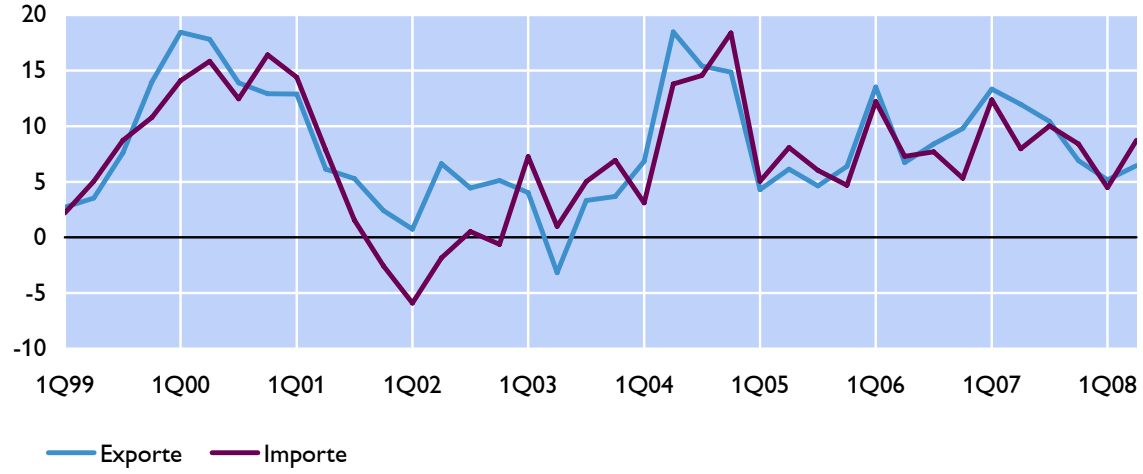
Quelle: WIFO.
1) WIFO-Prognose vom Juni 2008.
2) Real-effektiver Wechselkurs des Euro auf Basis des österreichischen Außenhandels.
3) Minus bedeutet Wettbewerbsverbesserung und Plus bedeutet Wettbewerbsverschlechterung.

Österreichischer Außenhandel

Periode	Export	Import	Kumulativ				
	Veränderung zum Vorjahr in %		Export		Import		Saldo
			Mio EUR	*% VJP*	*Mio EUR*	*% VJP*	*Mio EUR*
2003	1,9	5,0	78.903	1,9	80.993	5,0	-2.091
2004	13,9	12,5	89.848	13,9	91.094	12,5	-1.247
2005	5,4	5,9	94.705	5,4	96.499	5,9	-1.793
2006	9,5	8,0	103.742	9,5	104.201	8,0	-459
2007	10,1	9,2	114.194	10,1	113.798	9,2	-458
2Q07	12,0	8,0	56.770	12,6	55.893	10,1	877
3Q07	10,4	10,0	84.708	11,9	84.404	10,1	303
4Q07	6,9	8,4	114.680	10,5	114.255	9,6	425
1Q08	5,2	4,5	29.552	5,2	29.234	4,5	744
2Q08	6,5	8,7	60.081	5,8	59.581	6,6	925
Jun.07	11,1	8,3	56.770	12,6	55.893	10,1	877
Jul.07	15,0	13,4	66.444	13,0	65.513	10,6	932
Aug.07	10,2	7,1	75.034	12,7	74.383	10,2	651
Sep.07	6,4	9,6	84.708	11,9	84.404	10,1	303
Okt.07	15,3	14,0	95.773	12,3	95.126	10,5	647
Nov.07	6,7	6,8	106.329	11,7	105.436	10,1	893
Dez.07	-2,3	4,1	114.680	10,5	114.255	9,6	425
Jän.08	8,8	5,7	9.645	8,8	9.366	5,7	705
Feb.08	11,6	10,8	19.686	10,2	19.323	8,3	788
Mär.08	-3,6	-2,2	29.552	5,2	29.234	4,5	744
Apr.08	15,6	16,4	40.250	7,8	39.725	7,4	950
Mai.08	-0,5	1,8	49.853	6,1	49.315	6,3	964
Jun.08	4,7	8,3	60.081	5,8	59.581	6,6	925

Exporte und Importe

Veränderung zum Vorjahr in %



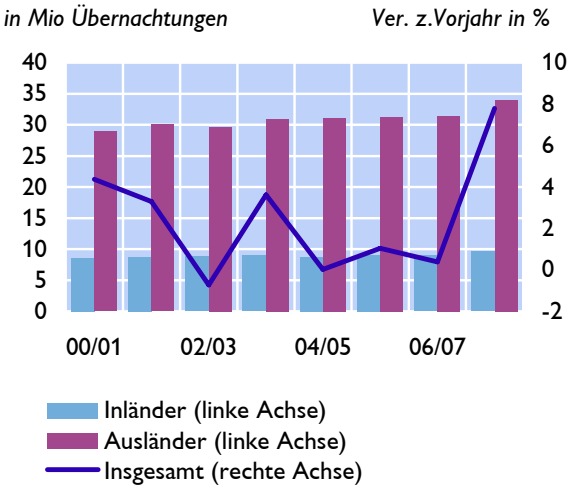
Quelle: Statistik Austria, OeNB.

Tourismus: Übernachtungen in Österreich

Periode	Insgesamt		davon Inländer		davon Ausländer	
	in 1.000	*Veränderung zum Vorjahr in %*	*in 1.000*	*Veränderung zum Vorjahr in %*	*in 1.000*	*Veränderung zum Vorjahr in %*
2005	119.242	1,7	31.501	0,6	87.741	2,1
2006	119.361	0,1	32.121	2,0	87.240	-0,6
2007	121.417	1,7	32.998	2,7	88.419	1,4
Jul.07	14.743	6,4	4.200	6,0	10.543	6,5
Aug.07	15.835	3,0	4.434	4,6	11.401	2,4
Sep.07	9.311	-1,2	2.756	-1,5	6.555	-1,1
Okt.07	6.099	2,8	2.209	5,1	3.889	1,6
Nov.07	3.614	9,3	1.754	8,3	1.860	10,3
Dez.07	9.365	9,5	1.967	9,5	7.398	9,4
Jän.08	13.708	5,3	2.488	6,9	11.220	4,9
Feb.08	16.891	8,7	3.409	5,6	13.482	9,5
Mär.08	14.818	25,7	2.688	2,9	12.130	32,2
Apr.08	4.912	-31,5	1.943	-8,1	2.969	-41,2
Mai.08	7.110	16,4	2.658	9,3	4.451	21,2
Jun.08	8.531	-3,3	2.835	-4,3	5.697	-2,8
Jul.08	15.155	2,8	4.221	0,5	10.934	3,7
			Jänner bis Juli			
2007	77.193	0,6	19.878	1,6	57.315	0,2
2008	81.125	5,1	20.242	1,8	60.883	6,2
			Sommersaison			
Mai bis Juli						
2007	29.673	5,2	9.595	4,9	20.078	5,3
2008	30.796	3,8	9.714	1,2	21.082	5,0
			Wintersaison			
Nov. bis April						
2006/2007	40.429	0,4	8.971	-0,8	31.458	0,7
2007/2008	43.579	7,8	9.617	7,2	33.962	8,0

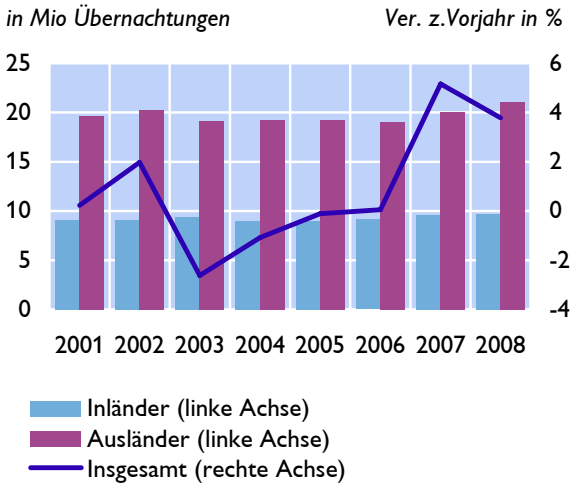
Wintersaison

November bis April



Sommersaison

Mai bis Juli

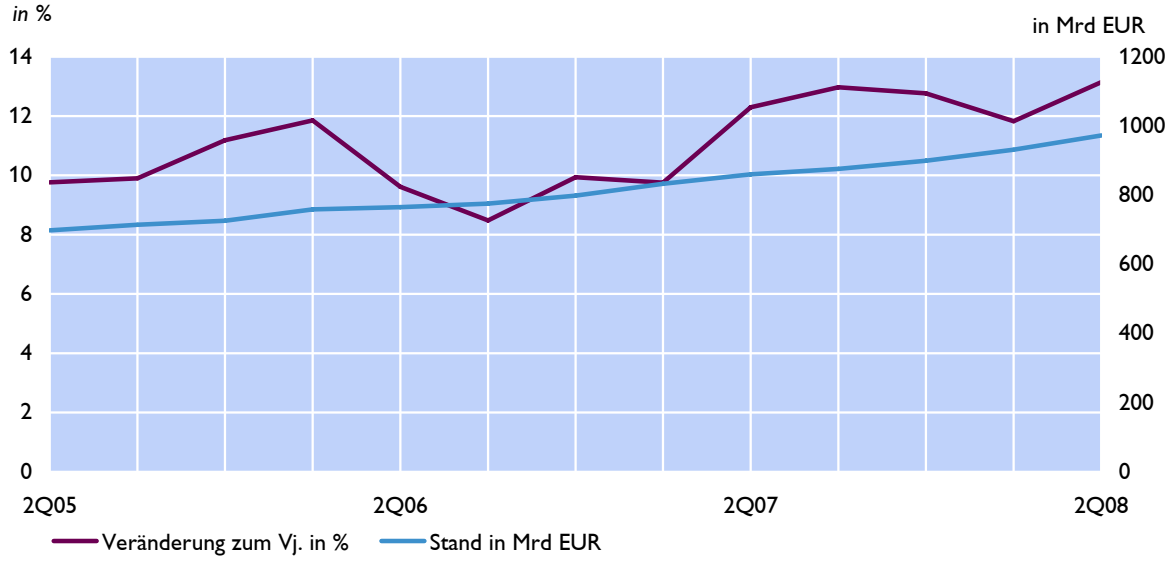


Quelle: Statistik Austria, OeNB.

Geschäftsentwicklung der in Österreich tätigen Kreditinstitute [1)]

Bilanzpositionen	Juni 2008						
	Stand	Veränderung					
		zum Vorquartal		seit Jänner		zum Vorjahr (Jahresabstand)	
	in Mio EUR	*in Mio EUR*	*in %*	*in Mio EUR*	*in %*	*in Mio EUR*	*in %*
1. Aktiva							
Kassenliquidität	8.693	407	4,9	-2.047	-19,1	1.879	27,6
Forderungen an inl. Kreditinstitute	178.727	10.252	6,1	24.867	16,2	34.000	23,5
Direktkredite an inl. Nichtbanken	293.469	4.804	1,7	8.381	2,9	15.286	5,5
in EUR	243.539	5.678	2,4	5.022	2,1	13.738	6,0
in Fremdwährung	49.930	-874	-1,7	3.358	7,2	1.548	3,2
Titrierte Kredite an inl. Nichtbanken	18.418	692	3,9	146	0,8	-1.189	-6,1
in EUR	18.097	467	2,6	-37	-0,2	-1.360	-7,0
in Fremdwährung	321	225	234,6	183	132,1	170	113,3
Sonstige Inlandsforderungen	80.214	544	0,7	2.301	3,0	13.496	20,2
Auslandsforderungen	390.291	24.079	6,6	39.263	11,2	49.660	14,6
2. Passiva							
Verbindlichkeiten geg.inl.Kreditinstitute	183.412	13.374	7,9	21.835	13,5	30.769	20,2
Einlagen von inländischen Nichtbanken	266.495	2.034	0,8	8.294	3,2	25.001	10,4
in EUR	261.018	2.005	0,8	8.179	3,2	23.693	10,0
in Fremdwährung	5.476	29	0,5	115	2,1	1.308	31,4
Eig. Inlandsemissionen an Nichtbanken	106.795	6.729	6,7	11.189	11,7	16.291	18,0
in EUR	97.059	6.770	7,5	11.018	12,8	15.673	19,3
in Fremdwährung	9.735	-42	-0,4	170	1,8	618	6,8
Sonstige Inlandsverbindlichkeiten	116.318	2.342	2,1	7.642	7,0	19.772	20,5
Auslandsverbindlichkeiten	297.193	16.218	5,8	23.853	8,7	21.113	7,6
3. Bilanzsumme	972.244	40.750	4,4	72.702	8,1	112.901	13,1

Bilanzsumme der in Österreich tätigen Kreditinstitute



1) Ab 2007 auf quartalsweise Datenerhebung umgestellt.

Quelle: OeNB.

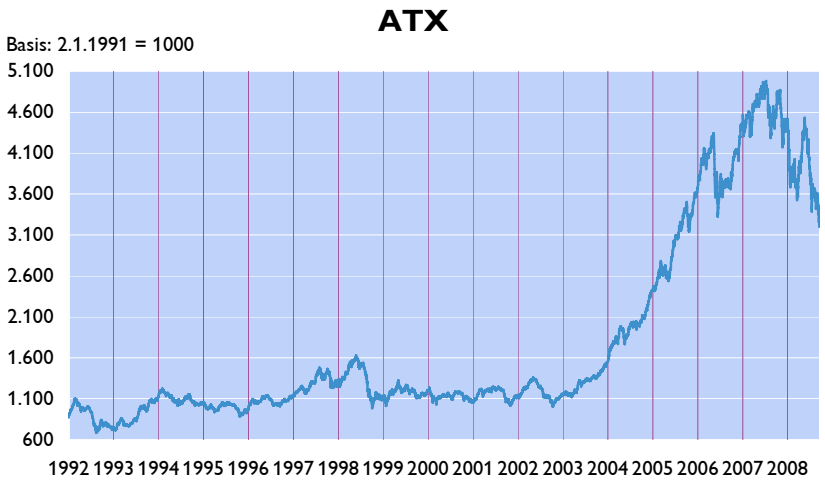
Ertragslage der in Österreich tätigen Kreditinstitute

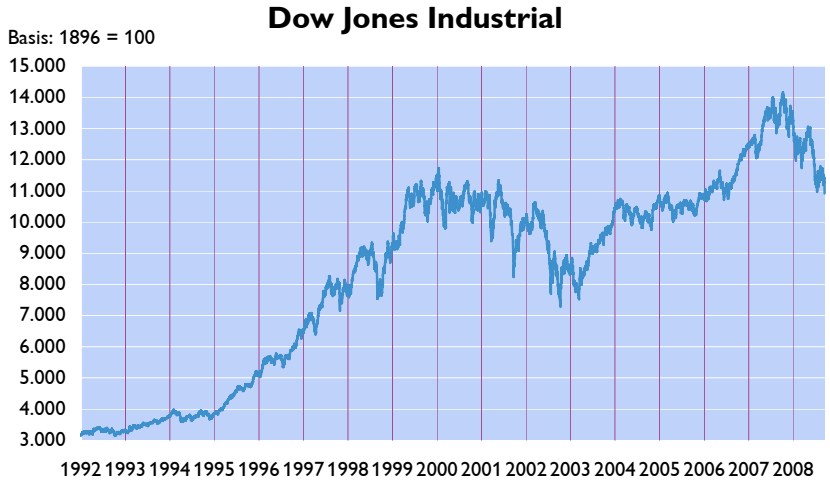
Ertragspositionen	1. Halbjahr 2006		1.Halbjahr 2007		1.Halbjahr 2008	
	in Mrd EUR	*Ver.z.Vj. in %* [1]	*in Mrd EUR*	*Ver.z.Vj. in %* [1]	*in Mrd EUR*	*Ver.z.Vj. in %* [1]
1. Zinsen und zinsähnliche Erträge	13,62	18,2	17,72	30,1	21,36	20,6
2. Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen	10,06	26,1	14,15	40,7	17,38	22,8
I. Nettozinsertrag (1. - 2.)	3,56	0,4	3,57	0,2	3,98	11,5
3. Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen	1,20	6,5	1,39	15,7	1,47	5,9
4. Saldo Ertrag/Aufwand aus Provisionen	2,17	14,0	2,45	13,1	2,16	-12,1
5. Saldo Ertrag/Aufwand aus Finanzgeschäften	0,45	33,9	0,36	-19,1	-0,06	-115,3
6. Sonstige betriebliche Erträge	0,69	10,5	0,76	10,5	0,83	9,2
II. Betriebserträge (I. + 3. + 4. + 5. + 6.)	8,06	7,1	8,53	5,8	8,38	-1,8
7. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	4,33	7,0	4,45	2,8	4,75	6,7
davon Personalaufwand	*2,62*	*8,5*	*2,65*	*1,1*	*2,87*	*8,1*
davon Sachaufwand	*1,71*	*4,8*	*1,80*	*5,5*	*1,88*	*4,5*
8. Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	0,34	-4,2	0,30	-11,6	0,29	-1,4
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	0,50	18,0	0,55	8,9	0,46	-14,9
III. Betriebsaufwendungen (7. + 8. + 9.)	5,17	7,2	5,30	2,5	5,51	4,0
IV. Betriebsergebnis (II. - III.)	2,89	6,9	3,23	11,6	2,87	-11,2
Quartalsweise aktualisierte Vorschauwerte						
V. Erwartetes Jahresbetriebsergebnis	5,39	5,7	6,08	12,7	5,85	-3,8
10. Saldo aus Wertberichtigung auf Forderungen u. Zuführungen zu Rückstellungen f. Eventualverbindlichkeiten und für Kreditrisken gegenüber den entsprech. Erträgen aus deren Auflösung (exkl. Wertpapiere)	1,64	1,7	1,26	-23,2	1,87	48,5
11. Saldo aus Wertberichtigungen auf Wertpapiere und Beteiligungen gegenüber den entsprech. Erträgen aus deren Auflösung	-0,72	617,8	-0,40	-44,1	-0,18	-55,2
VI. Erwartetes Ergebnis der gewöhnl. Geschäftstätigkeit (IV. - 10. - 11.)	4,48	24,7	5,23	16,7	4,17	-20,3
12. Erwartetes a.o. Ergebnis (Ertrag + / Aufwand -)	-0,09	-59,1	-0,03	-70,6	-0,03	-4,3
13. Erwartete Steuern von Einkommen, Ertrag und sonstige Steuern	0,46	-5,7	0,50	8,8	0,37	-25,0
VII. Erwarteter Jahresüberschuss (+)/-Fehlbetrag (-) (V.+ 12. - 13.)	3,93	36,2	4,70	19,6	3,77	-19,9

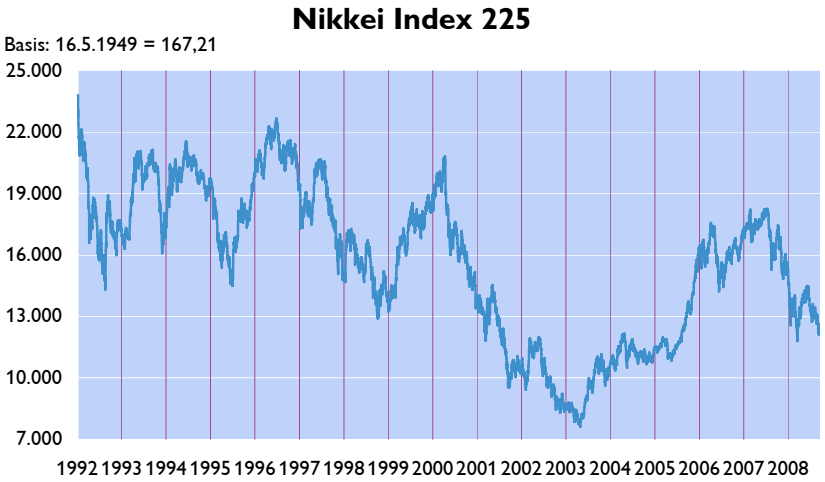
Quelle: OeNB.

1) Die Veränderungen wurden für die Basis "in Mio EUR" errechnet und anschließend gerundet.

Aktienmarkt

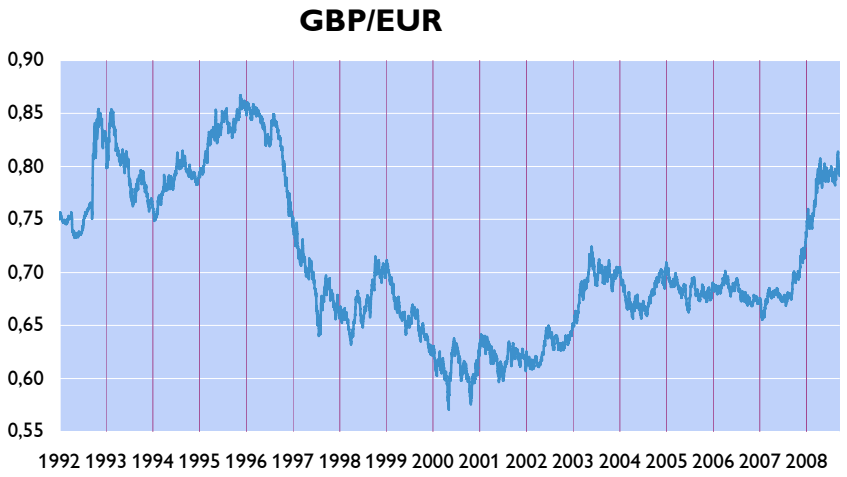


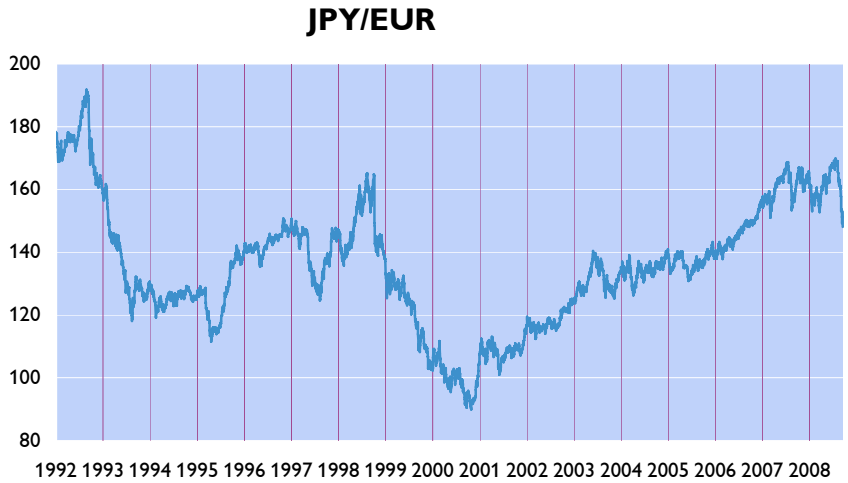


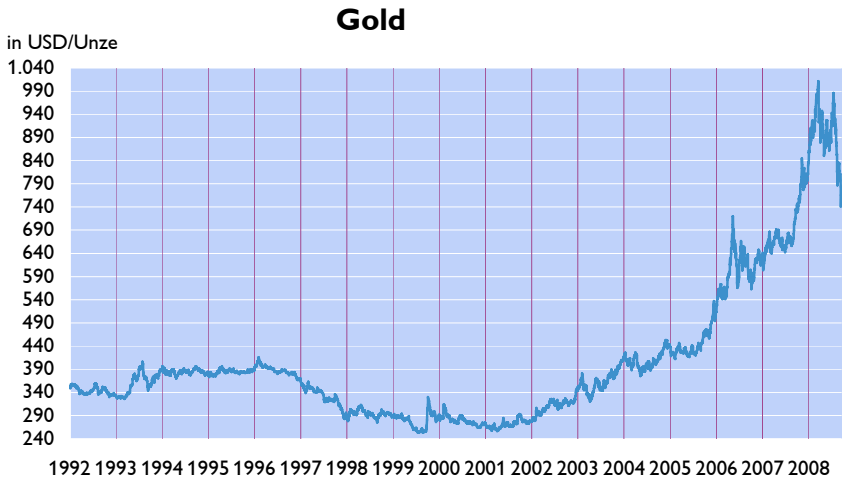


Quelle: OeNB, Thomson Financial.

Devisenmarkt und Gold







Quelle: OeNB, Thomson Financial.

Seite A30

Inflationsraten[1)]

Land	2005	2006	2007	Apr.08	Mai.08	Jun.08	Jul.08	Aug.08
	Veränderung zum Vorjahr in %							
Belgien	2,5	2,3	1,8	4,1	5,1	5,8	5,9	5,4
Zypern	2,0	2,2	2,2	4,3	4,6	5,2	5,3	5,1
Deutschland	1,9	1,8	2,3	2,6	3,1	3,4	3,5	3,3
Irland	2,2	2,7	2,9	3,3	3,7	3,9	3,6	3,2
Griechenland	3,5	3,3	3,0	4,4	4,9	4,9	4,9	4,8
Spanien	3,4	3,6	2,8	4,2	4,7	5,1	5,3	4,9
Frankreich	1,9	1,9	1,6	3,4	3,7	4,0	4,0	3,5
Italien	2,2	2,2	2,0	3,6	3,7	4,0	4,0	4,2
Luxemburg	3,8	3,0	2,7	4,3	4,8	5,3	5,8	4,8
Malta	2,5	2,6	0,7	4,1	4,1	4,4	5,6	5,4
Niederlande	1,5	1,7	1,6	1,7	2,1	2,3	3,0	3,0
Österreich	2,1	1,7	2,2	3,4	3,7	4,0	3,8	3,6
Portugal	2,1	3,0	2,4	2,5	2,8	3,4	3,1	3,1
Slowenien	2,5	2,5	3,8	6,2	6,2	6,8	6,9	6,0
Finnland	0,8	1,3	1,6	3,3	4,6	4,3	5,6	4,6
Euroraum	2,2	2,2	2,1	3,3	3,7	4,0	4,0	3,8
Dänemark	1,7	1,9	1,7	3,4	3,6	4,2	4,4	4,8
Schweden	0,8	1,5	1,7	3,2	3,7	4,0	3,8	4,1
Vereinigtes Königreich	2,1	2,3	2,3	3,0	3,3	3,8	4,4	. .
Bulgarien	6,0	7,4	7,6	13,4	14,0	14,7	14,4	11,8
Tschechische Republik	1,6	2,1	3,0	6,7	6,8	6,6	6,8	6,2
Estland	4,1	4,4	6,7	11,6	11,4	11,5	11,2	11,1
Lettland	6,9	6,6	10,1	17,4	17,7	17,5	16,5	15,6
Litauen	2,7	3,8	5,8	11,9	12,3	12,7	12,4	12,2
Ungarn	3,5	4,0	7,9	6,8	6,9	6,6	7,0	6,4
Polen	2,2	1,3	2,6	4,3	4,3	4,3	4,5	4,4
Rumänien	9,1	6,6	4,9	8,7	8,5	8,7	9,1	8,1
Slowakische Republik	2,8	4,3	1,9	3,7	4,0	4,3	4,4	4,4
EU	2,2	2,2	2,3	3,6	4,0	4,3	4,4	4,2
Kroatien	3,4	3,2	2,8	5,7	6,4	7,6	8,4	0,0
Türkei	8,1	9,3	8,8	9,7	10,8	10,6	12,1	11,8
USA	3,4	3,2	2,8	3,9	4,2	5,0	5,6	5,4
Japan	-0,3	0,3	0,0	0,8	1,3	2,0	2,3	. .
Schweiz	1,2	1,0	0,8	2,3	2,6	2,8	3,2	3,1
Russland	12,6	9,7	9,0	14,3	15,2	15,2	14,8	. .
Brasilien	5,8	3,3	4,1	5,9	6,6	7,3	7,6	7,2
China	1,8	1,4	4,8	8,5	7,7	7,1	6,3	4,9
Indien	4,2	5,8	6,4	7,5	7,4	7,4	8,7	. .

Quelle: Eurostat, IWF, Nationale Statistische Ämter, Thomson Financial.
1) EU27, Türkei: HVPI, sonst nationaler VPI.

Reales BIP

Land	2005	2006	2007	2007q02	2007q03	2007q04	2008q01	2008q02
	Veränderung zum Vorjahr in %							
Belgien	1,7	2,8	2,8	3,0	2,8	2,4	2,2	1,9
Zypern	3,9	4,1	4,4	4,3	4,6	4,4	4,1	3,9
Deutschland	0,8	3,0	2,5	2,5	2,4	1,7	2,6	1,7
Irland	6,0	5,7	5,3	5,9	3,9	5,6	-1,5	. .
Griechenland	3,8	4,2	4,0	4,1	3,9	3,6	3,6	3,5
Spanien	3,6	3,9	3,8	3,9	3,6	3,3	2,6	1,8
Frankreich	1,9	2,2	2,2	1,7	2,4	2,2	2,0	1,1
Italien	0,6	1,8	1,5	1,7	1,6	0,1	0,3	-0,1
Luxemburg	5,0	6,1	4,5	4,6	3,4	3,5	2,5	. .
Malta	3,2	3,4	3,8	3,8	4,0	3,6	3,5	. .
Niederlande	2,0	3,4	3,5	2,7	3,5	4,1	3,7	2,8
Österreich	2,9	3,4	3,1	3,2	2,9	2,7	2,5	2,2
Portugal	0,9	1,4	1,7	1,9	1,8	1,9	0,9	0,7
Finnland	2,8	4,9	4,5	4,5	4,3	4,2	2,7	2,4
Slowenien	4,1	5,7	6,1	6,3	6,3	4,9	5,6	5,1
Euroraum	1,7	2,8	2,6	2,6	2,6	2,1	2,1	1,4
Dänemark	2,5	3,9	1,8	-0,3	1,6	1,5	-0,7	1,3
Schweden	3,3	4,1	2,7	3,2	2,6	2,4	1,8	0,9
Vereinigtes Königreich	1,8	2,9	3,1	3,3	3,1	2,8	2,3	1,4
Bulgarien	6,2	6,3	6,2	7,3	4,9	6,9	7,0	. .
Tschechische Republik	6,3	6,8	6,6	6,6	6,4	6,6	5,3	4,5
Estland	9,2	10,4	6,3	6,7	5,5	4,4	0,2	-1,4
Lettland	10,6	12,2	10,3	11,0	10,9	8,1	3,3	0,2
Litauen	7,9	7,7	8,8	8,0	10,8	8,0	7,0	5,3
Ungarn	4,1	3,9	1,3	1,2	0,9	0,8	1,7	2,0
Polen	3,6	6,2	6,5	6,4	6,4	6,1	6,3	6,0
Rumänien	4,2	7,9	6,0	5,7	5,7	6,6	8,2	9,3
Slowakische Republik	6,6	8,5	10,4	9,3	9,4	14,3	8,7	7,6
EU27	1,9	3,1	2,9	2,9	2,9	2,5	2,3	1,6
Kroatien	4,3	4,8	5,6	6,6	5,1	3,7	4,3	. .
Türkei	8,4	6,9	4,5	4,0	3,4	3,4	7,2	2,1
USA	2,9	2,8	2,0	1,8	2,8	2,3	2,5	2,2
Japan	1,9	2,4	2,1	1,8	1,8	1,4	1,2	0,8
Schweiz	2,5	3,4	3,3	3,4	3,1	3,7	3,0	2,4
Russland	6,4	7,3	8,1	8,0	7,3	9,5	8,5	. .
Brasilien	2,9	3,7	5,4	5,6	5,6	6,1	5,9	6,2
China	9,9	10,7	11,4	11,9	11,5	11,2	10,6	10,1
Indien	8,3	9,2	9,0	9,2	9,2	9,1	8,8	7,9

Quelle: Eurostat, Nationale Statistische Ämter, Thomson Financial.

Industrieproduktion[1)]

Land	2005	2006	2007	Mär.08	Apr.08	Mai.08	Jun.08	Jul.08
	Veränderung zum Vorjahr in %							
Belgien	-0,3	5,1	2,7	-0,4	3,8	1,7	-1,6	. .
Zypern	0,9	0,7	3,1	1,6	7,0	4,8	0,9	. .
Deutschland	3,3	5,9	6,1	4,4	5,4	1,2	1,7	-0,5
Irland	3,0	5,1	7,2	9,0	-2,1	9,7	5,9	-4,3
Griechenland	-0,9	0,5	2,2	-6,4	4,6	-6,5	-2,1	-1,4
Spanien	0,7	3,9	1,9	-3,2	0,2	-5,8	-9,2	-4,4
Frankreich	0,3	1,0	1,5	-0,4	4,0	-2,0	-2,3	-2,8
Italien	-0,8	2,4	-0,2	-2,7	2,4	-4,1	-1,7	-3,2
Luxemburg	0,6	2,3	2,3	-1,4	1,8	3,5	-3,1	. .
Malta	x	x	x	x	x	x	x	x
Niederlande	-1,1	1,2	3,1	8,0	9,7	2,3	1,7	-1,2
Österreich	4,2	7,3	2,8	2,4	5,5	4,6	0,4	. .
Portugal	0,3	2,8	1,8	-11,0	3,2	-6,9	-4,0	-0,5
Slowenien	3,9	6,5	6,5	0,8	2,7	1,0	2,2	-4,6
Finnland	0,3	9,8	4,4	0,6	5,2	5,8	-3,0	-1,3
Euroraum	1,3	4,0	3,5	1,4	4,0	-0,4	-0,8	-1,7
Dänemark	1,8	3,5	0,4	-3,1	8,3	7,6	0,8	1,1
Schweden	2,4	3,5	4,1	0,2	0,1	-0,2	-1,1	0,6
Vereinigtes Königreich	-1,5	0,5	0,2	0,1	0,4	-1,9	-1,8	-1,4
Bulgarien	6,9	5,9	9,1	11,8	2,1	9,5	3,3	6,3
Tschechische Republik	6,7	11,5	8,8	11,3	1,8	8,0	5,2	2,2
Estland	11,1	10,1	6,7	3,9	-4,2	-0,1	-7,0	-4,7
Lettland	6,1	5,5	0,7	-2,8	-1,8	1,5	-8,2	-5,2
Litauen	7,1	7,3	4,0	11,4	4,5	15,3	3,6	4,2
Ungarn	7,2	10,6	8,3	7,3	3,3	5,8	4,0	-1,0
Polen	4,5	12,2	9,5	12,4	5,5	12,2	2,4	7,3
Rumänien	2,4	7,7	5,0	4,3	5,7	11,1	4,2	5,9
Slowakische Republik	3,3	10,1	12,7	11,8	2,1	9,5	3,3	6,3
EU27	1,2	3,9	3,3	1,3	3,9	-0,2	-0,5	-1,3
Kroatien	5,4	4,6	5,6	4,5	2,8	4,1	0,4	. .
Türkei	5,7	5,8	4,4	8,0	4,9	6,3	4,6	1,9
USA	3,3	2,2	4,5	1,1	1,0	0,1	0,1	. .
Japan	1,6	4,5	7,8	-0,6	1,9	1,1	0,1	. .
Schweiz	2,7	7,8	0,7	2,8	. .	. .	. .	. .
Russland	5,1	6,4	6,4	7,5	6,6	9,2	6,7	0,8
Brasilien	3,4	2,9	5,9	5,6	5,7	3,5	6,2	7,4
China	x	x	x	x	x	x	x	x
Indien	7,9	10,6	9,8	5,5	6,2	4,1	5,4	7,1

Quelle: Eurostat, OECD, WIIW, Thomson Financial.

1) nicht saisonal, jedoch arbeitstägig bereinigt; Schweiz saisonal bereinigt, Russland, Brasilien, Indien nicht bereinigt.

Arbeitslosenquoten[1)]

Land	2005	2006	2007	Mär.08	Apr.08	Mai.08	Jun.08	Jul.08
	in % gemäß ILO-Definition							
Belgien	8,4	8,2	7,5	7,0	7,0	6,9	7,0	7,1
Zypern	5,2	4,6	3,9	3,7	3,7	3,5	3,6	3,7
Deutschland	10,7	9,8	8,4	7,5	7,5	7,5	7,4	7,3
Irland	4,3	4,4	4,5	5,3	5,4	5,5	5,7	5,9
Griechenland	9,8	8,9	8,2	7,8	..	..	..	..
Spanien	9,2	8,5	8,3	9,6	10,0	10,4	10,7	11,0
Frankreich	9,2	9,2	8,3	7,6	7,5	7,5	7,5	7,3
Italien	7,7	6,8	6,1	6,5	..	..	..	..
Luxemburg	4,5	4,7	5,3	4,0	4,1	4,1	4,1	4,2
Malta	7,3	7,3	6,3	5,7	5,7	5,8	5,8	5,7
Niederlande	4,7	3,9	3,2	2,9	2,9	2,8	2,7	2,6
Österreich	5,2	4,7	4,4	4,1	4,2	4,2	4,1	4,2
Portugal	7,6	7,7	8,0	7,5	7,5	7,6	7,6	7,5
Slowenien	6,5	6,0	4,7	4,6	4,3	4,3	4,2	4,2
Finnland	8,4	7,7	6,9	6,3	6,2	6,3	6,3	6,3
Euroraum	8,9	8,3	7,4	7,2	7,3	7,3	7,3	7,3
Dänemark	4,8	3,9	3,7	2,9	2,7	2,7	2,6	2,3
Schweden	7,4	7,1	6,1	x	x	x	x	x
Vereinigtes Königreich	4,8	5,3	5,3	5,2	5,2	5,3	..	..
Bulgarien	10,1	9,0	6,9	6,0	5,6	5,6	5,5	5,3
Tschechische Republik	7,9	7,2	5,3	4,4	4,4	4,4	4,4	4,3
Estland	7,9	5,9	4,7	4,2	4,1	3,9	3,9	4,0
Lettland	8,9	6,9	6,0	6,0	5,6	5,6	5,7	5,7
Litauen	8,3	5,6	4,3	4,7	4,5	4,5	4,4	4,6
Ungarn	7,2	7,5	7,4	7,6	7,5	7,6	7,6	7,6
Polen	17,8	13,9	9,6	7,5	7,6	7,5	7,3	6,8
Rumänien	7,1	7,3	6,4	6,0	..	..	..	..
Slowakische Republik	16,3	13,4	11,2	10,3	10,4	10,4	10,4	10,3
EU27	8,9	8,2	7,1	6,8	6,8	6,8	6,8	6,8
Kroatien[2)]	17,9	16,9	15,1	14,5	13,9	13,2	12,5	..
Türkei[3)]	#NV	8,6	8,7	x	x	x	x	x
USA	5,1	4,6	4,6	5,1	5,0	5,5	5,5	5,7
Japan	4,4	4,1	3,9	3,8	4,0	4,0	4,1	4,0
Schweiz	3,8	3,3	2,8	2,5	2,5	..	..	..
Russland	7,6	7,2	6,1	6,5	6,0	5,4	5,4	5,3
Brasilien	9,8	10,0	9,3	8,6	8,5	7,9	7,8	8,1
China	4,2	4,1	4,0	x	x	x	x	x
Indien[4)]	x	x	x	x	x	x	x	x

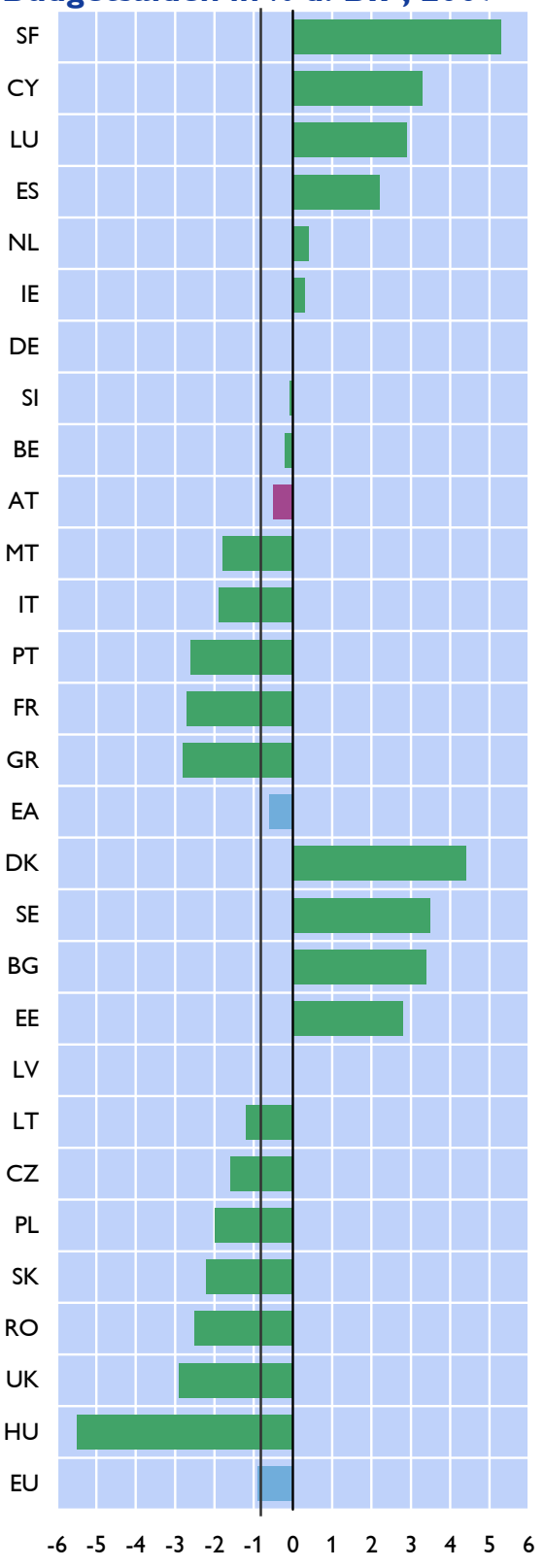
Quelle: Eurostat, WIIW, Türkische Zentralbank, Thomson Financial.
1) EU27: saisonal bereinigte Arbeitslosenquoten.
2) Arbeitslosenquote auf Basis Registrierung.
3) Unterjährig: Quartalsdaten.
4) Keine Werte vorhanden.

Fiskaldaten und Leistungsbilanz

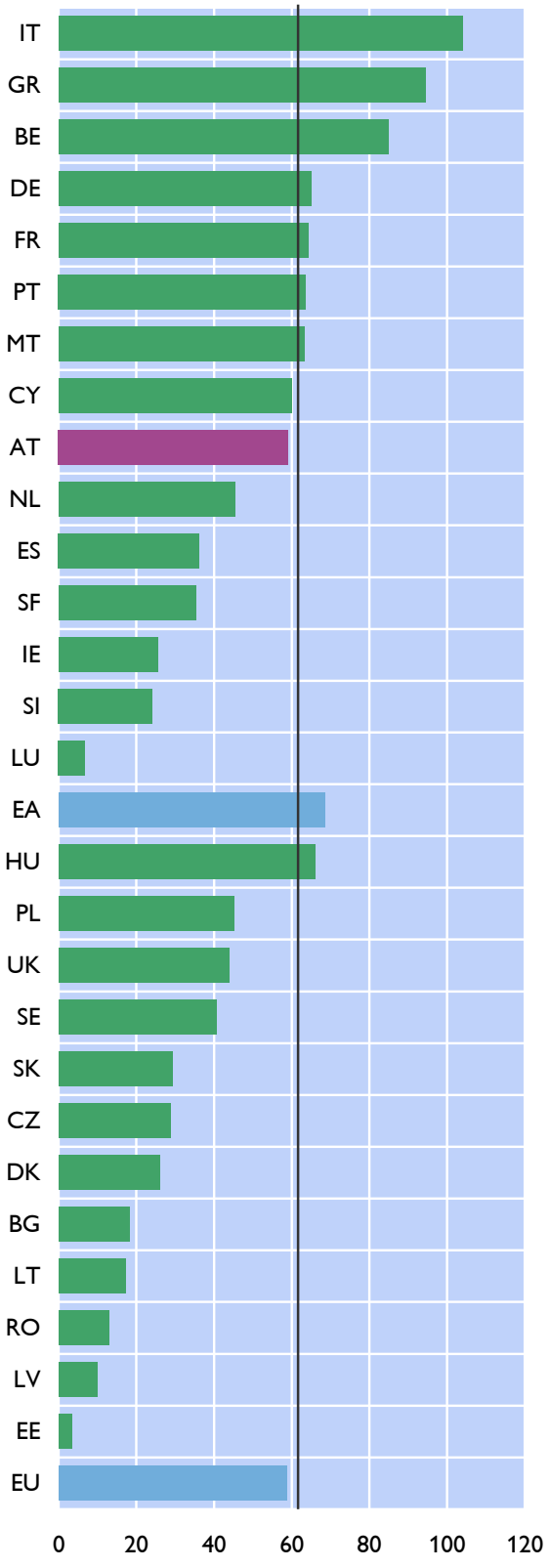
Land	Budgetsalden			Staatsschulden			Leistungsbilanz		
	2005	2006	2007	2005	2006	2007	2005	2006	2007
	in % des BIP			*in % des BIP*			*in % des BIP*		
Belgien	-2,3	0,3	-0,2	92,1	88,2	84,9	3,0	3,3	3,3
Zypern	-2,4	-1,2	3,3	69,1	64,6	60,0	-5,8	-5,9	-9,7
Deutschland	-3,4	-1,6	0,0	67,8	67,6	65,0	4,7	5,2	6,9
Irland	1,6	3,0	0,3	27,4	25,1	25,4	-3,5	-4,2	-5,0
Griechenland	-5,1	-2,6	-2,8	98,0	95,3	94,5	-13,4	-14,4	-16,3
Spanien	1,0	1,8	2,2	43,0	39,7	36,2	-7,5	-8,8	-10,0
Frankreich	-2,9	-2,4	-2,7	66,4	63,6	64,2	-1,7	-2,2	-2,6
Italien	-4,2	-3,4	-1,9	105,8	106,5	104,0	-1,2	-2,0	-1,7
Luxemburg	-0,1	1,3	2,9	6,1	6,6	6,8	10,9	10,3	9,1
Malta	-3,0	-2,5	-1,8	71,4	65,1	63,2	-8,8	-8,3	-5,5
Niederlande	-0,3	0,5	0,4	52,3	47,9	45,4	7,1	7,7	8,4
Österreich	-1,5	-1,5	-0,5	63,5	61,8	59,1	3,0	3,5	4,7
Portugal	-6,1	-3,9	-2,6	63,6	64,7	63,6	-9,8	-9,8	-9,8
Finnland	2,9	4,1	5,3	41,3	39,2	35,4	3,9	4,9	4,4
Slowenien	-1,5	-1,2	-0,1	27,5	27,2	24,1	-2,0	-2,8	-4,7
Eurozone	-2,5	-1,3	-0,6	69,7	70,3	68,6	0,1	-0,2	0,0
Dänemark	5,0	4,8	4,4	36,4	30,4	26,0	4,4	2,6	1,1
Schweden	2,2	2,3	3,5	50,9	45,9	40,6	6,1	8,5	8,3
Vereinigtes Königreich	-3,4	-2,6	-2,9	42,1	43,1	43,8	-2,5	-3,9	-4,2
Bulgarien	1,8	3,0	3,4	29,2	22,7	18,2	-12,4	-17,8	-21,5
Tschechische Republik	-3,6	-2,7	-1,6	29,7	29,4	28,7	-1,6	-3,1	-2,5
Estland	1,8	3,4	2,8	4,5	4,2	3,4	-10,0	-16,7	-18,1
Lettland	-0,4	-0,2	0,0	12,1	10,7	10,0	-12,5	-22,5	-22,9
Litauen	-0,5	-0,5	-1,2	18,6	18,2	17,3	-7,2	-10,8	-13,7
Ungarn	-7,8	-9,2	-5,5	61,6	65,6	66,0	-6,8	-6,1	-5,0
Polen	-4,3	-3,8	-2,0	47,1	47,6	45,2	-1,2	-2,7	-3,7
Rumänien	-1,2	-2,2	-2,5	15,8	12,4	12,9	-8,6	-10,4	-14,5
Slowakische Republik	-2,8	-3,6	-2,2	34,2	30,4	29,4	-8,4	-7,0	-5,4
EU27	-2,5	-1,4	-0,9	62,6	61,3	58,7	-0,4	-0,9	-0,9
Kroatien	-4,0	-2,5	-1,6	43,7	40,8	37,7	-6,3	-7,9	-8,6
Türkei	-0,6	-0,1	-1,2	52,3	46,1	38,8	-4,6	-6,1	-5,7
USA	-3,7	-2,3	-2,7	62,2	61,5	60,2	-5,9	-6,1	-5,3
Japan	-6,4	-2,4	-4,0	177,3	179,3	179,5	3,6	3,9	4,8
Schweiz	0,4	1,1	1,2	59,6	59,1	58,8	14,0	15,1	15,1
Russland	8,2	8,4	6,1	14,9	9,0	..	11,0	9,6	5,9
Brasilien	-3,0	-3,0	-2,3	x	x	x	1,6	1,3	0,3
China	-0,2	0,5	2,2	x	x	x	7,2	9,4	11,1
Indien	-7,0	-7,4	-6,1	x	x	x	-1,3	-1,1	-1,8

Quelle: Europäische Kommission, IWF, OECD, Russisches Finanzministerium, Nationale Zentralbanken.

Budgetsalden in % d. BIP, 2007



Staatsschulden in % d. BIP, 2007



Quelle: Europäische Kommission.